

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Heinz Brahm / Hans-Hermann Höhmann

Die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU

Gerhard Simon

Nationalismus und die Grenzen
der Sowjetunion als Weltmacht

Klaus Heller

Verhältnis von Staat und Kirche in Rußland
und in der Sowjetunion

B 35/88
26. August 1988

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935; Leitender Wissenschaftlicher Direktor, Forschungsbereichsleiter im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Troztkis Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die ČSSR 1968–1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.), Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der 27. Parteitag der KPdSU – eine Wendemarke?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86; Gorbatschows Glasnost, in: Osteuropa, (1987) 8; Gorbatschows Bücher und Bestseller, in: Osteuropa (1988) 6.

Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933; Wissenschaftlicher Direktor, Leiter des Forschungsbereichs „Wirtschaft“ im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln; Honorarprofessor der Universität zu Köln.

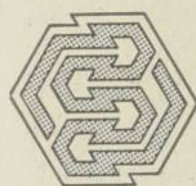
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit A. Nove und G. Seidenstecher) The East European Economies in the 1970s, London 1982; (Hrsg. mit H. Vogel) Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden 1984; (Hrsg. mit A. Nove und H. Vogel) Economics and Politics in the USSR: Problems of Interdependence, Boulder 1986; (Hrsg. mit H. Adomeit und G. Wagenlehner) Die Sowjetunion als Militärmacht, Stuttgart 1987.

Gerhard Simon, Dr. phil., geb. 1937, wissenschaftlicher Oberrat am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Privatdozent an der Universität zu Köln; derzeit Gastprofessor an der Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Die Kirchen in Rußland, München 1970; (zus. mit Astrid v. Borcke) Neue Wege der Sowjetunionforschung, Baden-Baden 1980; Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986; (Hrsg.) Weltmacht Sowjetunion, Köln 1987.

Klaus Heller, Dr. phil., geb. 1937; Studium der Geschichte, Germanistik und Slawistik in Würzburg und Tübingen; beide Staatsexamina für das Lehramt an Gymnasien in Geschichte, Deutsch und Russisch; Habilitation 1978; seit 1981 Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen/Nürnberg und seit 1988 o. Professor für Osteuropäische Geschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.

Veröffentlichungen u. a.: Revolutionärer Sozialismus und nationale Frage. Das Problem des Nationalismus bei russischen und jüdischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären im Russischen Reich bis zur Revolution 1905–1907, 1977; Der Russisch-Chinesische Handel von seinen Anfängen bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, 1980; Die Geld- und Kreditpolitik des Russischen Reiches in der Zeit der Assignaten (1768–1839/43), 1983; Russische Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die Kiever und die Moskauer Periode (9.–17. Jahrhundert), 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460441, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU

I. Pläne zum Umbau des politischen Systems

Nachdem M. Gorbatschow im März 1985 Generalsekretär geworden war, blieb ihm nicht viel Zeit, Einfluß auf die Organisierung des XXVII. Parteikongresses zu nehmen, der nach dem Statut der KPdSU spätestens im Februar/März 1986 stattfinden mußte. Die Vorbereitung dieses Kongresses hatte bis dahin in den Händen von „Konservativen“ gelegen. Mit der Revision des Parteiprogramms waren Ideologen der alten Schule betraut gewesen. Es war unmöglich, innerhalb eines Jahres eine radikale Kursänderung durchzusetzen. Gorbatschow besaß noch keine große Machtfülle, und die Bastionen der „Konservativen“ waren stark.

Es war die Aufgabe des Parteikongresses, die Rahmenbedingungen für die nächsten fünf Jahre festzulegen – bis zum nächsten Kongreß. Das revidierte Parteiprogramm hätte den Spielraum Gorbatschows sogar auf eine noch längere Periode einengen können, wenn man es nicht wieder auf dem XXVIII. Parteitag hätte umschreiben wollen. Angesichts dieser Zwangssituation kam in den oberen Etagen der KPdSU der Gedanke auf, den Parteikongreß zu verschieben. Gorbatschow sagte dazu im Rückblick: „Immer wieder wurde diese Ansicht vorgebracht. Aber man wurde das Gefühl nicht los, daß dahinter die Art des Vorgehens steckte, die während der Stagnationsperiode [Breshnew-Ära] üblich war.“¹⁾

Der XXVII. Parteikongreß wurde termingerecht abgehalten. Er fand vom 25. Februar bis zum 6. März 1986 statt. Aus ihm ging Gorbatschow zwar nicht als der strahlende Sieger, aber sicher als Gewinner hervor. Fünf neue ZK-Sekretäre wurden ernannt. Von den 307 ZK-Mitgliedern, die am Ende des Parteikongresses gewählt wurden, waren 44 Prozent Neulinge. Nicht alle diese Aufsteiger waren allerdings Gorbatschow verpflichtet. Eine ganze Reihe der Neuen dürfte J. Ligatschow oder anderen Spitzenfunktionären ihre Karriere zu verdanken haben.

1. Ein widerstrebendes Zentralkomitee

Gorbatschow muß bald erkannt haben, daß auch das neue Zentralkomitee (ZK) ein Klotz an seinem Bein war, der ihn bei allen seinen Reformvorhaben behinderte. Es war noch kein Jahr seit dem XXVII. Parteikongreß vergangen, als er auf dem Plenum des ZK vom 27. bis 28. Januar 1987 in

einem Kraftakt versuchte, den Widerstand des ZK und der Bürokratie zu brechen²⁾. Er schlug vor,

– immer mehrere Kandidaten bei der Wahl der Sekretäre von der Rayonsebene bis zu den ZKs der Unionsrepubliken aufzustellen und

– in Zukunft geheim zu wählen, was eigentlich nach dem Parteistatut die Regel hätte sein müssen.

Schließlich wartete Gorbatschow mit dem Wunsch auf, 1988 eine Unionsparteikonferenz abzuhalten. In seinem Schlußwort unterstellte Gorbatschow den ZK-Mitgliedern, daß sie mit der Idee dieser Konferenz einverstanden seien³⁾. Dies war aber wohl nicht der Fall. Im ZK-Beschluß war jedenfalls nicht von der Unionsparteikonferenz und auch nicht von den geheimen Wahlen die Rede⁴⁾.

Auf den früheren Parteikonferenzen, wie sie bis 1941 stattgefunden hatten, war der Bestand des ZK verändert worden. Seit 1966 hatten sich die ZK-Mitglieder allerdings gegen personalpolitische Eingriffe durch eine Konferenz schützen können. In dem seit 1986 gültigen Statut der KPdSU hieß es: „Der Modus der Durchführung einer Unionsparteikonferenz wird vom ZK der KPdSU festgelegt.“ (Art. 40)⁵⁾ Entweder war Gorbatschow auf dem XXVII. Parteikongreß nicht mächtig genug gewesen, dieses Vorrecht des ZK aus dem Statut streichen zu lassen oder ihm war die Tragweite des Art. 40 entgangen. Die altgedienten ZK-Mitglieder, die das Räderwerk des Parteiapparats sicher besser kannten als Gorbatschow, wußten nicht nur um ihre Macht, sie dürften sich auch darüber im klaren gewesen sein, wie man die Höhenflüge des Generalsekretärs wieder auf den Boden der Realitäten bringen konnte. Sie ließen Gorbatschow auf dem ZK-Plenum seine Vorstellungen entwickeln und überantworteten diese dann den gnadenlosen Mühlen der Bürokratie.

Nur ein Teil dessen, was Gorbatschow vorgeschwebt hatte, wurde überhaupt realisiert. Gorbatschow hat dies selbst später eingeräumt: „Es darf keine Wiederholung dessen zugelassen werden, was mit dem Januarplenum des ZK geschah. Es war dies ein bedeutendes Plenum, auf dem eine gründliche

²⁾ Pravda, 28. 1. 1987. Deutsche Übersetzung: M. Gorbatschow, Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen, Sonderdruck Nr. 340 der „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

³⁾ Pravda, 30. 1. 1987.

⁴⁾ Pravda, 29. 1. 1987.

⁵⁾ Das Statut in: Sowjetunion zu neuen Ufern?, Düsseldorf 1986, S. 271–300.

¹⁾ M. Gorbačev: Perestrojka i novoe myšlenie dlja našy strany i dlja vsego mira, Moskau 1987, S. 58. Deutsche Ausgabe: Perestrojka. Die zweite russische Revolution, München 1987, S. 75.

Analyse vorgenommen und die Ursachen dessen aufgedeckt wurden, was im Lande und in der Partei geschehen war. Wir hatten aber die Mechanismen zur Realisierung der Plenumsbeschlüsse nicht durchdacht, und so blieben sie gewissermaßen in der Luft hängen, und die Sache kam nicht so voran, wie wir es uns ausgerechnet hatten.“⁶⁾

Auf dem Plenum des ZK vom 25. bis 26. Juni 1987 warb Gorbatschow erneut für die Abhaltung der Unionsparteikonferenz⁷⁾. Er erinnerte daran, daß vor 1941 die Konferenzen ungewöhnlich große Vollmachten besaßen, Aufgaben strategischer Art beraten, ja sogar das Statut der Partei und den Bestand zentraler Parteiorgane ändern konnten. Diesen Worten war zu entnehmen, daß Gorbatschow auf der anvisierten Unionsparteikonferenz, wenn es nach ihm ginge, eine Wende einleiten wollte, die eigentlich nur ein ordentlicher Parteikongreß hätte beschließen können.

Diesmal entsprach das ZK zwar dem Wunsch Gorbatschows nach einer Konferenz, ließ sich aber offensichtlich nicht das Recht abhandeln, den „Modus der Durchführung“ festzulegen. Zwei Punkte sollten auf der Konferenz verhandelt werden: Die Bilanz der Entwicklung nach dem XXVII. Parteikongreß und Vorschläge zur weiteren Demokratisierung der Partei und der Gesellschaft⁸⁾.

2. Die Wahl der Konferenzdelegierten

Es war das Ziel Gorbatschows, dank aufgelockerter Wahlmodalitäten den erzkonservativen Kräften die Einflußnahme auf die Auslese der Delegierten zur Unionsparteikonferenz so weit wie möglich zu nehmen. Es sollten, so wurde gefordert, nur engagierte Verfechter der Perestrojka zur Konferenz entsandt werden. Gorbatschow erwartete insgeheim von der Presse, daß sie die schlimmsten Reformgegner so anschwärze, daß diese als Delegierte für die Konferenz untragbar sein würden. Durch moralischen Druck von oben und von unten sollte der konservative Mittelbau der Partei zum Rückzug gezwungen werden. Gemäß dem ZK-Beschluß vom Juni 1987 hatten jedoch die Zentralkomitees der Unionsrepubliken und die Regionalkomitees das alleinige Recht, die Delegierten zu wählen, und zwar durch geheime Stimmabgabe. Ausgerechnet jenes Establishment, gegen das Gorbatschow zu Felde zog, hatte es also mehr oder weniger in der Hand, welche Delegierten aufgestellt wurden. Es hatte allerdings Rücksicht auf die neue Atmosphäre zu nehmen, die durch die Medien geschaffen war. So mußten konservative Delegierte aus Astrachan, Sachalin und Jaroslawl nach öffentlichen Protesten zurücktreten.

In Moskau wurde das Stadtplenum eigens verschoben, um wenigstens einige der Star-Reformer durchzubringen. Unter den Augen Gorbatschows mußten sich progressive Kandidaten eine Befra-

gung durch Konservative gefallen lassen⁹⁾. Obwohl Gorbatschow sicher seine Hand über die reformerischen Intellektuellen hielt, fielen die meisten von ihnen bei der Wahl durch, so T. Saslawskaja, G. Popow, N. Schmeljow und M. Schatrow. Eine Reihe von Moskauer Prominenten, vor allem Funktionäre, wurden außerhalb der Hauptstadt als Delegierte gewählt, so daß die zentrale Bürokratie auf der Unionsparteikonferenz insgesamt überrepräsentiert war.

Nachdem am 3. Juni 1988 die 319 Delegierten von Moskau feststanden, waren die Wahlen zur Unionsparteikonferenz abgeschlossen. Im Vergleich zu den Delegierten des letzten Parteikongresses hat es in der Zusammensetzung der rund 5 000 Teilnehmer der Unionsparteikonferenz vermutlich keinen Erdrutsch zugunsten Gorbatschows gegeben. Sowjetische und nichtsovietische Beobachter argwöhnten sogar, daß es den Konservativen gelungen sein könnte, 60 bis 70 Prozent der Delegierten zu stellen.

In einem Brief an das ZK vom 27. April haben zehn sowjetische Intellektuelle, darunter A. Sacharow und der Historiker J. Afanasjew, die Verschiebung der Konferenz angeregt, um eine breitere Demokratie bei der Wahl der Delegierten zu erleichtern¹⁰⁾. Ein westdeutscher Korrespondent schrieb damals: „Eine Parteikonferenz, deren Zusammensetzung demokratisch nicht repräsentativ ist, wird über die Demokratisierung der Partei zu befinden haben.“¹¹⁾ Er wurde sogar noch deutlicher: „Die gegenwärtigen Strukturen und Verfahrensregeln der KPdSU lassen eine Demokratisierung nicht zu.“ Wie stark auch die Kräfte der Beharrung oder sogar der Reaktion unter den Delegierten gewesen sein mögen — es hatte bei der Nominierung der Delegierten immerhin zum ersten Mal nach Jahrzehnten allgemeiner Manipulation durch den Apparat wieder mehr Basis-Demokratie gegeben.

3. Die zehn Thesen des Zentralkomitees

Während die Delegiertenwahlen noch im Gang waren, erörterte ein ZK-Plenum am 23. Mai 1988 den Entwurf der ZK-Thesen zur Unionsparteikonferenz. Es bedurfte vermutlich noch zeitraubender Nachbesserungen, bis dann am 27. Mai der endgültige Text der Thesen erschien. Gorbatschow war, so ist anzunehmen, die treibende Kraft bei der Abfassung der Thesen, vielleicht sogar der Hauptautor¹²⁾. Er selbst hat seine Arbeit an dem Papier öffentlich erwähnt und sich gerühmt, ihretwegen mit zwei Dritteln der ZK-Mitglieder zusammengesessen zu sein¹³⁾.

Auf der anderen Seite wird der ZK-Apparat bei den Redaktionsarbeiten dafür gesorgt haben, daß der Text nicht allzu konkret wurde. Das Ergebnis war ein Kompromiß zwischen den widerstrebenden

6) Pravda, 2. 7. 1988.

7) Pravda, 26. 7. 1987.

8) Pravda, 27. 7. 1987.

9) Pravda, 4. 6. 1988.

10) Neue Zürcher Zeitung, 13. 5. 1988.

11) General-Anzeiger, 26. 5. 1988.

12) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 6. 1988.

13) Pravda, 2. 7. 1988.

Gruppen. Daß die Thesen blaß, abstrakt und teilweise nebulös sind, haben auch sowjetische Autoren bemerkt¹⁴). So wirkt die siebte These, die die Nationalitätenfrage behandelt, angesichts der Turbulenzen um Nagorny Karabach geradezu nichtsagend. B. Jelzin argwöhnte, daß die Thesen zur Gänze vom ZK-Apparat verfaßt worden seien¹⁵). Er vermutete, daß nicht einmal die Hälfte der ZK-Mitglieder nach ihrer Meinung befragt worden sei. In einem anderen Zusammenhang hat er behauptet, daß die ZK-Mitglieder es auch nicht wagten, abweichende Meinungen zu äußern. Die Thesen sind in Eile zustande gekommen. Sie wurden publiziert, als der Klärungsprozeß noch nicht abgeschlossen war.

Im Zentrum der Thesen stehen die Überlegungen zu einer einschneidenden Reform des politischen Systems. An der Einparteienherrschaft wird festgehalten, aber zugleich der Meinungsvielfalt auf dem Boden des Sozialismus das Wort geredet (erste These). Die Sowjets müssen, so fordert es die sechste These, ihre alten Vollmachten wiedererlangen. Eine längere Dauer für die Sowjettagungen wird vorgesehen. Ein Teil der Deputierten sollte ganz oder doch für bestimmte Perioden für ihre Arbeit im Sowjet freigestellt werden.

Was die Sowjets an Befugnissen gewinnen sollten, wird zum großen Teil der Partei genommen. Die Funktionen von Partei und Staat müßten in Zukunft deutlich voneinander abgegrenzt werden. So heißt es in der fünften These, die das Kernstück des Diskussionspapiers ist: Die KPdSU dürfe sich nicht mehr in der alltäglichen Kleinarbeit verschleißen, die ganz Sache der Sowjets werden soll, sondern müsse sich verstärkt auf die politische Strategie und die Ausarbeitung der Ideologie verlegen. Darüber hinaus bleibe sie ohne Abstriche die zentrale Kaderschmiede des Landes. Mit anderen Worten: Die Partei bleibt das Herz und das Hirn der Sowjetunion, aber nicht unbedingt die Hand. Es wird allerdings gleich hinzugefügt, daß die Kommunisten sowohl in den Staatsorganen wie in allen anderen Bereichen für die Verwirklichung des Kurses Sorge zu tragen hätten, den die Partei festlegt. Es handelt sich also nicht um eine strikte Trennung von Partei und Staat, sondern um das Bestreben, die Kompetenzen der jeweiligen Organe auf den beiden Ebenen klarer auseinanderzuhalten. Zur Reinerhaltung der Partei wird eine politische Beurteilung (atstacija) aller Kommunisten empfohlen. Jeder Anklang an eine „Säuberung“, die nicht nur seit Stalins Zeiten in ungueter Erinnerung ist, wird sorgfältig vermieden.

Über die Kandidaten für Parteiämter müsse breit diskutiert werden. Die Kommunisten sollten das Recht erhalten, für jedes zu besetzende Amt mehrere Kandidaten vorzuschlagen. Dieses Verfahren könne (moshno bylo by) von den Rayons bis zum ZK der KPdSU ausgedehnt werden. Die Amtszeit der Parteifunktionäre, die regulär fünf Jahre be-

trägt, solle um weitere fünf Jahre verlängert werden können, bedürfe aber für eine dritte Periode einer Dreiviertelmehrheit des entsprechenden Parteikomitees. (Ähnlich lautet die vorgesehene Regelung für die staatlichen Mandatsträger).

Für die Parteifunktionäre, die ein angestammtes Recht auf ihr Amt zu haben glaubten, waren die einzelnen Forderungen sicher nur schwer, wenn überhaupt zu akzeptieren. Einen weiteren Machtverlust mußten die früher fast allmächtigen Apparatschiki befürchten, wenn der „sozialistische Rechtsstaat“, wie er in der achten These anvisiert wird, Wirklichkeit würde. Die Menschenrechte müßten, so wurde verlangt, besser als bisher geschützt werden. Nach den Absichtserklärungen zu urteilen, sollte die Justiz der Bevormundung durch die Partei wenigstens zum Teil entzogen werden.

Während der letzten Wochen vor der Unionspartei-konferenz schwankte die Stimmung in Moskau zwischen Hoffnung und Resignation. Einige schrieben den „kleinen Parteitag“ schon ganz ab, da es bei den Wahlen der Delegierten ohnehin nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Andere schienen mit ihrem Reformeifer jeden Sinn für die Realität zu verlieren. F. Burlatzkij plädierte dafür, daß der Generalsekretär auch das Amt des Staatspräsidenten übernehmen sollte¹⁶). Lettische Intellektuelle hielten die Zeit für gekommen, die Anerkennung Lettlands als souveräner Staat mit einer eigenen Vertretung in der UNO zu fordern¹⁷). 100 000 Menschen verabschiedeten die estnische Delegation vor der Abreise zur Parteikonferenz mit einer Kundgebung¹⁸). Sie dürften vor allem mehr kulturelle und ökonomische Autonomie für ihre Unionsrepublik erwartet haben.

4. Die Eröffnungsrede Gorbatschows

Am 28. Juni wurde die 19. Unionspartei-konferenz im Kongreßpalast des Kreml eröffnet. 4 991 Delegierte nahmen an ihr teil. Als Gäste waren einige kommunistische Intellektuelle wie T. Saslawskaja, G. Popow und N. Schmeljow zugelassen, denen die Nominierung als Delegierte nicht gelungen war, und auch einige Parteilose wie W. Astafjew, J. Jewtuschenko, D. Lichatschow und W. Rasputin¹⁹) — allesamt Wortführer der Glasnost.

In seinem Eröffnungsreferat behandelte Gorbatschow in einem mehr als dreistündigen, fast lieblos heruntergelesenen Bericht die beiden Punkte der Tagungsordnung: die Bilanz nach dem XXVII. Parteikongreß und vor allem die Demokratisierung²⁰). Er führte breiter aus, was in den Thesen nur angedeutet war, hielt sich aber weder an die Reihenfolge noch exakt an die Thesen. Er hat ganz offensichtlich in den letzten Tagen vor der Konferenz noch Anregungen in sein Referat eingefügt, die wahrscheinlich nur mit den Politbüromit-

¹⁶) Literaturnaja gazeta, 15. 6. 1988.

¹⁷) Sovetskaja Latvija, 11. 6. 1988.

¹⁸) V. I. Vjaljas, in: Pravda, 2. 7. 1988.

¹⁹) Pravda, 30. 6. 1988.

²⁰) Pravda, 29. 6. 1988.

¹⁴) A. Gel'man, in: Moskovskie novosti, 30. 5. 1988.

¹⁵) Pravda, 2. 7. 1988.

gliedern und anderen Spitzenfunktionären besprochen worden waren, aber nicht mit dem ZK.

Das politische System sei „in der bekannten Etappe“ (zur Zeit Stalins) deformiert worden, sei aber trotz des XX. Parteikongresses (auf dem sich die Entstalinisierung Bahn brach) nicht imstande gewesen, der zunehmenden Stagnation (unter Breschnew) Einhalt zu gebieten. Ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung sei in staatliche und gesellschaftliche Gremien gewählt worden, ohne daß die meisten überhaupt eine Rolle gespielt hätten. Das öffentliche Leben sei übermäßig verstaatlicht worden. Die Partei müsse sich aus dem staatlichen Sektor (mehr oder weniger) zurückziehen und die Sowjets, die oft nur ein Schattendasein gespielt hätten, sollten mehr Verantwortung erhalten: „Keine einzige staatliche, wirtschaftliche oder soziale Frage darf unter Umgehung der Sowjets entschieden werden.“

Für die überwältigende Mehrheit der Delegierten muß es überraschend gewesen sein, als Gorbatschow empfahl, die Ersten Sekretäre der Parteikomitees nach geheimer Wahl zu Vorsitzenden der Sowjets auf der entsprechenden Ebene zu berufen. Dabei könne der Kandidat allerdings auch von den Sowjetdeputierten abgelehnt werden. Wenn er aber einmal als Sowjetvorsitzender gewählt sei, erhalte der Sowjet eine größere Autorität und könne das Exekutivkomitee (ispolnitel'nyj komitet = ispolkom) wirksamer kontrollieren.

Gorbatschow schlug dann einen gründlichen Umbau an der Spitze der Sowjetpyramide vor, womit er ebenfalls weit über die Thesen hinausging. Neben den Unions- und Nationalitätensowjets mit jeweils 750 Deputierten solle ein dritter Sowjet treten, der ebenfalls rund 750 Deputierte haben könne, die von den gesellschaftlichen Organisationen (Partei, Gewerkschaft, Genossenschafts-, Jugend-, Frauen-, Veteranen- und Forschungsorganisationen) gewählt würden. Auf Vorschlag Gorbatschows sollten alle drei Kammern mit zusammen 2 250 Mitgliedern ein neues Organ bilden: den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, der einmal im Jahr zu seinen Sitzungen zusammentreten sollte.

Aus den Reihen der 2 250 Volksdeputierten sei ein Oberster Sowjet der UdSSR zu wählen, bestehend aus 400 bis 450 Mitgliedern und in zwei Kammern gegliedert, der ein ständiges gesetzgebendes Verfügungs- und Kontrollorgan sein sollte. Der Kongreß der Volksdeputierten könne des weiteren auch ein Komitee für Verfassungsaufsicht wählen.

Nachdem Gorbatschow die kontroversen Ansichten über das Verhältnis der Spitzenämter in Partei und Staat unterbreitet hatte, entwickelte er vermutlich seine eigenen Vorstellungen von einem Präsidialsystem. Das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet (das gegenwärtig der 79jährige Gromyko einnimmt) solle dem Posten eines Vorsitzenden des Obersten Sowjet der UdSSR weichen. Zusätzlich zu den üblichen repräsentativen Aufgaben eines Staatsoberhauptes könne dieser

Vorsitzende weitreichende Befugnisse erhalten. Er solle die Vorbereitung von Gesetzen einleiten, Entscheidungen zur Außenpolitik, Verteidigung und Sicherheit treffen, dem Verteidigungsrat vorstehen und ein Vorschlagsrecht für das Amt des Regierungschefs haben. Ohne daß Gorbatschow es eigens sagte, dürfte allen seinen Zuhörern klar gewesen sein, daß der Generalsekretär das neue Amt des Staatspräsidenten in Personalunion ausüben wollte.

Die Konferenzdelegierten haben das Referat Gorbatschows mit seiner Fülle von alten und neuen Vorschlägen augenscheinlich mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen. Oft erhielt er gerade dann Beifall, wenn er traditionelle Werte und Ideale der Partei beschwor.

5. Die Klagen der Redner

Nach Gorbatschow traten 70 Delegierte ans Rednerpult. Sie legten, wie es zu erwarten war, ein Bekenntnis zur Perestrojka ab, weniger zur Glasnost, manchmal auch zu Gorbatschow selbst. Nach einem etwas schwerfälligen Start brach dann der Wirtschaftswissenschaftler L. Abalkin das Eis²¹). Er bestritt, daß es in der Wirtschaft zu einer radikalen Wende gekommen sei. Er schien sogar in Zweifel zu ziehen, daß die gegenwärtige Führung genügend von Politökonomie verstehe. Die Vereinigung der Funktionen des Ersten Sekretärs und des Sowjetvorsitzenden stehe im Gegensatz zu der gewünschten Trennung von Partei- und Staatsorganen. Schließlich fragte er: „Sind wir in der Lage, unter Beibehaltung der sowjetischen Gesellschaftsorganisation und des Einparteiensystems das gesellschaftliche Leben mit Sicherheit demokratisch zu gestalten? Ja oder nein? Und wenn ja, dann wie?“ Viele Redner ließen erkennen, daß Abalkin eine Reihe von wunden Punkten berührt hatte. Sogar Gorbatschow war allem Anschein nach so irritiert, daß er Abalkin vorhielt, die Bedeutung der Systemreform zu verkennen.

Die Konferenz war nicht nur eine Demonstration zur Unterstützung der geplanten Reformen, sie wurde auch zur Klagemauer. Wenn man die Einzelinformationen in den verschiedenen Referaten zusammenträgt, so ergibt sich kein strahlendes Bild der Sowjetunion, wenn auch fast immer betont wurde, daß es seit der Wahl Gorbatschows bergauf gehe. Aus dem Mund des Vorsitzenden des Staatskomitees für Volksbildung war zu hören, daß einhalb Millionen Kinder keinen Platz im Kindergarten gefunden hätten, daß die Hälfte der Schulen ohne Zentralheizung, Wasserleitung und Kanalisation sei und ein Viertel der Schüler in zwei oder drei Schichten unterrichtet werden müsse²²). Der Komсомolchef erklärte, daß trotz der neuen Impulse, die von der Partei ausgingen, unter der Jugend noch Apathie und Mißtrauen herrsche und daß bei ihr „revolutionäre Phrasen“ Anklang fänden²³). Von

²¹) Pravda, 30. 6. 1988.

²²) G. A. Jagodin, in: Pravda, 2. 7. 1988.

²³) V. I. Mironenko, in: Pravda, 1. 7. 1988.

mehreren Seiten wurde festgestellt, daß die Bauern bislang zu kurz gekommen seien, daß es aus der Breshnew-Zeit noch „Reste der Leibeigenschaft“ gebe. W. Starodubzew erinnerte an die Kollektivierung und die Industrialisierung, die auf dem Rücken der Bauern ausgetragen worden sei. Er fuhr fort: „Alles, was die Bauern besaßen, wurde dem Volk und dem Staat gegeben . . . Die Zeit ist gekommen, gebt uns wenigstens einen Teil der Schulden zurück und wir werden das Lebensmittelproblem lösen.“²⁴⁾

Nur in einigen wenigen Beiträgen wurde gesagt oder angedeutet, daß die arbeitende Bevölkerung gegenüber den Reformen offensichtlich reserviert ist. Einmal hieß es, die Arbeitsdisziplin auf dem Land sei lasch. Starodubzew räumte ein, daß es schwer sei, die Menschen wachzurütteln. Er sagte unumwunden, daß es für eine revolutionäre Zeit auf allen Ebenen seltsam still sei und daß die Stagnation bis zum heutigen Tag fortschreite. Einige monierten, daß es in den Geschäften oft am Nötigsten fehle, Fleisch so gut wie gar nicht zu bekommen sei und die Preise ohne Kontrolle stiegen. Die Arbeiter könnten keine Resultate nach der dreijährigen Zeit der Reformen erkennen²⁵⁾.

Der Mythos der sowjetischen Überlegenheit wurde teilweise mit Eifer demontiert. Der Gesundheitsminister räumte ein, daß man in der Kindersterblichkeit weltweit den 50. Platz einnehme — nach Mauritius und Barbados²⁶⁾. In der Grundlagenforschung, so der Präsident der Akademie der Wissenschaften, hinke die Sowjetunion weit hinter den USA her²⁷⁾. W. Kabaidse gab in einem kabarettistischen Beitrag zum besten: Für ein und dasselbe Objekt brauche man in Nordkorea neun Monate und in der Sowjetunion acht Jahre — „und ich fürchte, daß ich die Erde von unten sehen werde, bevor man über den Papierkram hinaus ist“²⁸⁾.

Es wurde nicht nur Kritik an den Altlasten geübt, sondern auch an Maßnahmen, die von der heutigen Führung zu verantworten sind. Daß die Antialkoholkampagne im Politbüro zu einer stärkeren Ernüchterung als in der Bevölkerung geführt hat, ist inzwischen wohl kein Geheimnis mehr. „Wer ist“, fragte ein Redner, „eigentlich für diese Kampagne verantwortlich?“ Der indirekte Vorwurf galt entweder dem gesamten Politbüro oder aber Ligatschow, der allgemein als Initiator des Kreuzzugs gegen den Wodka gilt. Auch das Gesetz über die Staatsbetriebe blieb nicht ungeschoren. Schließlich wurde es sogar für möglich gehalten, daß die gesamte Wirtschaftsreform scheitert.

6. Die ungeliebte Glasnost

Keine Neuerung wurde aber so angefeindet wie die Glasnost. Die „Exzesse“ der Medien versetzten offensichtlich den größten Teil der Delegierten in

Rage. Den Galionsfiguren der progressiven Presse schlug auf der Parteikonferenz eine Welle der Ablehnung entgegen. W. Afanasjew, der Chefredakteur der „Pravda“, konstatierte: „Warum herrscht in diesem Saal eine deutliche Feindseligkeit gegenüber der Presse und ihren Vertretern?“²⁹⁾ Wenn es auch nicht mit letzter Deutlichkeit gesagt wurde, gaben viele der Glasnost die Schuld, daß Begriffe wie „Heimat“, „Vaterland“ und „Patriotismus“ inzwischen teilweise verpönt sind. Ein Armeekommandant, der in dezidiert Form den Krieg in Afghanistan rechtfertigte, warnte: „Niemand, nicht einer in unserem Land hat das Recht, den Glauben der Jugend an die heutige Pflicht einer nicht umsonst durchlebten Militärzeit zu zerstören.“³⁰⁾ Die militärische Bedrohung sei noch immer aktuell.

Es war der Literaturfunktionär J. Bondarew, der sich mit Leidenschaft dagegen verwahrte, daß heute alles in Frage gestellt werde: „Und diese nihilistische Kritik ist zur bestimmenden Kraft in der Presse geworden . . . Diese Extremisten haben mit ihrer Strategie, die übrigens nicht dem Chaos entsprungen ist, sondern von langer Hand geplanten Positionen, nicht wenig erreicht. Verloren geht das Vertrauen in die Geschichte, fast in die ganze Vergangenheit, in die ältere Generation . . . Die Sittenlosigkeit der Presse kann nicht zur Moral erziehen. Die Amoralität der Ideologie zieht eine geistige Verderbnis nach sich.“³¹⁾

Besonders fühlten sich die Funktionäre wohl dadurch getroffen, daß die Journalisten weder die Arbeit der Parteikomitees noch sie persönlich mit ihrer Kritik verschonten. Angesichts der Pauschalverurteilung der Bürokratie glaubte G. Melnikow Fürsprache für das Gros der Funktionäre einlegen zu müssen, die in der Regel nur das Privileg hätten, 12 bis 14 Stunden am Tag zu arbeiten³²⁾. Er fügte mahnend hinzu: „Aber während es früher ein Gefühl moralischer Genugtuung gab, kann dies in der Perestrojka zum Teufel gehen. Ohne die Autorität des Parteifunktionärs ist die Autorität der Partei nicht denkbar. Zur Festigung und Mehrung dieser Autorität müssen alle beitragen, Michail Sergejewitsch, auch der Generalsekretär.“ Die Delegierten dankten dem Redner für diese Sätze mit Beifall. Auch W. Karpow, Erster Sekretär der Leitung des Schriftstellerverbandes, warnte vor der generellen Diffamierung der Bürokratie: „Kann man ganz allgemein ohne Führung, ohne Leitung auf irgendeinem Gebiet auskommen? Das ist ein Idealismus, der zur Anarchie führt.“³³⁾

Allen lautstarken Unmutsäußerungen zum Trotz haben sich W. Afanasjew („Pravda“), G. Baklanow („Znamja“) und M. Uljanow (Theaterverband der RSFSR) mutig für mehr Offenheit in den Medien geschlagen. Auffallenderweise hat sich Gorba-

²⁴⁾ Pravda, 1. 7. 1988.

²⁵⁾ V. A. Jarin, in: Pravda, 1. 7. 1988.

²⁶⁾ E. I. Čazov, in: Pravda, 30. 6. 1988.

²⁷⁾ G. I. Marčuk, in: Pravda, 1. 7. 1988.

²⁸⁾ V. P. Kabaidze, in: Pravda, 1. 7. 1988.

²⁹⁾ Pravda, 2. 7. 1988.

³⁰⁾ B. V. Gromov, in: Pravda, 2. 7. 1988.

³¹⁾ Pravda, 1. 7. 1988.

³²⁾ Pravda, 1. 7. 1988.

³³⁾ Pravda, 30. 6. 1988.

tschow nicht eindeutig auf die Seite der Glasnost-Verfechter gestellt. Wenn schon der Meinungspluralismus auf so große Widerstände stieß, konnte es nicht ausbleiben, daß man dem Mehrparteiensystem von den verschiedensten Seiten nicht die geringste Chance gab.

Es war für die oberste Parteiführung sicher eine schmerzliche Erfahrung, daß einige von ihnen auf der Parteikonferenz offen angefeindet wurden. G. Melnikow sprach sich für die Ablösung von M. Solomenzew, A. Gromyko, W. Afanasjew und G. Arbatow aus.

7. Jelzin und Ligatschow

Am vierten Konferenztag kam es zum Schlagabtausch des ehemaligen Moskauer Parteichefs B. Jelzin mit J. Ligatschow, dem nach Gorbatschow ranghöchsten ZK-Sekretär³⁴). Jelzin hatte kurz zuvor in einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft auf die Frage, ob die Perestrojka ohne Ligatschow schneller von der Stelle komme, mit einem schlichten Ja geantwortet. Vor den Delegierten erläuterte er, wie es zu diesem Interview gekommen sei. Er wünschte wie Melnikow, daß einige Politbüromitglieder aus Breshnews Tagen noch zu deren Lebzeiten zur Rechenschaft gezogen würden. Die Korrumpierung habe sich damals so tief eingefressen, daß man sogar von der Existenz einer Mafia sprechen könne. Keiner anderer hat auf der Konferenz wie Jelzin die Reformpolitik seit 1985 mit einer solchen Lust auf Schwachstellen abgeklopft.

Die Perestrojka, verkündete er, sei ohne gründliche Analyse der Vergangenheit begonnen worden. Man verlasse sich einfach zu sehr auf die Zündkraft von Parolen. In Wirklichkeit seien aber auch drei Jahre nach der Perestrojka keine überzeugenden Resultate zu erkennen, so daß man von revolutionären Umwandlungen nicht sprechen könne. Wenn es noch nicht zu einer allgemeinen Enttäuschung gekommen sei, dann sei dies damit zu erklären, daß das Land unter „einer Hypnose von Worten“ stehe.

Man hätte das Reformwerk mit dem Umbau des politischen Systems einleiten müssen. Es sei ein Fehler, Pläne für das Jahr 2000 zu schmieden. Vielmehr sollte man sich alle zwei bis drei Jahre höchstens zwei konkrete Aufgaben stellen, die, wenn sie tatsächlich gelöst würden, das Vertrauen in die Reform stärken könnten.

Jelzin sprach vermutlich als einziger offen aus, daß es nach wie vor Tabuzonen gibt, die selbst ZK-Mitglieder daran hinderten, ihre Meinung zu sagen. Er bekannte, von der Idee überrascht worden zu sein, dem Ersten Sekretär auch das Amt des Sowjetvorsitzenden anzuvertrauen. Er plädierte für eine drastische Verkleinerung des Parteiapparats. Die Parteifunktionäre sollten keine Vergünstigungen mehr erhalten — der Mangel an Waren müsse für alle spürbar werden. Als ob er die Nerven seiner Zuhö-

rer noch nicht genug strapaziert hätte, forderte Jelzin, der Ende 1987 als Parteichef von Moskau nach schweren Beschuldigungen abgelöst worden war, seine Rehabilitierung.

Jelzins Rede drohte zeitweise in einem allgemeinen Tumult unterzugehen. Nichtdestoweniger wurde aus Beifallskundgebungen wie aus späteren Reden deutlich, daß Jelzin durchaus nicht völlig isoliert war. Ligatschow, Jelzins Intimfeind, ließ die offenen und versteckten Vorwürfe an ihn, seine Gesinnungsgenossen und das Politbüro nicht auf sich beruhen. Jelzin, so ließ er die Delegierten wissen, sei so extrem geltungssüchtig, daß er an keiner Tribüne vorbeigehen könne, ja sich notfalls an bürgerliche Medien wende. Auf den wöchentlichen Politbürositzungen habe er dagegen den Mund kaum aufgemacht. Ligatschow erinnerte daran, daß er selber während der Breshnew-Zeit in Sibirien war, also nicht für die Fehler des früheren Politbüros verantwortlich gemacht werden könne. Es sei ihm in Tomsk gelungen, die Bevölkerung ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, während Jelzin in Swerdlowsk auf Lebensmittelkarten zurückgegriffen habe. Da die „Konservativen“ in jüngster Zeit immer unverhüllter attackiert worden seien, erwähnte Ligatschow, daß Tschebrikow, Solomenzew, Gromyko und eine „große Gruppe Erster Sekretäre von Gebietskomitees“ nach dem Tode Tschernenkos die Wahl von Gorbatschow überhaupt erst möglich gemacht hätten.

Von einer Spaltung im Politbüro wollte er nichts wissen. Demonstrativ fand er zweimal lobende Worte für Gorbatschow. Er vergaß auch nicht zu sagen, daß er das ZK-Sekretariat leite. Er wünschte offensichtlich eine langsamere Gangart der Perestrojka. Schroff äußerte er sich über die Medien, die nach seiner Ansicht jedes Maß vermissen ließen. Als besonders problematisch erschien ihm die Moskauer Wochenschrift „Moskovskie novosti“. In den Medien würden die Sowjetmenschen früherer Jahrzehnte geradezu als Sklaven geschildert, die nur mit Lügen gefüttert worden seien. In Wirklichkeit hätten Millionen Kommunisten zur Zeit Stalins und Breshnews gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt.

Heute würden die Parteigeschichte verfälscht und Leserbriefe tendenziös ausgesucht. Ligatschow unterstützte „voll und ganz“ die Rede des Literaturfunktionärs Bondarew, der am schärfsten die „Aus-schreitungen der Glasnost“ angeprangert hatte. Bestärkt durch die heftige Kritik an den Medien, die auf der Konferenz geübt worden war, sprach er die Hoffnung aus, daß das ZK und die Redaktionen daraus die richtigen Lehren für die Zukunft ziehen würden. Ligatschow glaubte auch zur Ehrenrettung der Parteifunktionäre beitragen zu müssen, als er feststellte, daß der durchschnittliche Verdienst eines Parteiangestellten mit 216 Rubeln den 26. Platz in der Lohnskala des Landes einnehme. Alles in allem schien Ligatschow einem Großteil der Anwesenden aus dem Herzen zu sprechen. Er erhielt häufiger Zwischenapplaus als Gorbatschow während seiner Eröffnungsrede.

³⁴) Beide Reden in: Pravda, 2. 7. 1988.

8. Die „Entschließungen“ der Konferenz

Der massive Vorstoß Jelzins, der an einige Tabus rührte, und die schroffe Erwiderung Ligatschows drohten, die Konferenz aus ihren vorbestimmten Bahnen zu tragen. Möglicherweise war der Zusammenstoß der beiden der Grund dafür, daß bald nach deren Reden die Diskussion um das Referat des Generalsekretärs beendet wurde. Der Freimut und die Zivilcourage mancher Delegierter waren das eigentliche Wunder dieser Konferenz. Im Lager der Konservativen wie in dem der Progressiven zeichnete sich eine deutliche Differenzierung ab. Den geschlossensten Block bildeten aber wohl die Ersten Sekretäre der Unionsrepubliken und der Gebiete, die insgesamt etwa 40 Prozent der Redner stellten. Sie tendierten im großen und ganzen zu einer mittleren Linie. Sie und nicht die Intellektuellen, die weit von den Schalthebeln der Macht entfernt sind, werden auch in Zukunft den Kurs der Partei entscheidend beeinflussen.

Am Abend des 1. Juli, an dem die Parteikonferenz zu Ende ging, wurden sechs Entschließungsentwürfe, die zuvor schon in den Kommissionen diskutiert worden waren, im Plenum erörtert. Mit einer einzigen Ausnahme, bei der es zwei Stimmenthaltungen gab, wurden alle Entschlüsse einstimmig angenommen³⁵). Mehrere Zusatzanträge wurden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Einstimmigkeit muß angesichts der Divergenzen auf der Konferenz überraschen. Hier wirkte entweder der traditionelle Zwang zur Einheit nach oder aber die Entschlüsse waren so auslegungsfähig, daß ihnen jeder zustimmen konnte.

In seinem Schlußwort ging Gorbatschow erstaunlich breit auf „das Drama des Genossen Jelzin“ ein³⁶), was sowohl seine persönliche Betroffenheit als auch das dringende Bedürfnis in der Partei nach Aufklärung des Falls verriet. Der Grund, der Jelzin das Amt des Moskauer Parteichefs gekostet hatte, war wohl, wie man Gorbatschows Worten unschwer entnehmen konnte, der mehrfache Personalaustausch in Moskau gewesen. Gorbatschow war allem Anschein nach von Jelzin und auch von Abalkin, mit dem er sich schon vorher auseinandergesetzt hatte, enttäuscht, weil diese kein Verständnis für sein Taktieren in der gegenwärtigen Machtkonstellation aufbrachten.

In seinem Schlußwort sagte sich Gorbatschow vom „blinden Glauben an eine lichte Zukunft“ los und setzte seine Hoffnung auf realistischere Prognosen: „Eben deshalb sprechen wir von einem neuen, humanen Antlitz des Sozialismus als Ziel der Umgestaltung.“ Unverkennbar war der Anklang an den „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“, der 1968 in der ČSSR gefordert worden war. Gorbatschow sprach sich für ein Denkmal zu Ehren der Stalin-Opfer aus und ließ sich zu guter Letzt von der Konferenz einen Zeitplan für die Reorganisation des Parteiapparats wie der Staatsorgane absegnen. Im

April 1989 soll schon der Kongreß der Volksabgeordneten zusammentreten und die Spitze der Staatsmacht eine neue Struktur erhalten. Die Partei wurde massiv unter Druck gesetzt.

Vom Augenschein her war der Parteikongreß für Gorbatschow ein großer Triumph. Der Generalsekretär war die dominierende Persönlichkeit. Wer auch immer den Vorsitz führte — er war es, der den Rednern ins Wort fiel oder das aufgebrachte Plenum bat, einen Delegierten zu Ende reden zu lassen.

Trotz all seiner zur Schau getragenen Stärke war Gorbatschow jedoch nicht imstande, die 58 Plätze der „toten Seelen“ aufzufüllen, die durch Tod oder Ablösung der Funktionäre von ihren Ämtern frei geworden waren. Die rund 250 Mitglieder des Rumpf-ZK konnten sich erfolgreich dem Wunsch nach einer personellen Erneuerung des Gremiums widersetzen.

In den „Entschlüssen“ wurde zur Demokratisierung der Gesellschaft, zur Reform des politischen Systems, zur Verbesserung der Nationalitätenpolitik, zur Glasnost und zur Rechtsreform aufgerufen³⁷). Fast unüberschaubar waren die Vorschläge zur Rundumerneuerung der Sowjetunion. Auch wenn mit vielen dieser Ideen die Leidensgrenze der „Altgläubigen“ unter den Funktionären sicher überschritten wurde, so handelte es sich bei den angestrebten Maßnahmen weniger um eine Reform des Systems, sondern eher um eine Reform innerhalb des Einparteiensystems.

Einiges von den „Thesen“ wurde zur Gänze in die Entschlüsse übernommen, während Vorschläge aus Gorbatschows Konferenz-Bericht manchmal gestrichen oder verändert wurden. So wurde beispielsweise die angestrebte Machtkonzentration in der Hand des Vorsitzenden des Obersten Sowjet nicht mehr erwähnt. Für das Amt des Vorsitzenden der Sowjets auf allen Ebenen sollte aber, wie Gorbatschow es vorgeschlagen hatte, der Erste Sekretär des gleichrangigen Parteikomitees zur Wahl empfohlen werden.

Alle Parteisekretäre (auch die des ZK) sollten nach Möglichkeit aus einem Kreis von mehreren Kandidaten geheim gewählt werden. Ihnen wie auch den Mitgliedern der jeweiligen Büros, auch den Politbüromitgliedern und dem Generalsekretär, dürfen gemäß der Entschlüsse nur zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden zugestanden werden. Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR soll entsprechend den Vorschlägen Gorbatschows gebildet werden.

In der „Entschlüsse über die Glasnost“, die in einer Kommission unter dem Vorsitz von A. Jakowlew entstanden ist, wird entgegen den Wünschen Ligatschows die neugewonnene Freiheit nicht begrenzt. Es heißt hier: „Niemand besitzt ein Monopol auf Wahrheit, und es darf auch kein Monopol auf Offenheit geben.“ Die sechs „Entschlüsse“ wurden nicht unmittelbar nach der Konferenz, sondern erst nach einer Politbürositzung am 4. Juli ver-

³⁵) Pravda, 2. 7. 1988.

³⁶) Ebda.

³⁷) Pravda, 5. 7. 1988.

öffentlich, auf der womöglich ihre endgültige Fassung festgelegt wurde.

9. Ein weiteres ZK-Plenum

Das Politbüro beschloß, ein ZK-Plenum zum 29. Juli einzuberufen, das sich mit den Realisierungsmöglichkeiten der Konferenzresolutionen befassen sollte. Allem Anschein nach konnte man sich jedoch auch auf dem ZK-Plenum nicht über die Modalitäten und das Ausmaß der Systemänderungen einigen³⁸⁾. Strittig scheint nach wie vor zu sein, welche Vollmachten der künftige Vorsitzende des Obersten Sowjet erhalten soll. In seiner Rede vor dem ZK-Plenum sprach Gorbatschow schon nicht mehr von der enormen Machtfülle, die er noch auf der Unionsparteiokonferenz dem künftigen „Präsidenten“ zgedacht hatte. Er erklärte aber, daß der Vorsitzende des Obersten Sowjet seinen Stellvertreter, den Regierungschef, den Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle und den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes zur Bestätigung vorstellen solle. In der ZK-Resolution wird dann überhaupt nicht mehr von der Personalunion der Ersten Sekretäre und der Sowjetvorsitzenden gesprochen.

Es wurde eine Kommission mit Gorbatschow als Vorsitzenden gebildet, die die Vorschläge zur Verwirklichung der Systemreform vorbereiten soll. Immerhin hielt man am Terminplan fest. Wenn alles

nach Plan verläuft, wird Gorbatschow im April 1989 Vorsitzender des Obersten Sowjet. Das Tempo, das Gorbatschow anschlägt, ist atemberaubend. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es den Reformern bitter ernst mit ihrer Absicht ist, das Herrschafts- und Wirtschaftssystem effizienter zu machen. Gorbatschow sieht offensichtlich solche Gefahren auf sein Land zukommen, daß er keine Zeit mehr verlieren will. Er ist allem Anschein nach bereit, aus der kollektiven Führung auszubrechen, um seine Pläne besser verwirklichen zu können.

Die Vielfalt dessen, was im politischen Bereich geändert werden soll, ist so verwirrend, daß die Chancen der Reform kaum abzuschätzen sind. Für die gegenwärtige Situation ist eine merkwürdige Zweigleisigkeit typisch. Es gibt heute neue und alte Wirtschaftsmechanismen. Vielleicht wird es morgen neben den neuen politischen Strukturen auch die alten noch geben. Weiter soll ein Denkmal für die Opfer von Stalins Terror errichtet werden und zugleich bleibt das Grabmal Stalins an der Kremmauer erhalten. Die KPdSU selbst spricht mindestens mit zwei Zungen. Man kann in der „Pravda“ behaupten, daß es nie einen Sozialismus in der Sowjetunion gegeben hat und man kann auf der anderen Seite nach wie vor davon sprechen, daß man den Sozialismus aufbaut. Es bleibt unklar, wer oder was sich schließlich durchsetzen wird.

II. Lagebeurteilung und Entwicklungstendenzen der sowjetischen Wirtschaft

Die Wirtschaft war nicht das Hauptthema der 19. Unionsparteiokonferenz der KPdSU und war doch stets präsent. Die Thesen des Zentralkomitees, Referat und Schlußwort des Generalsekretärs, die Diskussionsbeiträge der Konferenzteilnehmer sowie schließlich die verabschiedeten Resolutionen dokumentierten — deutlich wie nie zuvor auf einer so hohen Plattform — drei zentrale ökonomische Sachverhalte:

Erstens: Die Wirtschaftslage ist, gemessen an den Hauptzielen sowjetischer Wirtschaftspolitik — Wachstumsbeschleunigung, Modernisierung und Verbesserung des Lebensstandards — nach wie vor unbefriedigend. Der Zustand ökonomischer Stagnation ist bisher allenfalls ansatzweise überwunden worden. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an die sowjetische Wirtschaft weiter, und es vergrößert sich der Leistungsabstand zu den führenden westlichen Industrieländern: Leistungskrise und Wettbewerbskrise fallen zusammen.

Zweitens: Die bisher eingeleiteten Reformmaßnahmen haben noch nicht gegriffen, teils, weil die Bürokratie als viel attackierter Perestrojka-Hauptfeind die Hebel des „Bremsmechanismus“ betätigt und die Implementierung gefaßter Beschlüsse be-

hindert, teils, weil das Konzept sowjetischer Wirtschafts- und Wirtschaftsreformpolitik bisher allzu widersprüchlich, unfertig und halbherzig ausfiel. Dies wiederum ist auf die Notwendigkeit politischer Kompromisse, auf theoretisch-konzeptionelle Defizite, nicht zuletzt aber auch auf die Schwierigkeit zurückzuführen, für die komplexe und widersprüchliche Struktur der wirtschaftspolitischen Ziele in der UdSSR ein konsistentes Bündel institutioneller und funktioneller Regelungen zu entwickeln.

Drittens: Gleichzeitig ist unverkennbar, daß die Entschlossenheit der Gorbatschow-Führung anhält, die ökonomischen Mißstände durch veränderte Wachstumsstrukturen sowie zunehmenden Nachdruck auf Wirtschaftsreformen zu überwinden, wobei die „radikale Wirtschaftsreform“ nunmehr durch die „Reform des politischen Systems“ ergänzt werden soll. Diese „politische Reform“ wird — entsprechend der Intention der Führung — nicht den Rahmen des Einparteiensystems, „wie es sich geschichtlich ergeben und durchgesetzt hat“, sprengen. Doch war nicht so sehr die Apologie des Einparteiensystems das zentrale Thema der Konferenz als vielmehr die Suche nach Institutionen für Demokratisierung, Interessen- und Meinungspluralismus sowie gesellschaftliche Dynamik und Autonomie „innerhalb des Systems“.

³⁸⁾ Die Rede Gorbatschows und die Plenums-Beschlüsse in: Pravda, 30. und 31. 7. 1988.

Die Materialien der Konferenz haben unterschiedlichen Charakter. Gorbatschows Referat war geschlossen, wenn auch nicht konsistent, wobei die „Thesen des Zentralkomitees“ teils aufgegriffen, teils beiseite gelassen, teils weitergeführt wurden. Zentrale Vorschläge fanden sich später in Substanz und Begrifflichkeit der „Entschließungen“ der Konferenz wieder, ein Beispiel für den gegenwärtigen Prozeß der Umsetzung von Führungskonzeptionen in Programmdokumente³⁹⁾. Die Beiträge der Delegierten waren ihrer Funktion gemäß heterogen, aphoristisch, von unterschiedlicher Qualität. Sie vermittelten weniger Systematik als Impressionen von Bewußtsein, Problemlage und Stand der innersowjetischen Diskussion. Insgesamt war die Parteikonferenz nicht mehr als eine weitere Etappe im reformerischen Aufbruchversuch und (noch) keine systempolitische Ankunft. Ihre Bedeutung ist die einer Durchgangsstation im Prozeß der innersowjetischen Auseinandersetzung um die Formierung einer veränderten Politik, die vor allem dem Generalsekretär als Plattform zur Demonstration politisch-konzeptioneller Weiterentwicklungen gedient hat. Das Ende Juli abgehaltene ZK-Plenum bestätigte Gorbatschows derzeitige konzeptionelle Offensive, hat aber durch die neuen Reformakzente auch die Konflikte innerhalb der sowjetischen Führung verschärft⁴⁰⁾.

1. Impressionen zur Wirtschaftslage

Der Tenor der von Gorbatschow und vielen Konferenzdelegierten vorgenommenen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage war überwiegend negativ. Wenn sich der Generalsekretär und andere Redner auch um ein Auflisten günstiger Tendenzen bemühten, so geschah dies meist nur als Übergang zu harter Kritik.

Gorbatschow und viele Konferenzredner hatten jedoch in der Tat gute Gründe, sich nicht allzulange mit positiven Tendenzen zu befassen. Die meisten der in der UdSSR gegenwärtig zur Wirtschaftsentwicklung veröffentlichten Kommentare dokumentieren, wie mühsam der Weg zur Wirtschaftssanierung ist und stehen so auch im Widerspruch zu manchen statistischen Daten, die – wie zuletzt auch der Bericht des Staatskomitees für Statistik über das erste Halbjahr 1988⁴¹⁾ – eine „beschleunigte Gesundung der Wirtschaft“ anzeigen. Die Kritik des Generalsekretärs konzentrierte sich auf folgende zentrale Gesichtspunkte:

Erstens: Die Verbesserungen bei Modernisierung und technischem Fortschritt sind zu gering. Der Produktionsprozeß ist immer noch viel zu aufwendig, was auf Ressourcenverschwendung hinausläuft und – ungebrochener „Kult des Brutto“ – auch eine irreführende Wachstumsstatistik zur Folge hat. Das vergleichsweise niedrige Niveau technologi-

scher Innovation ist nicht überwunden. Die Modernisierung des Maschinenbaus als Bedingung für die angestrebte „Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft“ und als Voraussetzung für eine nachhaltige Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hatte nicht den gewünschten Erfolg. Der chronische „Teufelskreis“: stagnierende Technik – Ressourcenverschwendung – administrativer Leistungsdruck auf die Betriebe – Qualitätsvernachlässigung und stagnierende Technik konnte noch nicht durchbrochen werden.

Zweitens: Hauptpunkt der Kritik Gorbatschows war die unzureichende Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung. Insbesondere beklagte der Generalsekretär die anhaltenden Engpässe bei der Lebensmittelproduktion: Im Grunde genommen sei die in den letzten Jahren erzielte Zunahme der Lebensmittelerzeugung lediglich für die Deckung des mit dem Bevölkerungswachstum verbundenen Zusatzbedarfs verwendet worden. Auch bleibe das Angebot an Waren und Dienstleistungen immer noch hinter der wachsenden Kaufkraft der Bevölkerung zurück, und nicht zuletzt gäbe es trotz einer Reihe von Teilverbesserungen viele alte und neue Probleme beim Wohnungsbau.

Schließlich machte Gorbatschow erneut deutlich, daß neben güterwirtschaftlichen Engpässen auch ernsthafte Beeinträchtigungen des monetären Gleichgewichts der Gesamtwirtschaft der angestrebten ökonomischen Gesundung des Landes im Wege stehen. In diesem Zusammenhang bemängelte er den Zustand der Staatsfinanzen: „Das Haushaltsdefizit lastet auf dem Markt, untergräbt die Stabilität des Rubels und der gesamten Geldzirkulation und verursacht Inflationsprozesse.“

Kritischer noch als die Bilanz des Generalsekretärs fiel die Gesamteinschätzung der Wirtschaftslage durch den Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften, L. Abalkin, aus⁴²⁾, den im Kontext der Ökonomie bemerkenswertesten Sprecher der Konferenz. Abalkins Beurteilung kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Die Wirtschaft befindet sich nach wie vor im Zustand der Stagnation. Das Nationaleinkommen ist in den letzten beiden Jahren sogar noch langsamer gewachsen als in den „Stagnationsjahren des 11. Planjahrfünftens“. Die erreichten Effizienzverbesserungen sind minimal. Die 1986 und 1987 erfolgten Strukturveränderungen vollzogen sich in Gegenrichtung zum Plan (in der Industrie beispielsweise das Verhältnis der Produktionsgruppen A und B), weil – auf insgesamt zu niedrigem Niveau – das Tempo der Produktionsmittelerzeugung über dem Wachstum der Konsumgüterproduktion lag. Die Lage auf dem Verbrauchermarkt hat sich verschlechtert. Beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt „vergrößert sich der Rückstand gegenüber dem Weltniveau weiterhin und nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an.“

³⁹⁾ Vgl. hierzu: H.-H. Höhmann, Aktuelle Analyse des BIOst, (1988) 12.

⁴⁰⁾ Vgl. die Rede Gorbatschows, in: Pravda, 30. 7. 1988. Pravda-Zitate nach der deutschen Ausgabe.

⁴¹⁾ Veröffentlicht in: Pravda, 25. 7. 1988.

⁴²⁾ Pravda, 30. 6. 1988.

Alle diese Klagen wurden in vielen Delegiertenbeiträgen unterstrichen. In den vorgetragenen Beschwerden spiegeln sich alle bekannten Probleme der sowjetischen Wirtschaft. Sei es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, sei es aus der Mikroperspektive von Regionen und Betrieben — es wurden immer wieder drei große Mängelkomplexe angesprochen:

— Probleme der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung, von unzureichender Standortpolitik über Mängel des intraregionalen Leistungstransfers bzw. Finanzausgleichs bis hin zu massiver regionaler Arbeitslosigkeit (für Aserbaidschan lassen die Angaben des dortigen Parteichefs auf eine Arbeitslosenquote um 10 Prozent mit Schwerpunkt Jugendarbeitslosigkeit schließen).

— Gravierende Umweltprobleme in allen Teilen der UdSSR („Die Ostsee ist verseucht“ . . . „Der Aralsee ist, ökologisch gesehen, tot“), was F. Morgun, dem Vorsitzenden des sowjetischen Umweltschutzkomitees, Anlaß zu leidenschaftlicher Anklage gab: „Die ökologischen Probleme entstehen nicht von selbst. Sie sind die Folge unserer Stümperhaftigkeit, Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit in technischer und ökologischer Hinsicht.“⁴³⁾

— Vor allem aber ging es immer wieder um den stagnierenden Lebensstandard und seine Konsequenzen für Arbeitsmotivation und politische Orientierung der Bevölkerung. Als „Arbeiterstimme zum schmerzlichen Alltag“ zitierte etwa Walzwerker W. Jarin: „Wo ist die Perestrojka? In den Geschäften beispielsweise sieht es mit Lebensmitteln genauso schlecht aus wie früher. Sogar Zucker ist nur gegen Bezugsscheine erhältlich. Fleisch gab es und gibt es nicht.“⁴⁴⁾ Betriebsparteisekretär W. Platonow zog hieraus die politischen Konsequenzen: „Die sowjetischen Menschen werden die Perestrojka erst dann fühlen, wenn wir genügend Lebensmittel und Gebrauchsgüter erzeugen und sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert haben.“⁴⁵⁾ Andererseits aber — so KFZ-Mechaniker A. Melnikow aus Kuibyschew — wird „der Erfolg der Perestrojka in ausschlaggebendem Maße davon abhängen, inwieweit sich die einfachen Arbeiter sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft aktiv in den gesellschaftlichen Prozessen engagieren werden“⁴⁶⁾.

Die Mißstände beim Lebensstandard veranlaßten Gorbatschow, im Schlußwort der Konferenz und verstärkt auf dem Juli-Plenum des ZK, nachdrücklich struktur- und systempolitische Abhilfen zu fordern und vor allem eine Intensivierung der Reformen in der Landwirtschaft anzukündigen.

⁴³⁾ Pravda, 2. 7. 1988.

⁴⁴⁾ Pravda, 1. 7. 1988.

⁴⁵⁾ Pravda, 2. 7. 1988.

⁴⁶⁾ Pravda, 2. 7. 1988.

2. Ursachen: Bürokratie als Hauptfeind der Perestrojka

Die Ursachen der vielfältigen Wirtschaftsschwierigkeiten wurden — mit Unterschieden in Gewichtung und analytischem Ansatz — erneut auf die notorische Mängeltrias: Versagen des „Faktors Mensch“, verfehlte Strukturpolitik und Mängel des planwirtschaftlichen Systems bzw. des „Wirtschaftsmechanismus“ zurückgeführt. Das „Bürokratiesyndrom“ stand dabei im Vordergrund.

Zum „menschlichen Faktor“ gab es bekannte Stichwörter: mangelhafte Disziplin auf den verschiedenen ökonomischen Aktivitätsebenen, Verantwortungslosigkeit, Schmarotzertum, fehlende Motivation, häufig zurückgeführt auf kontraproduktive Anreizmechanismen und nicht zuletzt auch auf eine unzureichend entwickelte soziale Infrastruktur, bürokratische Verhaltensweisen, Konservatismus, Angst vor dem Neuen.

Zur Demonstration verfehlter Strukturpolitik wurde auf die Vernachlässigung „moderner Zweige“ sowie konsumnaher Bereiche bei den Investitionen verwiesen. Diese Entwicklung vollzog sich fatalerweise bei einem insgesamt beschleunigten Wachstumstempo der Investitionen, so daß dem Konsum Mittel entzogen wurden, ohne daß von der Kapitalbildung nachhaltige Modernisierungseffekte ausgegangen wären und sich hierdurch die Wachstumsbedingungen für die Zukunft verbessert hätten. Eine solche Absicht war aber expressis verbis die Grundlage der im 12. Fünfjahrplan gegenüber dem 11. Planjahr fünf geänderten Investitionsstrategie gewesen⁴⁷⁾.

Die anhaltenden Dysfunktionen des Wirtschaftsmechanismus werden in erster Linie mit dem unzureichenden Stand der Verbesserung von Leitungssystem und Wirtschaftsmechanismus durch Fortschritte bei der „radikalen Wirtschaftsreform“ identifiziert. Gorbatschow hatte hierfür eine Reihe von Gründen zur Hand: Man habe noch nicht alle Komponenten des neuen Mechanismus einführen können, weil mit der Realisierung der Reform „aus der Bewegung“ heraus, d. h. während eines laufenden Planjahr fünf, begonnen worden sei, also unter den Bedingungen bereits festgelegter Strukturpläne, veralteter Preise sowie unveränderter Methoden zentraler Ressourcenzuteilung durch das System der materiell-technischen Versorgung. Weiter sei eine Reihe notwendiger Reformregelungen „in gewisser Hinsicht noch nicht richtig herausgearbeitet“ worden, womit konzeptionelle Defizite eingeräumt werden. Vor allem aber entsprängen die anfallenden Schwierigkeiten „den zählebigen Stereotypen des Wirtschaftens, dem Wunsch, die altgewohnten befehlsmäßig-administrativen Leitungs-

⁴⁷⁾ Zur Investitionsplanung für das 12. Planjahr fünf vgl. H.-H. Höhmann, Sowjetische Wirtschaft unter Gorbatschow: Auf der Suche nach neuem Profil, sowie H. Clement, Umgestaltung der sowjetischen Investitions- und Strukturpolitik, beide Beiträge in: Sowjetunion 1986/87, hrsg. vom BIOst, Köln 1987.

methoden in der Wirtschaft zu erhalten, und dem Widerstand, den ein Teil der Leitungskader dem Neuen leistet“.

Insbesondere die Ministerien wurden von Gorbatschow und dann auch von vielen Konferenzdelegierten auf die Anklagebank gesetzt. Dabei wurde nicht immer Verständnis für den Kern des Problems offenbar. An die Stelle einer dringend erforderlichen funktionellen Analyse von Bürokratie und „Bürokratismus“ trat vielfach eine Personalisierung des Bürokratieproblems. Die Bürokratie erschien als Anti-Perestrojka-Mafia, Bürokratismus als partei- und politikschädigendes Fehlverhalten, Minister wurden für schlecht befunden, gleichzeitig aber „Koordinationszentralen“ gefordert: hier zeigt sich genau der von Abalkin zu Recht kritisierte „oberflächliche Ansatz“, den er zumindest indirekt auch dem Generalsekretär anlastete und als dessen Folge er offensichtlich zu kurz gegriffene Politikkonzepte befürchtet.

Für Abalkin folgt bürokratisches Verhalten (und damit auch Kontinuität des Apparates) in erster Linie aus einer Zielstruktur, die aufgrund ihrer Beschaffenheit Verzicht auf bürokratische Intervention verhindert. Das von ihm gewählte Beispiel sind die auf „Beschleunigung“ angelegten Wachstumsziele des 12. Fünfjahrplans, die den administrativen „Druck“ konservieren und so Qualitätsorientierung der Wirtschaft wie Reform im Wege stehen. Notwendig sind folglich ein neues Zielverständnis und der Übergang zu einem damit konformen „völlig anderen System“. Abalkin sieht dieses System im Komplex der Reformbeschlüsse vom Juni 1987. Ob diese Lösung ausreichen würde, ist in Anbetracht der Unvollständigkeit und Inkonsistenz des Projektes zu bezweifeln. Auch ließen sich die von Abalkin betonten Zusammenhänge zwischen der wirtschaftspolitischen Zielstruktur, der Wirtschaftsreform und dem Gewicht der Bürokratie oder umgekehrt der angestrebten Entbürokratisierung noch eindrucksvoller am Beispiel des militärisch-industriellen Komplexes demonstrieren. Doch sind für diesen Bereich trotz Glasnost offensichtlich immer noch Erörterungstabus zu respektieren. Vielleicht liegt hier auch der Grund für Gorbatschows Attacke auf Abalkin, mit dem er sonst in vielerlei Hinsicht übereinstimmt und der zu seinen ökonomischen Beratern gerechnet wird.

Auch der Reformator Gorbatschow muß als Führer der Weltmacht UdSSR in einer latent konflikträchtigen internationalen Situation — und nicht zuletzt in Anbetracht der von ihm beklagten schlechten Haushaltsslage — an der uneingeschränkten Möglichkeit eines direkten administrativen Zugriffs auf die Ressourcen der Schwer- und Rüstungsindustrie interessiert sein. Dies bedeutet eine Beschränkung des Reformspielraums und damit auch, daß die Waffe „Veränderung ökonomischer Beziehungen“ (Abalkin) bzw. „radikale Wirtschaftsreform“ im Kampf gegen den Perestrojka-Hauptfeind Bürokratie nur in den Grenzen einsetzbar ist, in denen die administrative Wirtschaftsplanung zur Disposition steht. Soll und muß dennoch der „Bürokratis-

mus“ bekämpft werden, weil er ökonomische Effizienz behindert und gesellschaftliche Dynamik dämpft, so bleibt — teils als Flankierung, teils als Substitut der Wirtschaftsreform — eben die von Gorbatschow vehement verteidigte Umgestaltung des Überbaus, die „Reform des politischen Systems“ — so lange jedenfalls, bis ein neuer strukturpolitischer „Prioritätsvertrag“ eine wirklich weitergehende Wirtschaftsreform ermöglicht.

3. Wirtschaftsreform und politische Reform

Nach Parteikonferenz und Juli-Plenum⁴⁸⁾ des Zentralkomitees sind im wesentlichen drei Schwerpunkte zukünftiger sowjetischer Wirtschafts- und Wirtschaftsreformpolitik erkennbar geworden:

1. Nachdruck auf Weiterführung und politische Flankierung der im Juni 1987 beschlossenen „radikalen Wirtschaftsreform“;
2. Intensivierung der Reformen in konsumnahen Bereichen durch breite Anwendung des „Pachtsystems“ (nicht nur in der Landwirtschaft) und Förderung von Genossenschaften;
3. Ad-hoc-Maßnahmen zur Vergrößerung des Lebensmittelangebots sowie konsumorientierte Umschichtung der ökonomischen Entwicklungsproportionen und ihre Verankerung im kommenden 13. Fünfjahrplan der UdSSR.

Was die weiteren Konzepte für die Wirtschaftsreform und ihre Verbindung mit politischen Reformen betrifft, so soll zunächst die „radikale Wirtschaftsreform“ auf zweifache Weise weitergeführt werden. Einmal soll die Verwendung neuer Institutionen — wie vor allem der „Staatsaufträge“ — für alte, befehlswirtschaftlich-administrative Zwecke gestoppt werden. Beschränkung ihrer Zahl und Vergabe lediglich durch das Staatliche Plankomitee (Gosplan) und nicht mehr durch die Ministerien sind die hierzu vorgesehenen Schritte. Erfolg versprechen sie nur, wenn es wirklich gelingt, den Plan- zugunsten des Marktsektors zu verkleinern und den auf den Prioritätsbereich ausgeübten „Plandruck“ einzuschränken. Zum anderen soll die Reform selbst in dreierlei Hinsicht weitergeführt werden: Erstens soll sie auf alle Wirtschaftsbranchen ausgedehnt werden, zweitens sind (endlich) komplementäre Reformen des „funktionellen und institutionellen Umfeldes“ der Betriebe (Preise und Preisbildungsmechanismus, Versorgungssystem, Finanz- und Banksystem, ministerieller Verwaltungsapparat) in Angriff zu nehmen und drittens schließlich sollen für die Betriebe größere Spielräume bei der Wahl innerbetrieblicher Wirtschaftsmechanismen geschaffen werden.

Die wesentlichen Elemente der „Reform des politischen Systems“ wurden bereits erörtert⁴⁹⁾. Sie haben als Ergebnis eines eindrucksvollen Prozesses Gorbatschowscher „policy guidance“ mit Modifika-

⁴⁸⁾ Materialien des Juli-Plenums, in: Pravda, 30. und 31. 7. 1988.

⁴⁹⁾ E. Schneider, Aktuelle Analysen des BIOst, (1988) 35 und 38.

tionen über die Stationen: „Thesen des Zentralkomitees“, Bericht des Generalsekretärs, Konferenzdiskussion, Entschließungen der Parteikonferenz in die Dokumente des Juli-Plenums Eingang gefunden. Ihre Bedeutung für die Wirtschaftsreform ist doppelter Natur: Als Etappenerfolg im Kampf um Macht und Autorität haben sich zunächst die Stellung Gorbatschows — als vermutlich zukünftigem Chef von Partei und Staat — gestärkt und die politischen Voraussetzungen für weitere institutionelle Maßnahmen sowie die Fortsetzung einer von oben gesteuerten „Zirkulation der Eliten“ verbessert. (Gorbatschow auf dem Juli-Plenum: „Leute, die der Reform im Wege stehen, müssen von leitenden Positionen abgezogen werden“). Mit den — teilweise bisher freilich mehr im Prinzip als in konkreter Ausgestaltung — beschlossenen institutionellen Veränderungen soll eine den Strukturen der modernen Industrie- und Leistungsgesellschaft adäquatere „Pluralisierung des Einparteiensystems“ vorangetrieben werden. Die wichtigsten Stichwörter hierzu sind:

- gesellschaftliche Revitalisierung und Legitimationsgewinn durch „Demokratisierung“ (etwa Veränderungen der Wahlmodalitäten);

- transparentere und effizientere politische Prozesse durch bessere Funktionsabgrenzung zwischen Partei, Staat und Wirtschaft;

- mehr politische Kontrolle der Bürokratie durch Ausbau der Funktionen der Sowjets (als deren Vorsitzende die Parteisekretäre zukünftig in der Regel eine veränderte, auf der Konferenz aber umstrittene Rolle spielen sollen);

- Rechtsreformen zum Schutz des Bürgers und zur Gewährleistung geordneter und verlässlicher horizontaler und vertikaler Kommunikationsprozesse zwischen Bürgern sowie Bürgern und Staat, nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaft („sozialistischer Rechtsstaat“);

- Fortsetzung, Vertiefung, allerdings auch Reglementierung von Glasnost als Kampfforum gegen den „Bürokratismus“, als Voraussetzung für „sozialistischen Meinungspluralismus“ und als Medium zur Produktion und Diskussion neuer Sozialismuskonzepte.

Eine kritische und schöpferische Funktion soll — auf marxistisch-leninistischer Grundlage, aber ohne „Dogmatismus“ — auch den Gesellschaftswissenschaften zufallen. Nachholbedarf hat hier vor allem die auf der Parteikonferenz häufig kritisierte Wirtschaftswissenschaft. Sicher haben es manche Delegierte Abalkin verübelt, daß er nicht ohne Arroganz ökonomisches Wissen von der Führung forderte, aber selbst nicht allzu verschwenderisch mit Reformideen umgegangen ist. Was fehlt, sind in der Tat vor allem operationale Konzeptionen für das derzeit angezielte Zweisektorensystem eines „Plan-Markt-Dualismus“.

Insgesamt zeigt die gegenwärtige Reformpolitik neuen Nachdruck, bleibt aber — anders ginge es

auch nicht — prinzipiell bei einer Mischung von Fortschritt und Behutsamkeit. Gorbatschow bekannte sich zu reformpolitischer Vorsicht und hat bei aller Handlungsentschlossenheit offensichtlich wenig Neigung, der strategischen Empfehlung des temperamentvollen Delegierten W. Kabaidse zu folgen: „In der Wirtschaft haben wir bis jetzt wenig Erfolg, aber wenn Sie schon auf dem ‚Tiger der Perestrojka‘ reiten, dann dürfen sie nicht absteigen, dann müssen Sie ihm die Sporen geben!“

4. Förderung des Lebensstandards: vor neuen Agrarreformen?

Der große Nachdruck, der von allen Sprechern der Konferenz auf das Problem des Lebensstandards gelegt wurde, hatte zwei wirtschaftspolitische Konsequenzen. Er veranlaßte einmal mehr Entschlossenheit zu Reformen in konsumnahen Bereichen, vor allem in der Landwirtschaft. Zum anderen führte er zur Ankündigung einer Reihe kurzfristiger Ad-hoc-Maßnahmen und längerfristiger Wachstumskorrekturen zugunsten der sowjetischen Verbraucher. Auf dem Juli-Plenum sprach sich Gorbatschow für eine weitgehende De-facto-Aufhebung der Kollektivierung innerhalb der traditionellen Institutionen des sowjetischen Agrarsystems aus. Auf dem Wege des „Pachtsystems“ sollen Grund und Boden sowie Produktionsmittel zu langfristiger Nutzung auf andere Landwirtschaftsbetriebe, Industriebetriebe, aber auch Pachtkollektive und Einzelpächter übertragen werden. Ein spezielles „Pachtgesetz“ sowie ein neues „Gesetz über die Bodennutzung“ sollen den rechtlichen Rahmen abgeben. Als Pachtfristen sind 25, 30 oder gar 50 Jahre vorgesehen: „Kurze Pachtfristen werden keine Investitionen in die Entwicklung der Produktion bewirken und möglicherweise die Neigung zu Habgier unterstützen.“ Die sich hier — bei bleibenden Unterschieden — andeutende „chinesische Wende“ der sowjetischen Eigentumspolitik ist für Gorbatschow „Sozialismus reinsten Wassers“, denn das „Wesen der Umgestaltung besteht darin, die unterschiedlichsten Formen der Realisierung sozialistischen Eigentums in der Praxis auszunutzen“. Bezeichnenderweise soll der Pachtvertrag außer in der Landwirtschaft auch in anderen Wirtschaftszweigen zur Anwendung kommen, wo man sich von ihm Stimulierung unternehmerischer Initiative und Beiträge zur Kostensenkung erhofft. Im Rahmen des Pachtvertrages könne man sich etwa von überzähligen oder unfähigen Mitarbeitern trennen, was offensichtlich in traditionellen Betriebsformen so (noch) nicht möglich ist. Die hier eingeleitete Entwicklung treibt die Reform allerdings in eine Richtung weiter, die die sowjetische Führung in Verbindung mit besseren Produktionsresultaten auch vor die Aufgabe der ideologischen und sozialpolitischen Bewältigung einer zunehmenden Einkommensdifferenzierung stellt.

Da in diesem Jahr wieder eine nur mittelmäßige Ernte erwartet wird, forderte Gorbatschow Ad-

hoc-Maßnahmen zur Sicherung der Erträge und zur Gewährleistung wenigstens „des bisherigen Versorgungsniveaus“. Notfalls sollen auch Nahrungsmittel importiert werden. Angekündigt ist als längerfristige Konsequenz jedoch auch die Suche nach neuen Wachstumsproportionen. Der 12. Fünfjahrplan verfehlt in doppelter Hinsicht seine Aufgabe: Auf der einen Seite wird die angestrebte Modernisierung, für die ein erhöhter Kapitalinput zur Verfügung gestellt wurde, nur bedingt erreicht. Auf der anderen Seite stagniert der Lebensstandard der Bevölkerung, und dies gefährdet, wie auf der Parteikonferenz immer wieder unterstrichen wurde, die Lebensader der ganzen Perestrojka. Der Generalsekretär sprach sich folglich für neue Entwicklungsproportionen im 13. Planjahr (1991 bis 1995) aus: „Vor allem handelt es sich um die Deckung des Bedarfs der Menschen an vollwertigen Nahrungsmitteln, darum, den Markt mit Konsumwaren und Dienstleistungen im notwendigen Sortiment und mit hoher Qualität zu sättigen sowie die Programme für den Wohnungsbau, für die Verbesserung des Gesundheitsschutzes, des Bildungswesens und der Kultur zu realisieren.“⁵⁰⁾ Gestützt werden soll diese „soziale Umorientierung der Wirtschaftsentwicklung“ auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts durch eine Erhöhung des Anteils der Konsumtion am Nationaleinkommen als „Kernstück der gesamten Struktur- und Investitionspolitik, als Eckpfeiler der Bestimmung von Tempo und Proportionen der Wirtschaft“. Auch die Schwer- und

Verteidigungsindustrie soll einen größeren Beitrag zur Konsumgütererzeugung leisten. All dies sind nun gewiß keine neuen Zielsetzungen. Die Realisierung einer solchen Strategie scheiterte in der Vergangenheit immer wieder an mangelndem politischen Nachdruck und unzureichenden Umsetzungsmechanismen. Im Unterschied zu früher ist heute allerdings die Lage viel kritischer, und die Führung ist sich bewußt, daß die angestrebte ökonomisch-politische Revitalisierung der UdSSR nicht nur am Widerstand der Bürokratie, sondern auch am fortgesetzten „Teilaussteigen“ frustrierter Arbeiter-Konsumenten scheitern kann. Schließlich formulierte der Generalsekretär auch eine verklausulierte Absage an die erste seiner nach 1985 mit Nachdruck propagierten Zielvorstellungen, die der „Beschleunigung“. Nicht das Wachstumstempo der Produktion an sich sei wichtig, „sondern sein realer Inhalt, die wirkliche Deckung des Bedarfs des Volkes“.

Abschließend soll noch einmal unterstrichen werden, daß die sowjetische Reformpolitik mit der 19. Unionsparteiokonferenz und dem folgenden Juli-Plenum neue Impulse erhalten hat. Um eines der anschaulichsten Bilder der Konferenz auszuleihen: Das Flugzeug Perestrojka setzt seine Reise fort. Die Konturen des gewünschten Landeplatzes werden deutlicher. Aber ob, wann und wo das Ziel erreicht wird, bleibt offen. Die westliche Forschung sollte die analytischen Ferngläser putzen, um den Flug zu verfolgen.

⁵⁰⁾ Pravda, 29. 6. 1988.

Nationalismus und die Grenzen der Sowjetunion als Weltmacht

I. Der armenische Paukenschlag

Im Februar 1988 wurde die Welt Zeuge von Ereignissen, die viele für ausgeschlossen innerhalb der Sowjetunion gehalten hatten: Zuerst Zehntausende, dann Hunderttausende, vielleicht eine Million Menschen hielten über Tage hin friedliche Demonstrationen auf den Straßen der armenischen Hauptstadt Eriwan ab und forderten den Anschluß des Gebiets Berg-Karabach (Nagornyj-Karabach), das zur Unionsrepublik Aserbaidschan gehört, an die Republik Armenien. Etwa zwei Wochen lang stand das Leben einer Millionenstadt und einer ganzen Unionsrepublik still.

Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1988 folgte eine zweite Welle von Massendemonstrationen Hunderttausender; eine dritte Welle begann Anfang Juli, nachdem die auf die 19. Parteikonferenz gesetzten Hoffnungen der Armenier enttäuscht worden waren. Politische Willensäußerungen von derartigen Ausmaßen im klaren Widerspruch zu den Direktiven der Moskauer Parteiführung hat es in der Sowjetunion seit dem Tode Stalins nicht gegeben.

Die armenische Nation verlangte die Erfüllung einer der irredentistischen Forderungen, die im 20. Jahrhundert zu einem beherrschenden Thema des armenischen Nationalbewußtseins geworden sind: die Vereinigung des getrennten Teils der armenischen Nation im Berg-Karabach mit Sowjetarmenien. Aber dieses nationale Anliegen verband sich mit einer allgemeinen Unzufriedenheit, „die sich jahrzehntelang angestaut hat. Unzufriedenheit mit der sozialen Ungerechtigkeit, einer käuflichen Führung, einer katastrophalen ökologischen Lage, dem moralischen und kulturellen Niedergang.“¹⁾ Diese Aussage des Mitglieds des armenischen Organisationskomitees, Ambarzum Galstjan, weist auf eine Grundtatsache hin, ohne deren Verständnis eine realistische Einschätzung des politischen und gesellschaftlichen Gewichts von Nationalismus unmöglich ist: Der Nationalismus kann sich mit einer Vielzahl geistiger Strömungen, gesellschaftlicher Konflikte und politischer Richtungen verbinden. Einen Nationalismus an sich gibt es nicht. Er kann Koalitionen sowohl mit liberalen emanzipatorischen Bewegungen als auch mit faschistischen und rassistischen politischen Regimen eingehen. Seine

Chamäleonhaftigkeit ist das Unterpfand seiner Universalität.

Der disziplinierte, geschlossene und dabei keineswegs spontane, nur aus dem Augenblick der Erregung heraus geborene Ausbruch der nationalen Solidarität in Armenien hat die Moskauer Parteiführung verständlicherweise in höchste Alarmstimmung versetzt, weil hier erstmals innerhalb der Sowjetunion eine Selbstorganisation der Gesellschaft in einer ganzen Region neben und gegen die Partei stattfand. Seit Februar 1988 war der Moskauer Parteiführung das Gesetz des Handelns in Armenien und im Berg-Karabach weitgehend entglitten. Tatsächliche Ordnungsmacht war das Karabach-Komitee, das über ein gut organisiertes Netz von Unterkomitees verfügte, in denen Industriebetriebe, Lehranstalten und Organisationen durch Delegierte vertreten waren. An der Spitze dieser Selbstorganisation der Nation standen hochangesehene Persönlichkeiten des kulturellen Lebens. Das Oberhaupt der armenisch-gregorianischen Kirche, Katholikos Wasgen I., hielt enge Fühlung mit dem Karabach-Komitee. Lokale Parteigremien — wie das Gebietspartei-Komitee in Stepanakert — solidarisierten sich entweder offen mit dem Karabach-Komitee oder stellten sich — wie die armenische Parteiführung — durch Verzicht auf Gegenmaßnahmen stillschweigend auf die Seite der Demonstranten. Gorbačev erkannte übrigens die tatsächlichen Machtverhältnisse in Armenien de-facto insofern an, als er am 26. Februar zunächst Abgesandte des Karabach-Komitees zu Verhandlungen empfing, und erst 10 Tage später, als das Organisationskomitee die Menschen wieder nach Hause und an den Arbeitsplatz geschickt hatte, den armenischen Parteichef Demirčjan²⁾.

Mitte Juni kooptierte die Selbstorganisation der armenischen Nation die obersten Sowjetorgane Armeniens und des Autonomen Gebiets Berg-Karabach. Der Oberste Sowjet in Eriwan faßte einen Beschluß zur Inkorporation des Berg-Karabach in die Armenische SSR; der Oberste Sowjet Aserbaidschans in Baku votierte dagegen. Dies ist der erste Fall in der Geschichte der UdSSR, daß die obersten

1) ... dann kann alles passieren, in: Rheinischer Merkur vom 25. März 1988.

2) G. Simon, Die Unruhen in Armenien und Aserbaidschan, in: Beiträge zur Konfliktforschung XVIII (1988) 2, S. 37—46.

Sowjetorgane von Unionsrepubliken in der gleichen Sache einander ausschließende Beschlüsse fassen. Ohne die Entscheidung des Obersten Sowjet der Union in Moskau abzuwarten, erklärte der Gebietssowjet in Stepanakert am 12. Juli — entgegen der Verfassung — den Austritt des Berg-Karabach aus der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik (SSR) und den Anschluß an Sowjetarmenien. Damit erhielt die von Gorbačev propagierte Leninsche Losung „Alle Macht den Sowjets!“ eine Realität, die

wohl niemand in Moskau vorausgesehen hatte. War die Selbstorganisation der armenischen Nation, die gewisse Ähnlichkeiten mit der Selbstorganisation der polnischen Nation 1980/81 aufweist, ein einmaliges Ereignis, sozusagen ein Unfall auf dem planmäßigen Gang der sowjetischen Geschichte zur „Verschmelzung“ der Nationen, oder aber war Erivan ein Menetekel, weithin sichtbares Zeichen des kommenden Zusammenbruchs des letzten europäischen Imperiums?



DIE ZEIT/Wolfgang Sischke

II. Ideologische Axiome und ihre Umsetzung in Politik

Die Bolševiki waren in der Nachfolge von Marx und Engels mit dem Anspruch aufgetreten, den separatistischen und antagonistischen Nationalismus im Zug der proletarischen Revolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft zu überwinden. Dieser Anspruch wird im Grundsatz bis heute aufrechterhalten. So heißt es in der Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU von 1986: „Die nationale Frage, wie sie uns die Vergangenheit hinterlassen hatte, wurde in der Sowjetunion erfolgreich gelöst.“ Die „nationalen Beziehungen in unserem Land“ „werden in ferner historischer Perspektive die völlige Einheit der Nationen zur Folge haben“³⁾.

Nach marxistischer Lehre ist die Nation ein Attribut der kapitalistischen Gesellschaftsformation und der Nationalismus eine bürgerliche Ideologie, um das Proletariat von der Wahrnehmung und Realisierung seiner Klasseninteressen abzuhalten. Im revolutionären Kampf und erst recht im Sozialismus tritt dagegen die vertikale Gliederung der Gesellschaft nach ethnischen Kriterien immer mehr in den Hintergrund und allein entscheidend wird die horizontale Gliederung nach Klassen, deren auf objektiven ökonomischen Interessen beruhende Solidarität keine nationalen Grenzen kennt: „Proletarier aller Länder, vereint euch!“ Insofern besteht nach marxistischer Lehre zwischen der Loyalität gegenüber der ethnischen Gemeinschaft und gegenüber der Klasse ein unaufhebbarer Gegensatz.

Allerdings hatten schon Marx und Engels die Möglichkeit zugelassen, nationale Bewegungen für das

³⁾ Programm der KPdSU, Neufassung, Moskau 1986, S. 52.

Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Dienst des internationalen revolutionären Kampfes zu stellen, eine im Prinzip entgegengerichtete Ideologie also für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Auf diesen Grundlagen aufbauend, haben Lenin und Stalin der Doktrin insbesondere zwei Elemente hinzugefügt: 1. Der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich der Sezession ist eine progressive Bewegung, solange er vor der sozialistischen Revolution stattfindet; nach der sozialistischen Revolution bedeutet Sezession Konterrevolution. Besonders in den Kolonien müssen die Sozialisten, so forderte Lenin schon 1916, „auch revolutionäre Elemente in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern entschieden unterstützen und ihrer Auflehnung, ihren Aufständen, respektive ihrem revolutionären Kriege gegen die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen“⁴⁾. 2. Angesichts der Realitäten des russischen Vielvölkerreiches kamen die Bol'sheviki zu der Überzeugung, daß die „Verschmelzung der Völker“ als Ziel der Geschichte nicht unmittelbare Folge der proletarischen Revolution sein werde, sondern daß dieses Ziel nur auf dem dialektischen Umweg über das „Aufblühen“ und die „Entwicklung“ aller zuvor unterdrückten Völker zu erreichen sei.

Dieses zweite Element der Doktrin ist seit den sechziger Jahren in der Sowjetideologie zur Lehre von den „sozialistischen Nationen“ breit entfaltet worden. Der Terminus und die wesentliche Merkmalsbeschreibung stammen jedoch bereits von Stalin, der natürlich heute als Urheber nicht mehr genannt werden darf. Danach verhalten sich „sozialistische Nationen“ wegen ihres vollständig veränderten Klasseninhalts grundsätzlich anders als „bürgerliche“. Sie treten in einer sozialistischen Gesellschaft nicht in Gegensatz zueinander, fügen sich nahtlos in den Zentralstaat ein und entwickeln keine separatistischen Bestrebungen⁵⁾. Die Lehre von den „sozialistischen Nationen“ — geschaffen zur Beschreibung des engen Zusammengehens der Nationen innerhalb des „einheitlichen multinationalen Bundesstaats“⁶⁾ Sowjetunion — ist übrigens in Umkehrung der Zielrichtung seit den siebziger Jahren in der DDR adaptiert worden, um die „sozialistische deutsche Nation“ gegenüber der „bürgerlichen deutschen Nation“ in der Bundesrepublik abzugrenzen.

Die marxistisch-leninistische Ideologie hat für die Politik der Partei innen- und außenpolitisch erhebliche praktische Bedeutung gehabt:

1. Die Bol'sheviki zögerten in der Innenpolitik nicht, der aus der Doktrin abgeleiteten Erwartung, nach

der Revolution würden die Völker keine Separation wollen, durch Waffengewalt zur Realität zu verhelfen. So wurde das Ende der Geschichte des multinationalen russischen Reiches verhindert.

2. Die kommunistische Weltbewegung wurde nicht als eine Bewegung partnerschaftlich zusammenarbeitender, gleichberechtigter Parteien konzipiert, die jeweils nationale Interessen wahrnehmen, sondern als eine einheitliche Bewegung des proletarischen Internationalismus, in der nationale Unterschiede unbedeutend und vorübergehend sind, und in der die Sowjetunion das natürliche Zentrum und die Kommandozentrale bildet.

3. Die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt galten als die natürlichen Verbündeten im weltrevolutionären Prozeß. „Die KPdSU betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das koloniale und halbkoloniale Joch abgeschüttelt haben, als einen Grundpfeiler ihrer internationalen Politik. Dieses Bündnis beruht auf der Gemeinsamkeit, die zwischen den Lebensinteressen des Weltsozialismus und der weltumspannenden nationalen Befreiungsbewegung besteht“, heißt es im Parteiprogramm von 1961⁷⁾.

Alle drei Maximen sind aus dem Grundsatz abgeleitet, daß der Sozialismus den Nationalismus überwunden und sich untergeordnet bzw. sich dienstbar gemacht hat. Diese ideologischen Maximen haben über Jahrzehnte eine Politik angeleitet, die erhebliche Erfolge aufzuweisen hat. Dabei hat sich die Sowjetmacht in vielen Fällen nicht gescheut, ihre ideologischen Vorannahmen durch den unbedenklichen Einsatz ihres Machtpotentials in Realität umzusetzen.

Faßt man allerdings die Entwicklung in den Jahrzehnten nach Stalins Tod ins Auge, so ist unabweisbar, daß die Sowjetunion auch erhebliche Rückschläge hat hinnehmen müssen, besonders sichtbar im Zusammenbruch der kommunistischen Weltbewegung. In einer Zeit, in der die „Revolution von oben“ im Inneren des Landes und der Aufbau des sozialistischen Lagers im Schutze der Roten Armee nicht mehr möglich waren, entfaltete der Nationalismus überall im sowjetischen Hegemonialbereich neue Kraft und Vitalität. Er wurde zu einem mächtigen Desintegrationsfaktor im Sowjetimperium und in der kommunistischen Weltbewegung. Es erwies sich, daß der Marxismus-Leninismus den Nationalismus unterschätzt hatte.

4) W. I. Lenin, Werke, Bd. XXII, Berlin 1972, S. 153 f.

5) G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 153—156.

6) Art. 70 der Verfassung der UdSSR von 1977.

7) B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903—1961, Köln 1962, S. 178.

III. Nationalismus und Entkolonialisierung innerhalb der UdSSR

Im folgenden soll untersucht werden, in welcher Weise der Nationalismus dem Sowjetregime Grenzen setzt. Dabei wird zunächst vom Anwachsen des Nationalbewußtseins innerhalb des Vielvölkerstaats die Rede sein. Danach geht es um Probleme, die daraus entstehen, daß die Staatsgrenzen der Sowjetunion vielfach keine ethnischen Grenzen sind. Weiterhin soll von der Desintegration im sowjetischen Hegemonialbereich in Osteuropa und in der kommunistischen Weltbewegung durch den nationalen Faktor gesprochen werden. Schließlich sind die Grenzen der sowjetischen Dritte-Welt-Politik zu zeigen; denn die eben erst souverän gewordenen Staaten unterwerfen sich keiner Blockdisziplin.

Zuvor ein Wort zur Begrifflichkeit. Ich gebrauche „Nationalismus“ in einem neutralen Sinn. Er bezeichnet die Loyalität gegenüber der Geschichte, Sprache, Kultur und Staatlichkeit eines Volkstums. Darüber hinaus verwende ich den Begriff Nationalismus in einigen Fällen jedoch auch im Sinne von Patriotismus, d. h. zur Bezeichnung der Loyalität gegenüber einem Staat, unabhängig von dessen ethnischen Komponenten. So wird die Rede vom jugoslawischen Nationalkommunismus oder vom Nationalismus der jungen Staaten der Dritten Welt sein. In beiden Fällen handelt es sich natürlich nicht um Ethnonationalismus. Diese begriffliche Leichtfertigkeit⁸⁾ erscheint mir deshalb hinnehmbar, weil in dem hier behandelten Zusammenhang Nationalismus immer die Kräfte der Peripherie meint, die mit der auf Zentralismus und Unterordnung bedachten Moskauer Zentrale in Konflikt geraten. Nur der russische Nationalismus bildet eine Ausnahme; er ist in der Regel ein zentripetales Element.

Generalsekretär Andropov hat im Dezember 1982 in einer Rede aus Anlaß des 60. Jahrestages der Gründung der UdSSR erstmals offiziell vom „Wachstum des nationalen Selbstbewußtseins“ „aller Nationen und Völkerschaften“ der UdSSR gesprochen. Dies sei die Folge „des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts“ und insofern „ein gesetzmäßiger, ein objektiver Prozeß“ in einer sozialistischen Gesellschaft⁹⁾. Auch Gorbačev hat sich nach längerem Zögern auf dem ZK-Plenum im Februar 1988 dazu durchgerungen, vom „Anwachsen des nationalen Selbstbewußtsein bei allen Nationen und Völkerschaften des Landes“ zu sprechen.

⁸⁾ Sie wird z. B. von W. Connor scharf kritisiert: W. Connor, Nation-building or nation-destroying? in: *World Politics* XXIV (1972) 3, S. 319–355 und ders., *The national question in Marxist-Leninist theory and strategy*, Princeton 1984, S. XIV f.

⁹⁾ *Pravda* vom 22. Dezember 1982.

Die Parteiführung ist also mit einigem Zögern bereit, jene Tatsachen anzuerkennen, die sowjetische Wissenschaftler in notwendigerweise verschleierter Form und westliche Fachleute offen seit Beginn der siebziger Jahre beschrieben haben, daß nämlich Modernisierungsvorgänge in der Sowjetunion ebenso wie in anderen Gesellschaften zum Entstehen oder zur Festigung des nationalen Bewußtseins führen. „Modernisierung fördert die Transformation traditionaler Werte in ethnischen Nationalismus“¹⁰⁾ und „schafft den Rahmen für einen Nationalismus, der sich stärker als früher und vor allem bewußter artikuliert“¹¹⁾. Die Erwartungen der älteren Modernisierungsforschung haben sich nicht erfüllt, mit der technisch-zivilisatorischen Transformation der Gesellschaft werde die nationale Zersplitterung jede politische Relevanz verlieren. Auch die reduktionistische Nationalismus-Forschung hat nicht recht behalten, die in nationalen Konflikten lediglich den oberflächlichen Ausdruck sozialer Spannungen hat sehen wollen. Mit dem Abbau der sozialen Konflikte werde der Nationalismus seine Basis verlieren.

Die wichtigste Folge der Modernisierung sowjetischen Typs ist das Heranwachsen neuer Bildungsschichten bei allen Nationen der Sowjetunion. Sie sind zum Träger des neuen nationalen Bewußtseins geworden. 1927/28 gab es 74 000 nichtrussische Hochschulstudenten, ihre Zahl erreichte 1959/60 500 000 und 1980/81 2,2 Millionen (einschließlich der Fernstudenten). Die neuen nichtrussischen Bildungsschichten sind – entgegen den aus der Ideologie abgeleiteten Erwartungen – nicht zu unterschiedslosen Teilen einer homogenen Sowjetgesellschaft geworden, sondern zu aktiven und bewußten Trägern eines neuen Ethnonationalismus.

Viele Nationen sowjetisch Asiens erhielten zum ersten Mal eine breite Schicht säkular ausgebildeter moderner Berufsgruppen. Bei den europäischen Nationen ersetzten die neuen Bildungsschichten seit den fünfziger Jahren allmählich die alten Eliten, die im großen Umfang Opfer des Terrors, der Deportationen und des Krieges geworden oder in die Emigration gegangen waren. Überall beanspruchten die neuen Bildungsschichten die Führungspositionen in ihren Territorien und verdrängten die Russen, die in der Stalin-Zeit dort eingesetzt worden waren.

¹⁰⁾ T. Rakowska-Harmstone, *The study of ethnic politics in the USSR*, in: *Nationalism in the USSR and Eastern Europe in the era of Brezhnev and Kosygin*, hrsg. v. G. W. Simmonds, Detroit 1977, S. 23.

¹¹⁾ H. Carrère d'Encausse, *L'Empire éclaté. La revolte des nations en URSS*, Paris 1978, S. 272.

In vielen Republiken vollzieht sich so ein schleicher Entkolonialisierungsprozeß, der zwar bisher im großen und ganzen zu keinen spektakulären Ausbrüchen geführt hat, dessen Konsequenzen jedoch die politischen Verhältnisse innerhalb des Landes erheblich verschieben werden. Die neuen Bildungsschichten halten in hohem Maß an ihrer Muttersprache, ihrer eigenen Kultur und Geschichte fest, so daß die meisten Nationen heute sozialstrukturell, kulturell und bewußtseinsmäßig fester gefügt sind als zu Beginn der Sowjetmacht.

Zusätzlich wirken spezifische Faktoren in Richtung auf die Verstärkung des nationalen Eigenbewußtseins. Die offizielle Weltanschauung des Marxismus-Leninismus hat ihre mobilisierende Kraft verloren und in der sowjetischen Gesellschaft hat sich ein großes geistiges Vakuum aufgetan, in das nationales Gedankengut und nationale Wertvorstellungen einströmen. Der verlorene Glaube an die revolutionäre Ethik — „Alles ist erlaubt im Namen des großen Menschheitsziels“ — hat zu einer Krise der öffentlichen Moral geführt. In dieser Situation versuchen manche Schriftsteller und andere Kulturschaffende im Rückgriff auf nationale Traditionen neue Maßstäbe für Gut und Böse zu setzen. Aber auch die ungleiche regionale Wirtschaftsentwicklung innerhalb des Landes wie überhaupt der allgemeine drastische Rückgang des Wirtschaftswachstums seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verstärkten nationale Konflikte.

Welches sind die Ausdrucksformen und Zielvorstellungen dieses neuen Ethnonationalismus? Soweit es sich beurteilen läßt, ist der Ethnonationalismus in sowjetisch Asien weitgehend auf eine verbesserte Partizipation und nicht auf Separation gerichtet, er ist in diesem Sinne nicht antisowjetisch. Die neuen nationalen Eliten fordern ihre verbesserte Teilhabe im ökonomischen, kulturellen und personalpolitischen Bereich. Sie streben nicht nach Trennung von der Union, sondern nach Umgestaltungen zu ihrem Nutzen. Dagegen hat der Ethnonationalismus bei einem Teil der Bildungsschichten mancher europäischer Nationen zu einer mehr oder weniger offenen Loyalitätskrise gegenüber dem Sowjetsystem geführt; das gilt insbesondere für die baltischen Nationen. Die lebendige Erinnerung an die Liquidierung der staatlichen Souveränität durch die Sowjetunion 1939/40, verbunden mit dem wachsenden Bewußtsein der historisch-kulturellen Zugehörigkeit zum lateinischen Europa haben bei allen drei baltischen Nationen illegale nationale Oppositionsgruppen entstehen lassen, die die Separation von der Sowjetunion fordern. Das politische Herrschaftssystem wird grundsätzlich in Frage gestellt.

Ähnlich wie in Transkaukasien haben in der Ära der Glasnost auch in den baltischen Republiken die Ausdrucksformen des nationalen Bewußtseins an

Umfang und Schärfe zugenommen. Dabei sind manche Forderungen, die zuvor nur von Dissidenten geäußert worden waren, von den Parteiführungen der Republiken übernommen worden. Die seit Juni 1987 aufkommenden Demonstrationen — teils von der Partei verboten, teils geduldet und teils unterstützt — erinnerten entweder an die offiziell verfemte Ausrufung der nationalen Unabhängigkeit Litauens, Estlands und Lettlands im Jahre 1918 oder an deren gewaltsame Liquidierung infolge des Molotov-Ribbentrop Paktes von 1939, oder die Demonstrationen gedachten der Stalinschen Deportationen in den Jahren 1941 bis 1949.

Die estnische, lettische und litauische Delegation legten der 19. Parteikonferenz Ende Juni 1988 umfangreiche Forderungskataloge zur Gewährung weitgehender wirtschaftlicher, kultureller und staatsrechtlicher Autonomie für die Unionsrepubliken vor. Sie verlangten die territorial abgegrenzte Selbstfinanzierung und eigenständige Planung der Wirtschaft einschließlich einer eigenen Finanz- und Kreditpolitik, eine eigene Staatsbürgerschaft, um die slavische Einwanderung einzudämmen, und gesetzliche Garantien für die jeweilige Nationalsprache als Staatssprache sowie Sitz und Stimme in den Vereinten Nationen.

Das Heranwachsen neuer nationaler Bildungsschichten und ihr Ethnonationalismus stellten die Zentralmacht vor eine grundsätzlich neue Situation, die so bisher zu keiner Zeit bestanden hat. Die Sowjetunion ist ohne die Mitwirkung der nationalen Intelligenzschichten nicht mehr zu regieren. Die Parteiführung wird deshalb in bestimmtem Umfang Konzessionen machen müssen, wenn sie die innere Stabilität nicht erheblich belasten will.

Allerdings hat die Gorbačev-Führung bisher nicht erkennen lassen, daß sie eine Dezentralisierung und eine Revitalisierung des Sowjetföderalismus plant, wie es Chruščev versucht hatte. Einer der Gründe ist die Existenz eines weiteren Nationalismus in der Sowjetunion, nämlich des russischen. Die Ursachen für sein Anwachsen sind die gleichen wie im Falle der nichtrussischen Nationen. Es kommen jedoch noch spezifische Gründe hinzu. Die Russen sind einerseits die staatstragende Nation, deren Sprache, Kultur und Geschichte in vielfältiger Form dem gesamten Sowjetvolk aufgeprägt werden. Andererseits ist jedoch die russische Nation insgesamt im sozialen und ökonomischen Bereich keineswegs eine privilegierte Nation. Das russische Dorf und die russische Kleinstadt gehören im Gegenteil zu den am stärksten benachteiligten Regionen der Sowjetunion. Die Russen leben im Westen ihres Imperiums mit den baltischen Völkern zusammen, die ihnen kulturell und ökonomisch überlegen sind, ebenso wie die Georgier und Armenier. Im Osten sehen sie sich der rasch wachsenden Lawine der Völker islamischer Tradition gegenüber, denen sie

als Kolonial- und Hegemonialmacht den Eintritt in die Moderne erleichtert haben und die ihnen nun mit dem „Gesetz der kolonialen Undankbarkeit“ (H. Seton-Watson) heimzahlen.

Alle diese Faktoren verstärken den russischen Ethnonationalismus, der insgesamt am imperialen Großreich festhält. Unter Dissidenten gab es allerdings auch Vertreter eines russischen Isolationismus. Die Ausdrucksformen des Nationalismus sind in einer Großgesellschaft wie der russischen außerordentlich weit gefächert. Sie reichen von antisemitischen und stalinistischen Rassisten auf der einen Seite bis zu den Verehrern der russischen Spiritualität des Mittelalters andererseits, die sich von hier eine moralische Erneuerung Rußlands erhoffen. Die Wiederentdeckung des großen kulturellen Erbes der Vergangenheit, das bei den Russen ebenso wie bei anderen Nationen der Bolschewisierung zum Opfer gefallen war, ist ein wesentlicher Aspekt des gegenwärtigen Kulturnationalismus. Die Russisch-Orthodoxe Kirche ist hierbei übrigens eher Nutznießer als Promotor.

Der russische Nationalismus unterliegt ebenso wie die anderen Nationalismen der Kontrolle und Zensur. Die Parteiführung befindet sich den russisch nationalen Kräften gegenüber in einem schwerwiegenden Dilemma. Einerseits kann der russische Nationalismus nicht zur Parteilinie werden, weil dadurch die Legitimität der internationalistischen Ideologie noch weiter untergraben würde und verhängnisvolle Folgen im multinationalen Imperium eintreten müßten. Auf der anderen Seite kann die Parteiführung heute auf die Integrationskraft des russischen Nationalismus gar nicht mehr verzichten. Nachdem der Marxismus-Leninismus aufge-

hört hat, Werte zu vermitteln, ist der Stolz auf die Weltmachtposition eines rückständigen Landes, verbunden mit dem russischen Nationalbewußtsein zu einer beherrschenden Bewußtseinskraft in der Sowjetunion geworden.

Gorbačev hat durch eine Reihe von politischen Entscheidungen seine Verbundenheit mit den Russophilen in der Parteiführung dokumentiert, ohne sich allerdings eindeutig festzulegen. Zu diesen Entscheidungen gehört die Einsetzung des Russen Kolbin als Parteichef in Kasachstan, die im Dezember 1986 zu Unruhen in Alma-Ata führte, sowie die Zerschlagung der einheimischen Nomenklatura in den zentralasiatischen Republiken. Vor allem aber hat Gorbačev den personalpolitischen Kurs der späten Brežnev-Zeit fortgeführt und noch beschleunigt, durch den Russen in den Führungsgremien der Partei wieder ein Übergewicht erhalten haben, wie es zuvor nur in der Stalinzeit bestand. Etwa 70 Prozent der Mitglieder und Kandidaten des ZK und etwa 80 Prozent der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und der Sekretäre des ZK sind Russen, die übrigen sind überwiegend Ukrainer und Weißrussen, so daß Nicht-Slaven aus den gesamtstaatlichen Führungsgremien der Partei praktisch verschwunden sind. Die zentralen Führungsgremien der Partei begreifen sich offenbar zunehmend als Repräsentanten der Russischen Unionsrepublik, die ja nicht über eine eigene Parteiführung verfügt. Wenn man schon den Nichtrussen aufgrund der schleichenden Entkolonialisierung ihre Territorien weitgehend überlassen muß — so scheint das Kalkül zu lauten — dann sollen zumindest die gesamtstaatlichen Entscheidungsgremien fest in russischer Hand sein.

IV. Staatliche Grenzen und ethnische Gemeinsamkeiten

Die Grenzen des Vielvölkerstaates waren und sind in vielen Fällen keine ethnischen Grenzen. Bei den hieraus entstehenden Konflikten sind innen- und außenpolitische Probleme aufs engste miteinander verschränkt. Die Sowjetunion hat aus der Tatsache des gleichen Volkstums beiderseits ihrer Staatsgrenzen erheblichen Nutzen gezogen, aber sie hat auch große Rückschläge hinnehmen müssen. Dabei hat sich in der Gegenwart die Waagschale zugunsten der Negativa gesenkt.

Die Sowjetunion hat die Gebietsverluste in Europa nach Revolution und Bürgerkrieg zu keiner Zeit wirklich akzeptiert, auch wenn sie völkerrechtlich Verträge abschloß, die das Gegenteil besagten. Der Anspruch auf Bessarabien, die westliche Ukraine, das westliche Weißrußland und Finnland wurden von der Sowjetregierung wesentlich mit dem Verlangen der Volksteile nach „Wiedervereinigung“

begründet und gerechtfertigt. Eine besonders aufdringliche irredentistische Politik betrieb die Sowjetunion gegenüber Rumänien, als 1924 auf dem linken Dnestr-Ufer die Moldauische Autonome Republik geschaffen wurde, in der jedoch nur 30 Prozent sogenannter Moldauer lebten. Diese Autonome Republik sollte im wesentlichen den Anspruch auf die „Wiedervereinigung“ des „moldauischen Volkes“ wachhalten, d. h. auf die Rückgliederung Bessarabiens an die Sowjetunion. Um den Anspruch auf Finnland aus nationalen Gründen zu rechtfertigen, wurde die Karelische ASSR im März 1940 zur Karelo-Finnischen Unionsrepublik heraufgestuft. Die Sowjetunion begründete ihre militärische Aggression gegen Finnland im November 1939 mit der Erfüllung der „nationalen Hoffnungen des finnischen Volkes auf Wiedervereinigung des karelischen Volkes mit dem finnischen

Volk“¹²⁾. Die Sowjetregierung könne „dem Schicksal der eigenen Blutsbrüder gegenüber, den Ukrainern und Weißrussen, die in Polen leben, nicht gleichgültig bleiben“, erklärte Molotov in seiner Rundfunkansprache aus Anlaß des sowjetischen Einmarsches in Ost-Polen am 17. September 1939¹³⁾.

Auch während des Krieges appellierte die Sowjetmacht an den Nationalstolz der Ukrainer, die für ihre „nationale Unabhängigkeit und Freiheit“¹⁴⁾ kämpften. „Nur die Sowjetregierung, die bolschewistische Partei und der große Stalin haben es dem ukrainischen Volk ermöglicht, all sein Land in einem einzigen sowjetischen ukrainischen Staat zu vereinigen“ hieß es in einem Flugblatt im Februar 1944¹⁵⁾.

Während die Sowjetunion bei der Realisierung ihrer irredentistischen Möglichkeiten in Europa sehr erfolgreich war, hat sie in Asien auf diese Weise keine erfolgreiche expansionistische Politik betreiben können. Die Armenier haben seit jeher irredentistische Forderungen gegenüber der Türkei erhoben und stehen auf dem Standpunkt, daß die Provinzen Kars, Ardahan und Artvin als uraltes armenisches Kulturland der armenischen Nation gehören. Die Sowjetunion hat jedoch nur einmal 1945 für kurze Zeit diese Forderungen in den Rang der offiziellen Außenpolitik erhoben. Davor und danach hat stets der Interessenausgleich mit der Türkei die höhere Priorität besessen.

Zweimal hat die Sowjetmacht versucht, unter Ausnutzung der willkürlichen Teilung des aserbajdschanischen Volkes zwischen sowjetisch und persisch Aserbajdschan, in Nord-Persien Fuß zu fassen. 1920 sollte von der „Sowjetrepublik Gilan“ aus die aserbajdschanische Separationsbewegung in Persien im prosowjetischen Sinn gelenkt werden, und 1945 wurden unter dem Schutz der Roten Armee die „Autonome Republik Aserbajdschan“ in Täbris und die „Kurdische Volksrepublik“ in Mahabad ausgerufen. Die Sowjetmacht stützte sich bei ihren Expansionsversuchen auf pantürkische Kräfte in persisch Aserbajdschan. Weder 1920 noch 1945 waren jedoch die sowjetischen Republiken in Nord-Persien ohne den Schutz der Roten Armee lebensfähig, die 1946 aufgrund des diplomatischen Drucks der Westalliierten zurückgezogen wurde.

¹²⁾ Beistands- und Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der Demokratischen Republik Finnland [sowjetische Marionettenregierung Kuusinen] vom 2. Dezember 1939, in: Soviet documents on foreign policy, hrsg. v. J. Degras, Bd. III, London 1953, S. 407.

¹³⁾ Mirovoe chozjajstvo i mirovaja politika (1939) 9, S. 13.

¹⁴⁾ Rede N. S. Chrusčevs im März 1944, in: Bolševik (1944) 6, S. 7–35.

¹⁵⁾ Zitiert nach: Y. Bilinsky, The second soviet republic. The Ukraine after World War II, New Brunswick 1964, S. 128.

Die sowjetisch-afghanische Grenze ist eine Kolonialgrenze, die am Ende des 19. Jahrhunderts zur Abgrenzung der britischen und russischen Interessensphären in Asien gezogen wurde. Alle Nationen auf der sowjetischen Seite der Grenze haben in bedeutender Zahl Volkstumsangehörige in Afghanistan. Hier leben etwa 3–4 Millionen Tadschiken, 1,5 Millionen Usbeken und einige Hunderttausend Turkmenen¹⁶⁾. Die Sowjetunion hat bei ihrer militärischen Intervention seit 1979 allerdings zu keiner Zeit irredentistische Begründungen vorgebracht. Sie hat aber aus der Tatsache des gleichen Volkstums auf beiden Seiten der Grenze insofern Nutzen gezogen, als sowohl vor 1979 als auch danach zivile Experten aus den zentralasiatischen Völkern in großer Zahl in der Verwaltung, im Bildungswesen und in der Industrie Afghanistans eingesetzt wurden. 1979 ist offenbar die zentralasiatische Nomenklatura für die sowjetische Intervention eingetreten, von der sie eine Verstärkung des asiatischen Gewichts innerhalb der Sowjetunion erwartete.

Insgesamt hat sich jedoch die Intervention in Afghanistan auch unter dem Gesichtspunkt des Nationalismus-Problems als ein Fiasko für die Zentralmacht erwiesen. Der Versuch zur Expansion ist wie ein Bumerang auf die Sowjetmacht zurückgeschlagen. Statt Sozialismus zu exportieren hat die Intervention den Islam und islamischen Fundamentalismus importiert. Erstmals hat sich die Tatsache des gleichen Volkstums auf beiden Seiten der Grenze als eine schwere innen- und außenpolitische Belastung für die Sowjetunion erwiesen.

Islam als Lebensform, als kulturelles Erbe und als religiöse Glaubensüberzeugung hat im vergangenen Jahrzehnt in sowjetisch Asien eine Festigkeit erreicht wie nie zuvor im 20. Jahrhundert. Dies ist sicher nicht ausschließlich, aber auch eine Folge der „blutenden Wunde“ Afghanistan, um mit einer Metapher Gorbačevs zu sprechen¹⁷⁾. Durch den Krieg in Afghanistan sind für die muslimischen Völker der Sowjetunion auf breiter Basis Kontakte mit der Welt des Islam möglich geworden, die zuvor undenkbar waren. Der Iran und manche islamische Widerstandsgruppen in Afghanistan haben gezielte Missions- und Propagandaanstrengungen nach sowjetisch Asien hinein unternommen. Nach dem veröffentlichten Bericht des KGB-Vorsitzenden von Tadschikistan V. V. Petkel' haben die Mudschahedin versucht, den bewaffneten Kampf auf sowjetisches Territorium auszudehnen. 1986/87 hätten in Tadschikistan „Dutzende von Prozessen“ gegen muslimische Aktivisten und nicht registrierte Mullahs stattgefunden, die nicht nur religiöse Ge-

¹⁶⁾ A. Bennigsen, Soviet muslims and the world of Islam, in: Problems of Communism XXIX (1980) 2, S. 39f.

¹⁷⁾ Materialy XXVII s-ezda KPSS, Moskau 1986, S. 69.

fühle entfacht, sondern auch zum Jihad gegen das Sowjetsystem aufgerufen hätten¹⁸⁾.

Der muslimische Nationalismus im sowjetischen Zentralasien ist durch den Krieg in Afghanistan gestärkt worden. Insofern müssen die seit 1983 andauernden umfangreichen Säuberungen in Zentralasien, die die einheimische Nomenklatura zerschlagen und den muslimischen Nationalismus schwä-

chen sollen, im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan gesehen werden. Was in Ostmitteleuropa und in Südosteuropa nach 1945 gelang, hat sich in Asien nicht wiederholen lassen: Der Aufbau eines Systems sozialistischer Staaten zur Absicherung des russischen Kernlandes, als zweiter Gürtel den nichtrussischen Unionsrepubliken vorgelagert, gelang hier nicht.

V. Nationalismus und die Desintegration des Ostblocks

Die Sowjetideologie hat die „Lösung“ der nationalen Frage innerhalb der Sowjetunion stets als verbindlich und vorbildlich für die Regelung des Verhältnisses der sozialistischen Staaten zueinander bezeichnet. Dies bedeutet hochgradigen politischen Zentralismus bei Gewährung von Autonomie in nachgeordneten Bereichen. Die ideologische Lehre von der Vorbildlichkeit der nationalen Beziehungen innerhalb der Sowjetunion für das Verhältnis der sozialistischen Staaten und Nationen zueinander außerhalb der Sowjetunion greift weiter als die sogenannte Brežnev-Doktrin von der beschränkten Souveränität der Länder der „sozialistischen Gemeinschaft“. „Mit der Entstehung der UdSSR hat der historische Prozeß der allseitigen Annäherung der Völker [des sozialistischen Weltsystems] begonnen“, heißt es im Parteiprogramm von 1961. Der Kampf gegen den „Nationalismus“, der „Absonderung vom sozialistischen Lager“ bedeutet, wird mit Hilfe einer Art übergreifenden Reichsidee, nämlich des „sozialistischen Patriotismus“, geführt. Die UdSSR ist „das Urbild der neuen Gesellschaft, der Zukunft der ganzen Menschheit“¹⁹⁾. Das Verhältnis der sozialistischen Staaten zueinander wird mit den gleichen Termini von der „Einheit“, „Geschlossenheit“²⁰⁾ und der „weiteren Annäherung“ in der „brüderlichen Familie“ beschrieben wie die Beziehungen der sozialistischen Nationen innerhalb der Sowjetunion. Was im Rahmen des „sozialistischen Weltsystems“ „sozialistischer Patriotismus“ heißt, firmiert innersowjetisch als Sowjetpatriotismus. Für die Völker der sozialistischen Staaten ist die UdSSR „das Vorbild brüderlicher Gemeinschaft der Völker“, erklärte der polnische Parteichef Gierek 1972²¹⁾.

Betrachtet man jedoch die tatsächliche politische Entwicklung in den sozialistischen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas seit den fünfziger Jahren, so gewinnt man den Eindruck, daß hier in der Tat manche Parallelen zu innersowjetischen Vorgängen nicht von der Hand zu weisen sind, aber in umgekehrter Richtung wie die Ideologie behauptet oder anstrebt: mehr Entfernung voneinander statt Annäherung, eine Tendenz zur Diversifikation statt zur Vereinheitlichung, Erstarren von Nationalismus und Separatismus statt eines sozialistischen Patriotismus. Auch im osteuropäischen Hegemonialbereich der Sowjetunion hat der Sozialismus den Nationalismus nicht überwunden.

Die sozialistischen Länder Ostmittel- und Südosteuropas sind heute hinsichtlich der Verfaßtheit ihrer Gesellschaften und der Organisation der politischen Herrschaft untereinander und im Vergleich zur Sowjetunion unähnlicher als vor 35 Jahren. Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde in Jugoslawien nach 1953 und in Polen nach 1956 praktisch rückgängig gemacht; in der UdSSR blieb sie weitgehend unverändert bestehen. In Bulgarien wurden zu Beginn der siebziger Jahre die Kollektivwirtschaften zu riesigen „agro-industriellen Komplexen“ zusammengefaßt.

Während Ungarn 1968 mit dem „Neuen Ökonomischen Mechanismus“ Marktelementen in einer tiefgreifenden Wirtschaftsreform Spielraum gewährte, besteht in der Sowjetunion und in Rumänien bis heute die stalinistische Wirtschaftsverwaltungsordnung im wesentlichen fort. In Polen ist die Partei zur Stabilisierung ihrer Herrschaft auf die katholische Kirche angewiesen; in der Tschechoslowakei wird die katholische Kirche seit 1968 geknebelt und in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt wie sonst nur noch in der Sowjetunion. Während Rumänien eine Politik der Unterdrückung und Assimilierung seiner ungarischen und deutschen Minderheiten betreibt, hat sich in Jugoslawien in der Zeit nach Tito ein exzessiver Föderalismus der Republiken durchgesetzt, der den Gesamtstaat handlungsunfähig zu machen droht.

¹⁸⁾ V. V. Petkel', Dejstvovat' na vsech napravlenijach, in: Kommunist Tadžikistana vom 30. Dezember 1987.

¹⁹⁾ B. Meissner (Anm. 7), S. 157–159.

²⁰⁾ So auch in der Neufassung des Parteiprogramms von 1986: Programm der KPdSU. Neufassung, Moskau 1986, S. 72–76.

²¹⁾ Zitiert nach: Nacional'nye otnošenija v razvitom socialističeskom obščestve, hrsg. v. M. I. Kuličenko u. a., Moskau 1977, S. 302.

Welches sind die Triebkräfte dieser Emanzipation von einer unfreiwilligen internationalistischen Solidarität, einer Emanzipation, die als „europäische Version der Entkolonialisierung“²²⁾ bezeichnet worden ist? Zunächst hat das Anwachsen des nationalen Selbstbewußtseins und das Autonomiestreben der sozialistischen Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa die gleichen Ursachen, die für die Entwicklung innerhalb der Sowjetunion namhaft gemacht wurden. Industrialisierung, Urbanisierung und die Expansion des Bildungswesens haben überall breite neue Intelligenzschichten heranwachsen lassen, die zu Trägern des Nationalbewußtseins wurden. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums seit Mitte der siebziger Jahre, vielfach verbunden mit einem Absinken des Lebensstandards, hat nationale Konflikte verschärft. Der wirtschaftliche Abschwung hatte besonders deshalb schwerwiegende negative Folgen, weil ihm eine Periode der Prosperität und des rasanten wirtschaftlichen Wachstums seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vorausgegangen war. Diese günstige ökonomische Lage hatte dazu beigetragen, die kommunistische Herrschaft nach der Revolution in Ungarn 1956 und nach dem Prager Frühling von 1968 relativ schnell wieder zu stabilisieren. Nationales und demokratisches Aufbegehren wurden durch Konsumangebot abgefangen. Der Gulaschkommunismus bewährte sich.

Zusätzlich zu jenen Gründen, die auch innerhalb der Sowjetunion nationales Bewußtsein stärken, gibt es in den sozialistischen Ländern Osteuropas spezifische Triebfedern für Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Existenz von souveränen Staaten einerseits und deren Eingebundenheit in den sowjetischen Hegemonialverband auf der anderen Seite hat überall einen Defensivnationalismus wachsen lassen, der darauf drängte, den Spielraum für Souveränität zu erweitern und den Zugriff des Hegemons zu lockern. Dieser latent oder offen antisowjetische, d. h. gegen die sowjetische Oberherrschaft gerichtete, Defensivnationalismus verbindet alle Völker im europäischen Vorland der Sowjetunion miteinander²³⁾. Im übrigen hat sich jedoch das Streben der Osteuropäer nach mehr Unabhängigkeit getrennt und teilweise sogar im Gegensatz zueinander entwickelt. Es gibt keine geeinte Front des sozialistischen Lagers gegen die Sowjetunion. Dies hat ihr die Aufrechterhaltung der Oberherrschaft erheblich erleichtert. Die Selbstorganisation der polnischen Nation in der „Solidarität“ 1980 hat wenig Verständnis in Osteuropa und selbst in Ungarn gefunden. Das Reformexperiment von Prag 1968 blieb auf die ČSSR be-

schränkt. Zwischen Ungarn und Rumänien kam es in den achtziger Jahren zu zunehmend heftigen Auseinandersetzungen wegen der Unterdrückung der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen.

Der Defensivnationalismus hat drei Varianten ausgebildet: 1. Am erfolgreichsten bei der Durchsetzung eines größeren Handlungsspielraumes gegenüber der Hegemonialmacht hat sich der Nationalkommunismus erwiesen. Die kommunistischen Parteien haben sich mit den unabhängigen nationalen Traditionen identifiziert und auf diese Weise einen beträchtlichen Teil der nationalen Gesellschaft für sich mobilisieren können. Ideologisch und innenpolitisch waren die Nationalkommunisten zumeist besonders rigide, was nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß Nationalkommunismus den klassischen Marxismus sozusagen auf den Kopf stellt. Der erste und erfolgreichste Nationalkommunist im sowjetischen Hegemonialverband war Tito, der durch seinen Bruch mit Stalin 1948 die sowjetische Oberherrschaft abschüttelte, noch ehe der „Ostblock“ wirklich zusammengefügt war. Seit Beginn der sechziger Jahre haben sich dann Albanien ganz und Rumänien teilweise aus der Blockdisziplin gelöst. In beiden Fällen geschah das im Schatten des sowjetisch-chinesischen Konflikts und unter der Führung von Kommunisten, die einen integralen Nationalismus vertraten. Ceauşescu kann sich trotz der katastrophalen Wirtschaftslage Rumäniens und eines orientalisch-despotischen Herrschaftsstils an der Macht halten, weil sein rumänischer Nationalismus ihm Rückhalt in einem Teil der Gesellschaft gibt.

2. Ein reformkommunistischer Nationalismus ist insbesondere von den Prager Reformern 1968 entwickelt worden. Die tschechischen und slowakischen Kommunisten suchten nach dem „Tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus“ – so der Titel des neuen Parteiprogramms der KPC vom April 1968 –, der durch liberale und pluralistische Elemente das sowjetische Modell von Grund auf verwandeln sollte. Zu den Voraussetzungen für den großen Erfolg der Reformkommunisten in der Tschechoslowakei gehört die alte und starke linke politische Tradition in diesem Land, die bis in die tschechische Arbeiterbewegung in der Donaumonarchie zurückreicht. Die Tschechoslowakei war am Ende des Zweiten Weltkrieges das einzige Land Osteuropas mit einer starken kommunistischen Partei.

3. Ansatzweise in Ungarn 1956 und viel deutlicher in Polen 1980/81 artikuliert sich ein Nationalismus, der nicht nur antisowjetische, sondern auch antikommunistische Züge trug. Die Selbstorganisation der polnischen Gesellschaft führte zur faktischen Ausschaltung und zum organisatorischen Zerfall der Partei. Darüber hinaus wurden in der „Solidarität“ Forderungen erhoben, deren Erfüllung das

²²⁾ F. Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. II, Graz 1972, S. 298.

²³⁾ P. Sugar, The problems of nationalism in Eastern Europe. Past and present. Unveröffentlichtes Manuskript, 1987, S. 29.

Ende des Sozialismus sowjetischen Typs bedeuten würde: Ende der Zensur, Aufhebung des Herrschafts- und Organisationsmonopols der Partei und freie Wahlen. Der Antikommunismus der polnischen Arbeiter und Intellektuellen wird durch tief-sitzende Ressentiments gegen den russisch-sowjetischen Staat und durch die Sehnsucht nach dem gemeinsamen westeuropäischen Haus verstärkt, von dessen Konstruktion die Polen sicher andere Vorstellungen haben als Gorbačev.

Die neue sowjetische Führung hat sich bis zu einem gewissen Grad mit den Realitäten in Ostmittel- und Südosteuropa abgefunden. Möglicherweise wird die Zukunft von „organischeren Wechselbeziehungen“²⁴⁾ gekennzeichnet sein. Es ist denkbar, daß

nach Gorbačevs Ansicht die Brežnev-Doktrin nicht mehr gültig ist. Dies heißt keineswegs, daß die Sowjetunion bereit ist, dem nach Souveränität strebenden Nationalismus der Warschauer-Pakt-Staaten freie Hand zu lassen. Die sowjetische Oberherrschaft wird aber in Zukunft noch weniger als bisher in der Lage sein, die inneren Verhältnisse der Staaten zu regulieren. Sie wird sich notgedrungen auf die Sicherung der außenpolitischen Loyalität sowie der politischen und militärischen Kooperation im Warschauer Pakt konzentrieren. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW dürfte zumindest ebenso, wenn nicht stärker im Interesse der kleineren Länder als im Interesse der Sowjetunion liegen.

VI. Der Zerfall der kommunistischen Weltbewegung und der sowjetisch-chinesische Konflikt

Die Diversifikation der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Ostmittel- und Südosteuropa stand in Wechselwirkung mit dem Zerfall der kommunistischen Weltbewegung in anderen Regionen. Nachdem Stalin 1948 nicht in der Lage gewesen war, Tito zu disziplinieren, markierte der seit Ende der fünfziger Jahre verdeckte und seit Beginn der sechziger Jahre offene sowjetisch-chinesische Konflikt die Unfähigkeit der UdSSR, eine auf Moskau zentrierte weltumspannende kommunistische Bewegung aufrechtzuerhalten. Die kommunistische Weltbewegung zerfiel, weil die KPdSU nicht bereit war, die nationalen Interessen anderer kommunistischer Parteien als gleichberechtigt anzuerkennen, sondern im Gegenteil die nationalen Interessen der Sowjetunion mit denen der kommunistischen Weltbewegung gleichsetzte. Die nach der Auflösung des Kominform (1956) abgehaltenen drei kommunistischen Weltkonferenzen demonstrieren symptomatisch den progressiven Zerfall der Einheit. Während 1957 die führende Rolle der KPdSU ausdrücklich deklariert wurde, konnten 1960 die divergierenden Positionen zwischen Sowjets und Chinesen nur mühsam im Schlußdokument verhüllt werden. Die letzte Weltkonferenz fand 1969 nicht nur ohne die KPCh statt, sondern es kam während der Konferenz zum wiederholten Mal zu militärischen Zusammenstößen am Grenzfluß Ussuri.

Die Sowjetunion hat in den ersten Jahren nach 1949, als die Volksrepublik China politisch schwach und ökonomisch abhängig war, mit einem bemerkenswerten Mangel an Sensibilität den chinesischen Nationalstolz brüskiert und nach dem Muster Ost-

mittel- und Südosteuropas versucht, China das sowjetische Modell aufzuprägen. Offenbar haben die Sowjets nicht durchschaut, daß die chinesische Willfährigkeit taktischer Natur war, obwohl Mao Zedong schon 1936 erklärt hatte: „Wir kämpfen sicher nicht für ein emanzipiertes China, um das Land Moskau zu übergeben.“²⁵⁾

1950 wurden auf sowjetischen Druck gemischte sowjetisch-chinesische Aktiengesellschaften gegründet, die der Sowjetunion erhebliche Rechte an der wirtschaftlichen Erschließung Sinkiangs und im zivilen Luftverkehr sicherten. Der erste chinesische Fünfjahresplan folgte mit der Betonung der Schwer- und Maschinenindustrie sowjetischem Vorbild. Die Landwirtschaft wurde nach sowjetischem Muster kollektiviert. Tausende von sowjetischen Beratern kamen nach China und übernahmen Führungspositionen in Industrie und Wirtschaft, im Erziehungs- und Transportwesen. Die Lehrprogramme der Universitäten wurden unter Leitung russischer Professoren teilweise nach sowjetischem Vorbild umgestaltet. An der führenden Tsinghua-Universität in Beijing wurden 1953 in 90 Prozent der Kurse aus dem Russischen übersetzte Lehrbücher benutzt. Chinesische Zeitungen und Zeitschriften waren voll von Übersetzungen aus dem Russischen und der Berichterstattung über die Sowjetunion. Sowjetische Filme beherrschten die Kinoszene²⁶⁾.

Obwohl Chruščev behauptet, schon bei seinem ersten Besuch in China 1954 erkannt zu haben, daß die Chinesen eine sowjetische Suprematie auf

²⁴⁾ F. Oldenburg, Osteuropa — Basis sowjetischer Weltmachtpolitik?, in: Weltmacht Sowjetunion, hrsg. v. G. Simon, Köln 1987, S. 223.

²⁵⁾ Zitiert nach: D. Heinzig, China als regionale und globale Herausforderung, in: Weltmacht Sowjetunion, ebda., S. 187.

²⁶⁾ J. Glaubitz, China und die Sowjetunion. Aufbau und Zerfall einer Allianz, Alfeld 1973, S. 10–18.

Dauer nicht tolerieren würden, zeigte auch er wenig Verständnis für chinesisches Prestigebedürfnis. So insistierte er jahrelang auf der Einrichtung sowjetischer Militärstützpunkte und besonders eines U-Boot-Hafens in China. Auch der territoriale Revisionismus Chinas gegenüber der Sowjetunion macht deutlich, welchen hohen Stellenwert die Chinesen dem Gesichtspunkt des nationalen Prestiges beimessen. China fordert nicht die Rückgabe jener Gebiete, die Rußland infolge der „ungleichen Verträge“ des 19. Jahrhunderts erworben hat, sondern China verlangt von der Sowjetunion die Anerken-

nung der Unrechtmäßigkeit der Verträge und der Gebietserwerbungen — d. h. eine Art diplomatisch-völkerrechtliche Unterwerfungsgeste. Im übrigen fordert die Volksrepublik die Rückgabe von Gebieten, die — nach chinesischer Sichtweise — unter Verletzung eben jener Verträge von Rußland bzw. der Sowjetunion okkupiert wurden²⁷⁾. Der chinesisch-sowjetische Konflikt hat endgültig den Mythos widerlegt, daß mit der Machtergreifung kommunistischer Parteien und der sozialen Revolution nationale Gegensätze und die Ursachen für Kriege zwischen Staaten beseitigt würden.

VII. Nationalismus und die Grenzen der sowjetischen Dritte-Welt-Politik

Etwa zeitgleich mit dem Zerfall der kommunistischen Weltbewegung hat die Sowjetunion seit Mitte der fünfziger Jahre durch den Ausgriff in die Dritte Welt eine Art Kompensation gesucht und gefunden. Erst seit dem politischen und militärischen Fußfassen in der Dritten Welt kann von einer über den euro-asiatischen Kontinent hinausreichenden globalen Außenpolitik gesprochen werden. Expansion in der Dritten Welt und das Erreichen der militärischen Parität mit den Vereinigten Staaten waren die wichtigsten Voraussetzungen für den Weltmachtstatus, wie er sich in den beiden vergangenen Jahrzehnten herausgebildet hat²⁸⁾.

Das Bündnis mit den nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien galt in der bolschewistischen Tradition von Anfang an als ein wichtiger Motor im weltrevolutionären Prozeß. Trockij hat dies in dem bekannten Diktum formuliert: „Der Weg nach Paris und London führt über die Städte Afghanistans, des Punjab und Bengalens.“²⁹⁾ Dabei gingen die Bol'seviki von der aus der Ideologie abgeleiteten Vorannahme aus, der Nationalismus der unterdrückten Nationen werde ein natürlicher Verbündeter des Sozialismus, d. h. der Sowjetunion sein. „Wenn wir als Lösung das Recht auf Selbstbestimmung für die Kolonien vorschlagen . . . so verlieren wir dadurch nichts. Im Gegenteil, wir gewinnen . . . Die offenste nationalistische Bewegung ist nur Wasser auf unsere Mühlen“, erklärte Bucharin Anfang der zwanziger Jahre³⁰⁾.

Diese revolutionäre Rhetorik ist seit Mitte der fünfziger Jahre in einem neuen Anlauf in eine erfolgreiche Politik in der Dritten Welt umgesetzt worden. Während Stalin die Führer der neuen unabhängigen Staaten wie Nehru oder Nasser für Marionetten der Imperialisten hielt, erkannte die sowjetische Führung unter Chruščev die großen Möglichkeiten, den anti-westlichen, antikapitalistischen Nationalismus der eben erst souverän gewordenen Staaten auf sowjetische Mühlen umzuleiten. Die Sowjetunion machte ihr Engagement in den „Staaten der nationalen Demokratie“ oder der „nationalen Bourgeoisie“ — wie sie in der sowjetischen Sprachregelung hießen — weder von einer vorausgegangenen sozialistischen Revolution abhängig, noch versuchte sie eine Sowjetisierung der inneren Verhältnisse. Die Sowjetunion fand sich sogar mit der offenen Kommunistenverfolgung durch ihre Verbündeten Nasser in Ägypten und Abdul Karim Kassem im Irak ab. Dennoch ging die sowjetische Politik davon aus, der antiimperialistische Nationalismus der „Staaten der nationalen Demokratie“ werde sich allmählich ideologisch und politisch in Richtung auf den Marxismus-Leninismus entwickeln. In den Worten des für die Dritte Welt zuständigen langjährigen stellvertretenden Leiters der Internationalen Abteilung des ZK, R. Ul'janovskij (1987 in den Ruhestand versetzt): In „exzessivem Optimismus“ wollten viele Fachleute in der Sowjetunion „in Persönlichkeiten wie Nasser oder Ben Bella einen Černyševskij sehen, der sich dann zu einem Plechanov wandeln würde. Manchmal wurden Wünsche als Wirklichkeit ausgegeben.“

Seit Mitte der sechziger Jahre wurde deutlich, daß die sowjetische Politik die natürliche Gravität des Nationalismus und des Unabhängigkeitsstrebens der „Staaten der nationalen Demokratie“ zugunsten des sozialistischen Lagers überschätzt hatte. Weder ökonomische Entwicklungshilfe noch Waffenlieferungen erwiesen sich als zuverlässige Hebel, um die umworbenen „bürgerlichen Nationalisten“

²⁷⁾ D. Heinzig, (Anm. 25), S. 184.

²⁸⁾ Zitiert nach: R. Pipes, *Survival is not enough. Soviet realities and America's future*, New York 1984, S. 57.

²⁹⁾ Zitiert nach: Connor, *The national question in Marxist-Leninist theory and strategy* (Anm. 8), S. 55.

³⁰⁾ R. Ul'janovskij, *O nacional'noj i revoljucionnoj demokratii: puti evoljucii*, in: *Narody Azii i Afriki* (1984) 2, zitiert nach: F. Fukuyama, *Soviet strategy in the Third World*, in: *The Soviet Union and the Third World*, hrsg. v. A. Korbonki/F. Fukuyama, Ithaca-London 1987, S. 30.

außenpolitisch auf sowjetischem Kurs zu halten. Manche Klientelen Moskaus gefielen sich geradezu in der Demonstration ihrer Unabhängigkeit, so etwa Syrien, das sich mehr als zehn Jahre lang sträubte, einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der UdSSR abzuschließen. Den schwersten Rückschlag erlitten die sowjetischen Hoffnungen auf den antikapitalistischen und antiimperialistischen Nationalismus in der Dritten Welt mit dem Verlust Ägyptens 1972 und 1976, das neben Indien Kernstück des Ausgriffs in die Dritte Welt seit Mitte der fünfziger Jahre gewesen war.

Die Enttäuschung mit einer Reihe von „Staaten der nationalen Demokratie“ war einer der Gründe dafür, daß die sowjetische Politik sich seit den siebziger Jahren stärker bei der Unterstützung von marxistisch-leninistischen Avantgardeparteien engagierte. Solche Befreiungsbewegungen und entsprechende Staaten „sozialistischer Orientierung“ — so die sowjetische Sprachregelung — erschienen jetzt langfristig als zuverlässigere Partner. Die Penetration dieser Staaten — z. B. durch die Organisation eines Parteiapparats und einer politischen Polizei — sollte die Orientierung auf die Sowjetunion auf Dauer sichern. Die Sowjetunion drängte und unterstützte ihre neuen Klientelen der zweiten Generation, sich formal als leninistische Avantgardeparteien zu organisieren, so in Mozambique (Februar 1977), Angola (Dezember 1977), in der Volksrepublik Jemen (Oktober 1978) und in Äthiopien (September 1984). Allerdings stieß die Sowjetunion auch mit dieser Taktik an Grenzen. Es erwies sich, daß die UdSSR zwar außenpolitisch auf die Unterstützung der leninistischen revolutionären Regime rechnen konnte, die ihr auch relativ großzügig Militärstützpunkte einräumten, aber die Regime selbst hatten in ihren Ländern eine vergleichs-

weise schmale gesellschaftliche Basis, waren auf intensive Wirtschafts- und Militärhilfe angewiesen und sahen sich militärischem Guerillawiderstand im eigenen Land gegenüber. Die Regime der marxistisch-leninistischen Avantgardeparteien konnten sich nicht auf einen breiten nationalen Konsens stützen, weil sie mit ihren antikapitalistischen Zwangsmaßnahmen wie der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Kollektivierung der Landwirtschaft sich ihre Gegner im eigenen Land schufen. Die Schwäche der marxistisch-leninistischen Avantgardeparteien im eigenen Land in Kombination mit der nachlassenden sowjetischen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre haben dem sowjetischen Engagement Grenzen gesetzt³¹⁾.

Diese Kombination hat 1988 zur offenen Niederlage in Afghanistan geführt. Auch offiziell wird in der Sowjetunion heute eingeräumt, die Demokratische Volkspartei Afghanistans — eine marxistisch-leninistische Avantgardepartei — sei nicht in der Lage gewesen, für die sozialistische Umgestaltung eine genügend breite Basis im Land zu schaffen. Damit sei für die Sowjetunion die Voraussetzung ihrer militärischen Intervention entfallen, nämlich der Schutz einer erfolgreichen Revolution.

Die sowjetischen Klientelen der ersten Generation erwiesen sich wegen ihres nationalen Unabhängigkeitsdrangs in vielen Fällen als unberechenbar und unzuverlässig: Die Klientelen der zweiten Generation wurden umgekehrt wegen ihrer zu schmalen nationalen Basis im eigenen Land eine schwere Bürde, so daß sich Gorbačev veranlaßt sieht, Engagements abzubauen und die Pflöcke zurückzustekken.

VIII. Perspektiven zukünftiger Entwicklung

Die vorangegangenen Ausführungen sollten deutlich machen, daß der Nationalismus der Sowjetmacht sowohl im Inneren als auch in den internationalen Beziehungen Grenzen setzt. Gorbačev hat die „wachsende Rolle der Völker, Nationen und der neuen sich formenden nationalen Gebilde“ in seiner Rede vor der 19. Parteikonferenz bestätigt. In der internationalen Politik müsse man mit dieser „Vielfalt der Interessen“ rechnen³²⁾. Zwei Ein-

schränkungen erscheinen angebracht: 1. Nationalismus ist nicht die einzige Kraft, die der Machtexpansion in den vergangenen Jahrzehnten Schranken auferlegt hat. Wichtige andere Faktoren, die in die gleiche Richtung gewirkt haben, sind die mangelhafte Leistungsfähigkeit der Sowjetwirtschaft und der Zusammenbruch der Politik der Détente am Ende der siebziger Jahre. Seitdem treten die Vereinigten Staaten wieder als Herausforderer gegenüber sowjetischen Machtinteressen auf. 2. Der Nationalismus hat innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen der UdSSR neue Konflikte geschaffen oder alte verstärkt. Dies hat jedoch bislang nicht dahin geführt, daß der Herrschaftsverband sich in Auflösung befindet. Am weitesten fortgeschritten ist der Verfall der internationalen kommu-

³¹⁾ Die Darstellung der sowjetischen Dilemmata in der Dritte-Welt-Politik folgt wesentlich Fukuyama Anm. 30 und ders., *Patterns of Soviet Third World policy*, in: *Problems of Communism* XXXVI (1987) 5, S. 1–13; vgl. auch S. Neil Mac Farlane, *Superpower rivalry and Third World radicalism: The idea of national liberation*, London–Sydney 1985.

³²⁾ Pravda vom 29. Juni 1988.

nistischen Bewegung. Er dürfte nicht rückgängig zu machen sein. Dennoch gibt es auch hier nach wie vor eine beträchtliche Zahl moskautreuer nicht-regierender kommunistischer Parteien. Der osteuropäische Hegemonialbereich hat sich wegen der zunehmenden zentrifugalen Kräfte aus einer Basis der sowjetischen Weltmachtstellung nach 1945 zu einer Bürde gewandelt. Dennoch sind die Warschauer-Pakt-Staaten bisher nicht unregierbar geworden, und es gibt keinen Grund anzunehmen, die Gorbačev-Führung könnte die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas in die Neutralität entlassen. Die UdSSR hat zwar in der Dritten Welt empfindliche Rückschläge hinnehmen müssen, längerfristig können sich jedoch hier neue Möglichkeiten zum Ausbau der Machtinteressen ergeben.

Wie sind die Zukunftsperspektiven zu beurteilen? Der Pluralismus der Nationen und Nationalismen nicht nur im osteuropäischen Hegemonialbereich und in der kommunistischen Weltbewegung, sondern auch innerhalb der UdSSR ist ein Faktor, den keine sowjetische Führung wird unberücksichtigt lassen können, wenn sie nicht die Stabilität gefährden oder zu Methoden des Massenterrors zurückkehren will. Man mag darüber streiten, ob und inwieweit sich die Sowjetunion zu einem wie auch immer eingeschränkten Pluralismus hin entwickelt, unter nationalem Aspekt ist sie pluralistisch. Dieser Pluralismus kann dazu beitragen, auch in anderen Bereichen von Herrschaft und Gesellschaft ein ehemals totalitäres System weiter von innen auszuhöhlen. So leistet der Nationalismus — in Umkehrung des marxistischen ideologischen Axioms — einen Beitrag zur Überwindung des Marxismus-Leninismus.

In Ostmittel- und Südosteuropa hat die wachsende Diversifikation dazu geführt, daß die Sowjetunion ihren Herrschaftsumfang hat reduzieren müssen. Auch im Inneren sind längerfristig Maßnahmen der Dezentralisierung und der regionalen Autonomie unabweisbar. Allerdings hat die Gorbačev-Führung in dieser Hinsicht bisher weder ein Programm entwickelt, geschweige denn konkrete Schritte unternommen. Eine Perestrojka der nationalen Beziehungen innerhalb der UdSSR steht noch aus. Diese Nichtpolitik der Gorbačev-Führung steht in scharfem Kontrast zu dem besonders seit 1987 wachsenden Druck auf Umgestaltung von unten. Als verfassungsrechtliches Instrument eines „neuen Denkens“ in der nationalen Frage bietet sich der Sowjetföderalismus an. In der Geschichte der Sowjetunion ist wiederholt versucht worden, diese weitgehend leere Hülse mit politischem Inhalt zu füllen.

Jede Dezentralisierung bedeutet per definitionem eine Reduzierung des Herrschaftsumfangs der zentralen Parteiführung. Die Alternative dazu wäre ein weiteres Anwachsen des Konfliktpotentials mit der Gefahr einer explosiven Zuspitzung dieser Konflikte. Dieser Punkt wäre beispielsweise erreicht, wenn die Selbstorganisation der armenischen Nation sich im Rahmen der gesamten Ukraine oder ganz sowjetisch Zentralasiens wiederholen würde. Gorbačevs oberste Priorität heißt Revitalisierung des Sowjetsystems. Wie in anderen Bereichen auch ist sie ohne eine Begrenzung des Herrschaftsumfangs der zentralen Parteiführung nicht zu erreichen. Die Dialektik — d. h. die Gleichzeitigkeit von totalitärer Herrschaft und Stabilität im Inneren, die Stalin durch Terror gesichert hatte — ist erschöpft.

Verhältnis von Staat und Kirche in Rußland und in der Sowjetunion

I.

Für die Russisch-Orthodoxe Kirche, die bis heute nach dem Julianischen Kalender rechnet, gilt der 12. Juni 988 als offizielles Datum für die „Taufe der Kiever Rus“. Nach der „Nestorchronik“ fand damals auf Geheiß Vladimirs I., des Heiligen, eine Massentaufe der Bevölkerung Kievs im Dnjepr statt. Kaum wird man mit diesem, historisch nicht eindeutig gesicherten Ereignis einen einmaligen Taufakt in Verbindung bringen dürfen. Unter den Ostslaven gab es zuvor schon Christen, und auch danach dauerte es noch eine lange Zeit, bis das Christentum im ostslavischen Siedlungsgebiet endgültig Fuß gefaßt hatte. Die Entscheidung des Kiever Herrschers war in erster Linie politischer Natur gewesen, brachte ihm doch die Übernahme des Christentums byzantinischer Prägung die Heirat mit einer purpurborenen Prinzessin und dadurch enge Verbindungen mit dem byzantinischen Kaiserhaus ein. Die durch ihn aus politischen Gründen betriebene Christianisierung bedeutete somit für die Kiever Rus' den Eintritt in die christlichen Königreiche Europas. Freilich war durch die Verbindung mit der religiös-kulturellen Sphäre von Byzanz zugleich auch eine bald nicht mehr überwindbare religiöse und kulturelle Verschiedenheit gegenüber dem katholischen Westen begründet. Nach dem Schisma zwischen Ost- und Westkirche von 1054 blieb die Kiever Rus' „orthodox“, d. h. „rechtgläubig“ und damit in Liturgie wie in Spiritualität ganz anders geprägt als die abendländische Welt.

Bis 1037 ist nichts Sicheres über die Entwicklung der ostslavischen Kirche bekannt¹⁾. Es ist sogar zu bezweifeln, ob die Kirche in der Kiever Rus' sofort ein Glied der griechischen Kirche geworden ist. In der Folgezeit begannen sich von Kiev aus Eparchien zu entwickeln, denen jeweils Bischöfe vorstanden, die vom Kiever Metropoliten eingesetzt wurden, der wiederum jurisdiktionell dem Patriarchen von Konstantinopel unterstand.

Wenngleich die Kirche der Kiever Rus' bis zuletzt weitgehend von Byzanz geprägt wurde – waren doch selbst von den 23 Kiever Metropoliten der vormongolischen Periode (bis 1237) nur drei Ostsla-

ven, die übrigen aber alle Griechen –, so wird man dennoch nur in Ansätzen von einem ähnlichen harmonischen Zusammenwirken (*symphonia*) der weltlichen und geistlichen Gewalt ausgehen dürfen, wie es dem byzantinischen Ideal eines gleichberechtigten Nebeneinanders entsprochen hätte. Kaum zu bezweifeln ist aber, daß die Kirche der Kiever Rus' mit der Zeit immer mehr Einfluß auf alle Lebensbereiche zu nehmen begann. Mit schweren Strafen bedrohte sie jeden, der die von ihr gesetzten sittlichen Normen verletzte, die Fürsten nicht ausgenommen.

In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts fiel die Kiever Rus' in die Hände der Tataren. Trotz aller Härte übten die Khane der Goldenen Horde religiöse Toleranz, die großzügige Privilegierungen der Kirche selbst dann noch nicht ausschloß, als sie selbst den Islam als Glauben angenommen hatten. Angesichts einer solchen Haltung konnte sich die Kirche nach den Verwüstungen des Tatareneinfalls verhältnismäßig schnell wieder erholen und maßgeblichen Einfluß auf die weitere politische Entwicklung in der Rus', die bereits vor der Tatarenzeit in zahlreiche Teilfürstentümer zersplittert war, gewinnen. In dieser schweren Periode aber ermahnte die Kirche die Fürsten immer wieder, ihrem Glauben treu zu bleiben und sich miteinander gegen den äußeren Feind zu verbünden, der nicht nur in Gestalt der Tataren aus dem Südosten, sondern auch in der zunächst noch heidnischen Litauer sowie der Ordensritter und Schweden aus dem Westen und Nordwesten die Rus' immer wieder von neuem bedrohten. In jener Zeit wurden die Begriffe „russisch“ und „orthodox“ zu Synonymen.

Als im 14. Jahrhundert die Fürsten von Moskau – zunächst als Großfürsten von Vladimir – vom Nordosten her den Führungsanspruch gegenüber der gesamten Rus' zu erheben begannen, war ihnen dies vor allem deshalb möglich, weil ihnen die Kirche zur Seite stand. Der sich ihnen anschließende Metropolit von Kiev und der ganzen Rus' nahm eindeutig für sie Partei, so daß Fürsten- und Kirchenpolitik eine enge Verbindung eingingen. Nachdem die Moskauer Großfürsten ihre territoriale Machtbasis genügend verbreitert hatten und sich mit dem seit Ende des 14. Jahrhunderts rasch fortschreitenden inneren Verfall der Goldenen Horde die unmittelbare Tatarengefahr mehr und mehr zu

¹⁾ L. Müller, Zum Problem des hierarchischen Status und der jurisdiktionellen Abhängigkeit der russischen Kirche von 1039, Köln-Braunsfeld 1959.

relativieren begann, wurden sie, gestützt und angetrieben durch den nunmehr in Moskau residierenden Metropoliten, zu Vorkämpfern der politischen Einigung aller orthodoxen Russen²⁾.

Dabei richtete sich der gemeinsame Kampf nicht nur gegen das „Tatarenjoch“. Große Teile der Rus', die heutigen Westgebiete der Sowjetunion, gehörten seit dem 14. Jahrhundert zum litauischen, dann litauisch-polnischen Machtbereich. Durch die Florentiner Union von 1439 zwischen Ost- und Westkirche bestand ernsthafte Gefahr, daß diese orthodoxen Landesteile noch stärker an das katholische Kernland des litauisch-polnischen Reiches angebunden würden.

Moskau war deshalb in Reaktion auf diese Unionsbestrebungen seit 1448 autokephal geworden. Dadurch wurden die Verbindungen zwischen dem Metropoliten und dem damaligen Großfürsten Ivan III. (1462–1505) noch enger. Beide brauchten einander mehr denn je: der Großfürst den Metropoliten zur Durchsetzung seiner selbstherrschlichen Bestrebungen, der Metropolit den Großfürsten zur Unterordnung der weitgehend selbständigen Bischöfe unter seine jurisdiktionelle Gewalt.

Somit bestand in der Moskauer Periode eine substantielle Interessengemeinschaft zwischen den Großfürsten und späteren Zaren und den Metropoliten. Der von der Kirche niemals bestrittene Führungsanspruch der Großfürsten und Zaren beruhte nicht auf rechtlichen Ansprüchen, sondern vielmehr auf religiösen Anschauungen über die Pflichten des „rechtgläubigen Zaren“ gegenüber der Kirche, ja über die gesamte orthodoxe Welt nach dem Fall Konstantinopels (1453). Als legitime Erben des byzantinischen Kaisers, als Herrscher eines „Dritten Roms“³⁾, empfanden sich freilich die Großfürsten und Zaren von Moskau im 16. und 17. Jahrhundert keineswegs. Angestrebt wurde von ihnen nur die jurisdiktionelle Verselbständigung der russischen Kirche, die sich seit 1449 faktisch vom Konstantinopolitanen Patriarchat getrennt hatte. Dies wurde 1589 in direkten Verhandlungen mit dem Patriarchen von Konstantinopel, Jeremia II., erreicht. Eine ökumenische Synode in Konstantinopel unter Beteiligung aller östlichen Patriarchate bestätigte 1590 die Errichtung des neuen Patriarchats in Moskau und wies ihm — nach Jerusalem — den fünften Rang zu.

Damals ging jedoch die Alt-Moskauer Macht bereits ihrem Ende entgegen. Nach dem Aussterben der Rjurikidendynastie im Mannesstamm (1598) folgte eine Zeit der „Wirren“ (smuta), die vor allem

2) H.-D. Döpmann, Der Einfluß der Kirche auf die moskowitzische Staatsidee. Staats- und Gesellschaftsdenken bei Josif Volockij, Nil Sorskij und Vassian Patrikeev, Berlin 1967.

3) H. Schaefer, Moskau — das dritte Rom, Darmstadt 1957².

durch die direkten polnischen Interventionen zugleich zu einem Kampf für die Einheit und Freiheit der Orthodoxie der „ganzen Rus“ gegen das Lateinertum wurde. Nachdem das Moskauer Zartum unter der neuen Dynastie der Romanovs (seit 1613) wieder politisch und territorial einigermaßen geeint worden war, wurde die Russisch-Orthodoxe Kirche durch die Reformen des Patriarchen Nikon und der Synoden von 1653–1656 von einer tiefgehenden Spaltung heimgesucht, die bis heute nicht überwunden ist⁴⁾.

Obwohl es sich im Grunde um Äußerlichkeiten handelte — ging es doch nur um Reinigung des orthodoxen Ritus nach dem griechischen Vorbild —, wandten sich weite Kreise der Pfarrgeistlichkeit und des Kirchenvolkes gegen diese Neuerungen. Man wehrte sich gegen die Textverbesserungen nach den griechischen Originalen und die Reform des Ritus, weil man dadurch ein Ausbleiben des Heilwirkens Gottes in der Liturgie befürchtete. Der Gegenspieler der offiziellen Kirche auf Seiten dieser „Altgläubigen“ war der Erzpriester Avvakum. Auch wenn Nikon bald nach den Reformsynoden 1666 seines Amtes enthoben wurde, weil er die Vorrangstellung der geistlichen vor der weltlichen Macht beanspruchte, beseitigte dies die Spaltung (raskol) keineswegs. Auf der Synode von 1666/67 wurden nämlich zugleich auch die nikonianischen Neuerungen gebilligt und über die Altgläubigen das Anathema ausgesprochen. Trotz schwerer, oftmals blutiger Verfolgungen hielten diese auch weiterhin am alten Ritus fest.

Noch aber blieb die weltliche Gewalt ganz durch die religiös-sittlichen Normen der Kirche geprägt. Der Stoß gegen die überlieferten Anschauungen, daß sich der Zar nicht nur staatlich-politisch, sondern auch religiös-ethisch gegenüber den ihm von Gott anvertrauten Untertanen verhalten müsse, wurde erst von Peter dem Großen (1689–1725) geführt. Es war der Geist der westlichen Säkularisierung, der das ganze Reformwerk dieses Zaren erfüllte und die traditionellen Lebensordnungen des russischen Volkes erschütterte. Dem Irdischen wurde nunmehr ein Selbstwert zugemessen, und der Kirche fiel von jetzt an die Aufgabe zu, sich am Aufbau dieses Irdischen zu beteiligen, indem sie das Volk zu guten Untertanen erzog. Im Zuge dieser Kirchenreform von 1721 wurde die Russisch-Orthodoxe Kirche somit zu einer staatlichen Institution für die sittliche Erziehung des Volkes umgeformt. An die Stelle des Patriarchen trat 1725 ein „Heiligster Regierender Synod“ aus Bischöfen, der für alle Glaubensfragen und für die Kirchenordnung zuständig war und dem als weltliches Kontrollorgan

4) P. Hauptmann, Altrussischer Glaube. Der Kampf des Protopopen Avvakum gegen die Kirchenreformen des 17. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Das russische Altgläubigtum in der Gegenwart, Göttingen 1963.

ein Oberprokureur zur Seite gestellt wurde, der im 19. Jahrhundert allmählich die einflußreichste Person im Synod wurde⁵⁾.

Da sich aber weder Peter der Große noch seine Nachfolger jemals Eingriffe in Dogma und Liturgie der Russisch-Orthodoxen Kirche erlaubten, wurde das neue Staatskirchensystem vom Kirchenvolk auch weitaus gelassener hingenommen als seinerzeit die Reformen Nikons. Überhaupt wird man die Bedeutung der petrinischen Kirchengesetze nicht überschätzen dürfen. Eine Modernisierung der Ge-

sellschaft nach westlichem Vorbild ist dadurch nicht gelungen. Eher war eine Erstarrung die Folge. Indem die Kirche zu einem Teil der Staatsgewalt und der „Heiligste Regierende Synod“ zu einem staatlichen Verwaltungsorgan wurden, erhielt die Orthodoxie zwar eine herrschende und gegenüber den anderen Religionsgemeinschaften in Rußland privilegierte Stellung eingeräumt, aber sie verlor dadurch zugleich ihre Verbindung zum Kirchenvolk, das es vor Ort nur mit ungebildeten Popen zu tun hatte.

II.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde der Oberprokureur immer mehr zum ausschließlichen Vermittler zwischen Kaiser und Kirche und am Ende zum eigentlichen Leiter der Staatskirche. Die Oberprokureure bauten ihre Behörde und ihren Kompetenzbereich zu einer ministertgleichen Stellung aus. Unter der Oberprokuratur K. P. Pobedonoscevs (1880–1905) waren schließlich Initiative und kirchliche Handlungsfähigkeit ganz auf diesen kaiserlichen Beamten übergegangen⁶⁾.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann sich aber Unzufriedenheit mit der staatlichen Gängelung der Kirche zu regen. Vor allem die weniger privilegierten Teile der Geistlichkeit forderten eine stärkere Teilnahme am staatlich-gesellschaftlichen Leben. Dabei gerieten auch die sozialen Probleme des heraufziehenden Industriezeitalters in ihren Gesichtskreis. Im allgemeinen jedoch wurde die Auseinandersetzung mit der politischen und sozialen Wirklichkeit von seiten der Kirche nur defensiv geführt. Im Vordergrund stand dabei die polemische Auseinandersetzung mit den gesellschaftsverändernden Ideologien des Westens, die auch in Rußland Fuß zu fassen begannen⁷⁾.

Die öffentliche Diskussion über notwendige Reformen in der Staatskirche brachte aber erste Erfolge, als eine außerordentliche Konferenz des Ministerkomitees unter Witte zu Beginn des Revolutionsjahres 1905 über die Gewissensfreiheit in Rußland beriet. Am Ende stand das Gesetz „über die Befestigung der Grundsätze der Glaubensstoleranz“ vom April 1905, das erstmals den legalen Austritt aus der Russisch-Orthodoxen Kirche und den Anschluß an andere Konfessionen möglich machte. Die

Staatskirche war aber weiterhin die einzig privilegierte, und das Missionsverbot für alle anderen kirchlichen Gemeinschaften blieb weiterhin in Kraft.

Man beschränkte sich bei den Beratungen in den ersten Monaten des Revolutionsjahres 1905 indes nicht nur auf die Vorbereitungen des Toleranzgesetzes. Auf Anregung des Petersburger Metropoliten Antonij wurden auch Fragen einer grundsätzlichen Veränderung des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie Probleme einer kirchlichen Neuordnung erörtert. Die Wurzel allen Übels für die Kirche sah man in der Bürokratisierung der Synodalverwaltung. Deshalb forderte man allgemein eine Wiederbelebung orthodoxer Konzilstätigkeit und die Wiedereinsetzung eines Patriarchen, der die Kirche wieder nach dem Synodalprinzip leiten sollte.

Nikolaj II. untersagte zwar diesem Gremium auf Intervention Pobedonoscevs die Behandlung solcher prinzipiellen Fragen zum Verhältnis von Staat und Kirche und überwies ihre Erörterung an den „Allerheiligsten Regierenden Synod“. Angesichts der allgemeinen Aufbruchstimmung im Lande war dieses Bischofskollegium aber nicht mehr länger bereit, derartige politische Einschränkungen hinzunehmen. In einem schriftlich formulierten Vortrag vor dem Kaiser forderten die Metropoliten von St. Petersburg, Moskau und Kiev die Einberufung eines russischen Konzils, das einen Patriarchen wählen und eine Reform der Kirche an Haupt und Gliedern vornehmen sollte. Nikolaj II. beließ es indes dabei, die Einberufung eines Konzils für eine weniger unruhige Zeit als die gegenwärtige zu versprechen⁸⁾.

Die nach den revolutionären Ereignissen einsetzende scharfe Frontstellung des Staates gegen jegliche revolutionären und oppositionellen Strömungen im Lande wurde von der Kirche aber dann nicht

⁵⁾ I. Smolitsch, Geschichte der russischen Kirche 1700–1917, Leiden 1964.

⁶⁾ G. Simon, Konstantin Petrovič Pobedonoscev und die Kirchenpolitik des Heiligen Sinod 1880–1905, Göttingen 1969.

⁷⁾ J. Chrysoſtomus, Die russische Orthodoxie angesichts der zeitgenössischen sozialen Strömungen am Vorabend der Revolution von 1917, in: Ostkirchliche Studien, 17 (1968), S. 297–314.

⁸⁾ I. Smolitsch, Der Konzilsvorbereitungsausschuß des Jahres 1906, in: Kirche im Osten, 7 (1964), S. 53–93.

nur widerstandslos hingenommen, sondern sogar durch eine zunehmende Identifizierung mit der politischen Reaktion aktiv unterstützt. Besonders im Kampf gegen alle Formen des Sozialismus schien einzelnen Geistlichen jedes Mittel recht zu sein, sogar der Anschluß an rechtsradikale Verschwörergruppen wie den „Bund des russischen Volkes“.

Durch ihre Verbindung mit dem politischen Extremismus von rechts verlor die Russisch-Orthodoxe Kirche aber selbst in konservativen Kreisen vor und während des Ersten Weltkriegs immer mehr an Boden. Die Rasputin-Skandale führten schließlich zu einem totalen Autoritätsschwund in der Öffentlichkeit⁹⁾.

III.

Die Weltkriegsjahre führten jedoch selbst beim Episkopat zu der Einsicht, daß sich die Kirche durch ihre allzu enge Bindung an die Autokratie in eine ausweglose Lage gebracht habe. Als im Februar 1917 das Ende der Romanov-Dynastie gekommen war, rührte sich deshalb in der Kirche auch keine Hand, um die alte Ordnung zu retten und die Revolution aufzuhalten. In allen wesentlichen politischen Fragen stellte sie sich hinter die provisorische Regierung. Auf die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 hatte die Kirche freilich kaum Einfluß. Die von den neuen Freiheiten be rauschten Massen suchten bei ihr keinerlei moralischen Rückhalt. Selbst die provisorische Regierung ging von Anfang an von einer strikten Trennung von Staat und Kirche aus. Noch weit weniger wußten die sozialistischen Parteien, allen voran die Bolschewiki, mit der Kirche als Überbleibsel des überlebten Systems anzufangen. Die im Laufe des Jahres 1917 zunehmende Radikalisierung der Bevölkerung in Stadt und Land, die auch immer wieder zu Übergriffen gegenüber der Kirche und ihrer Geistlichkeit führte, mußte besonders die Kirchenführer zutiefst erschrecken.

Vor dem allgemeinen Chaos suchten sie schließlich bei konservativen politischen Kreisen ihre Zuflucht. Gerade als die überwältigende Mehrheit des russischen Volkes, von den Bolschewiki aufgewiegelt, das Ende des Krieges und eine radikale Lösung des Agrarproblems zu fordern begann, rief deshalb die Kirche wiederum zur Vaterlandsverteidigung und zur Sicherung der Eigentumsrechte auf. Dabei dachte sie nicht zuletzt an ihr eigenes Land, das die Bauern auf dem Wege der „schwarzen Umteilung“ unter sich aufzuteilen begonnen hatten.

Als im August 1917 das erste Konzil nach 1681 im Kreml in Moskau eröffnet wurde, herrschte deshalb auch ein weitgehend konservativer Geist unter den dort versammelten Kirchenführern vor¹⁰⁾. Ihnen ging es weniger um eine Reform der Kirche an

Haupt und Gliedern als um die Wiederherstellung des durch Peter den Großen abgeschafften Patriarchats. Darin sahen aber die Vertreter der niederen Geistlichkeit eine Bedrohung des konzilaren Gedankens. Am Ende setzte sich der Episkopat durch. Die Wahl des Metropoliten von Moskau und Kolomna, Tichon, zum Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus' erfolgte am 5./18. November 1917, also bereits nach der bolschewistischen Oktoberrevolution.

Man kann nicht behaupten, daß das bolschewistische Regime von Anfang an die Russisch-Orthodoxe Kirche als Repräsentantin der alten gesellschaftlichen Kräfte systematisch verfolgt habe. Ohne Übergriffe der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre vor Ort gegenüber Bischöfen und Priestern, Mönchen und Nonnen im Bürgerkrieg zwischen „Rot“ und „Weiß“ in Abrede stellen zu wollen, muß doch festgehalten werden, daß von einer solch intransigenten Haltung der Sowjetregierung gegenüber der Kirche anfangs nicht die Rede sein konnte¹¹⁾.

Zwar war aus der Sicht des Marxismus-Leninismus die Kirche immer ein nützliches Werkzeug der ausbeutenden Klassen gewesen, zumal die Verbindung zwischen Orthodoxie und Autokratie in Rußland dafür ein besonders gutes Beispiel abgab. Aber die Religion war unter den Bedingungen des wissenschaftlichen Sozialismus sowieso zum Absterben verurteilt. Man hatte zunächst anderes zu tun, als sich mit einer so vorwissenschaftlichen Erklärung der Welt eingehender zu beschäftigen. Die damals zweifellos gegebene Kirchen- und Glaubensfeindschaft war eher spontan. Sie läßt sich jedenfalls nicht auf eine gezielte bolschewistische Agitations- und Propagandatätigkeit zurückführen.

Andererseits unterließ das Patriarchat und der Großteil des Episkopats während des Bürgerkriegs nichts, was sie in den Augen der Bolschewiki als Helfershelfer des „Klassenfeindes“ erscheinen las-

⁹⁾ G. Simon, Zwischen Reformwillen und Reaktion. Kirche, Staat und Gesellschaft am Vorabend der Russischen Revolution, in: ders., Die Kirchen in Rußland. Berichte, Dokumente, München 1970, S. 9–36.

¹⁰⁾ A. Kartaschew, Die provisorische Regierung und die russische Kirche, in: Orient und Occident, (1934) 15, S. 1–15.

¹¹⁾ Zur sowjetischen Religionspolitik in den ersten Jahrzehnten nach 1917 siehe J. S. Curtiss, Die Kirche in der Sowjetunion (1917–1956), München 1957; A. Kischkowsky, Die sowjetische Religionspolitik und die Russische Orthodoxe Kirche, München 1960²; J. Chrysostomus, Kirchengeschichte Rußlands in der neuesten Zeit, 3 Bde., München-Salzburg 1965–1968.

sen mußte. Obwohl der Patriarch an beide kämpfenden Seiten mehrmals den Appell richtete, mit dem Blutvergießen aufzuhören, nahm er doch zugleich einseitig gegen das neue sozialistische System Stellung und belegte es mit dem Kirchenbann. Für ihn wie für die anderen Kirchenführer waren die Bolschewiki nicht nur falsche Propheten, die das Volk durch das Versprechen irdischer Güter vom Glauben an das Jenseits abbrachten, sondern auch die Feinde des Vaterlandes, die mit den Deutschen einen schmachvollen Frieden geschlossen hatten.

Allerdings wurde auch durch die bolschewistische Gesetzgebung von Anfang an jegliche Privilegierung der Russisch-Orthodoxen Kirche aufgehoben. Durch das Dekret „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ vom 23. Januar/5. Februar 1918¹²⁾ wurde die Kirche vom Staat getrennt und alle Vorrechte auf Grund konfessioneller Zugehörigkeit aufgehoben.

Die Kirche verlor außerdem ihre sämtlichen Eigentumsrechte und damit auch die Rechte einer juristischen Person. Ihr gesamtes Vermögen wurde zum

Volkseigentum erklärt. Ihr blieben nur die Gebäude und Gegenstände, „die speziell für gottesdienstliche Zwecke vorgesehen sind“, zur kostenlosen Nutzung nach Gutdünken der örtlichen oder zentralen Behörden überlassen. Eheschließungen und Geburten waren von nun an Sache ziviler Behörden. Außerdem wurde die Schule von der Kirche getrennt und der Religionsunterricht in öffentlichen Lehranstalten nicht mehr zugelassen. Alle kircheneigenen Schulen und Hochschulen gingen verloren. Die zuvor von der Autokratie so behütete Kirche mußte sich jetzt „vogelfrei“ fühlen. Schutzlos war sie zunehmend örtlichen Repressionen ausgesetzt. Allein 1919 wurden 673 Klöster liquidiert und bis 1923 28 Bischöfe, 1 024 Geistliche und zahlreiche Gläubige getötet¹³⁾. Die Religionsausübung wurde von den zentralen Behörden jedoch nicht direkt behindert. Die meisten Kirchen „arbeiteten“ weiter. Man versuchte von oben sogar mäßigend auf den atheistischen Übereifer der Parteiaktivisten vor Ort einzuwirken, wollte man doch die Kirche nicht zum Sammelbecken des Widerstandes gegen das eigene Regime werden lassen.

IV.

Nach dem Bürgerkrieg schien sich zunächst sogar eine Zeit friedlichen Nebeneinanders von Staat und Kirche anzubahnen. Da wurde Sowjetrußland 1922 von einer verheerenden Hungerkatastrophe heimgesucht. Weil sich die Kirche weigerte, zur Linderung der Hungersnot ihr geweihtes Gerät zum Ankauf von Getreide im Ausland zur Verfügung zu stellen, kam innerhalb der Sowjetführung rasch der Verdacht auf, daß damit politische Zwecke verfolgt würden. Verstärkt wurde dieses Mißtrauen gegenüber der Kirchenführung durch die offene Propagierung solcher Absichten seitens des Karlowitzer Synods, der Kirchenversammlung der mit den „Weißen“ ins Exil gegangenen Bischöfe, vom Ausland her. Es folgte die Beschlagnahme der Kirchenschätze zur Unterstützung der Hungernden durch die Sowjetmacht, die bei der Geistlichkeit wie bei den Gläubigen starke Unruhe hervorrief. Patriarch Tichon rief zum offenen Widerstand auf und wurde verhaftet. Aus dieser Notlage konnte der Patriarch sich und die Kirche selbst dadurch nicht befreien, daß er die Karlowitzer Bischöfe suspendierte und ihre Sitze auf sowjetischem Territorium wiederbesetzte; ihm sollte sogar der Prozeß gemacht werden.

Dazu kam es jedoch nicht aus Rücksicht auf das westliche Ausland, auf dessen Hungerhilfe man angewiesen war. Der unter Hausarrest gestellte Tichon starb 1925.

Während der Zeit seiner Gefangenschaft durchdachte Tichon das Verhältnis seiner Kirche zu einem Staat mit offiziell atheistischer Weltanschauung. Am Ende seiner Überlegungen stand die Einsicht, daß die Kirche kein verbrieftes Recht darauf hätte, in einem christlichen Staat zu leben und dessen Förderung zu genießen. Auch einen atheistischen Staat müßte die Kirche deshalb als eine von Gott gegebene Ordnung achten. In seinem umstrittenen „Testament“, das nach seinem Tode veröffentlicht wurde, rief Tichon deshalb die Kirche dazu auf, sich aller staatsfeindlichen Aktivitäten zu enthalten und die bolschewistische Sowjetregierung anzuerkennen. Metropolit Sergij als Patriarchatsverweser — einen neuen Patriarchen durfte die Kirche nach Tichons Tod nicht wählen — gab im Gefolge dieser Überlegungen und auf Drängen der Sowjetregierung 1927 eine Erklärung ab, in der er die Gläubigen auf den atheistischen Arbeiter- und Bauernstaat zu verpflichten suchte, um das Überleben der Kirche zu sichern.

Mit dem Jahre 1922 setzte ein systematischer Kampf gegen die Kirche ein. 1922 wurde eine sogenannte „lebende“ Kirche als „progressive“ Gegenkirche ins Leben gerufen, die allerdings wenig Erfolg hatte. Weit wirkungsvoller war die Gründung

¹²⁾ R. Stupperich (Hrsg.), Kirche und Staat in der Sowjetunion. Gesetze und Verordnungen, Witten 1962, S. 5–11; O. Luchterhandt, Die Religionsgesetzgebung der Sowjetunion, Berlin 1978, S. 11–17.

¹³⁾ F. v. Lilienfeld, Tausend Jahre Kirche in Rußland, in: Tausend Jahre Kirche in Rußland. Katalog zur Ausstellung, Tutzing 1987, S. 32 f.

einer militanten „Gottlosenbewegung“, die 1925 in der Schaffung einer „Liga kämpferischer Gottloser“ zum Zwecke der endgültigen Ausrottung der Religion gipfelte. Aber der eigentliche Druck auf die Kirche setzte mit der Zwangskollektivierung der Bauern gegen Ende der zwanziger Jahre ein.

Die gesetzliche Handhabe für die nunmehr einsetzende stalinsche Kirchenverfolgung, in deren Verlauf es bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges zu einer fast vollständigen Zerschlagung der Russisch-Orthodoxen Kirche kam, bildete die Verordnung „über die religiösen Vereinigungen“ vom 8. April 1929¹⁴⁾. Sie verbot allen Religionsgemeinschaften jegliche gesellschaftliche, karitative und katechetische Tätigkeit. Das gesamte religiöse Leben wurde dadurch weitgehend auf den Gottesdienst im engsten Sinne beschränkt. Alle religiösen Kulthandlungen außerhalb der Kirchen wurden untersagt, soweit es sich nicht um solche auf Bitten von Sterbenden oder Kranken in Krankenhäusern oder Gefängnissen handelte. Aber auch diese durften nur in isolierten Räumen vollzogen werden. Ausgespart blieben auch die kirchlichen Verrichtungen auf den Friedhöfen. Der Einfluß der Kirche auf die Gesellschaft sollte dadurch möglichst stark begrenzt werden.

Die Verordnung von 1929 räumte zugleich den staatlichen Behörden umfassende Kontroll- und

Eingriffsrechte gegenüber der Kirche ein. So wurde genau geregelt, unter welchen Bedingungen einer registrierten Kirchengemeinde vom Staat ein Gotteshaus zur Nutzung überlassen wurde. Zwanzig Laien, nicht der Priester, mußten dafür gegenüber den Behörden verantwortlich zeichnen.

Infolge dieses Gesetzes wurde auch die Freiheit der religiösen Propaganda aufgehoben, die die Verfassung der Sowjetunion von 1925 in Art. 4 noch garantiert hatte. In Art. 124 der Verfassung der UdSSR von 1936 ist deshalb nur noch von der „Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen“ die Rede. Dabei wurde zugleich die „Freiheit der antireligiösen Propaganda“ in die Verfassung aufgenommen¹⁵⁾. Das Recht auf atheistische Propaganda wurde also ausdrücklich garantiert, während die Kirche nur noch geduldet wurde. Sie durfte ihren Gottesdienst feiern und die Sakramente spenden, mehr nicht.

Aber selbst dies wurde ihr durch staatlich sanktionierte Willkür vor Ort oft genug verweigert. Der stalinistische Terror in den dreißiger Jahren tat ein übriges, um die Kirche fast zum Erlöschen zu bringen. 1939 sollen höchstens noch 4 Bischöfe (1917 waren es 163) im Amt gewesen sein. Die Zahl der geöffneten Kirchen und in Freiheit befindlicher Priester soll auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion nur noch einige hundert betragen haben.

V.

Das Blatt begann sich mit dem Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion (1941) zu wenden. Von nun an ging der von Stalin seit Anfang der dreißiger Jahre in Szene gesetzte Sowjetpatriotismus mit der Russisch-Orthodoxen Kirche eine enge propagandistische Verbindung gegen den Hitlerfaschismus ein. Die noch verbliebenen Kirchenführer hatten von sich aus ihre volle Unterstützung bei der Verteidigung des Vaterlandes angeboten¹⁶⁾. Metropolitan Sergij, der Patriarchatsverweser, sandte sofort an alle orthodoxen Pfarreien eine Botschaft, in der er die Gläubigen an ihre patriotischen Pflichten erinnerte. Das gläubige Volk erwiderte den Appell seiner Kirche und sammelte Geld. Dafür wurden Panzer und Jagdflugzeuge gekauft. Getreu ihrer patriotischen Pflicht segnete die Kirche nicht nur diese, sondern auch alle anderen Waffen der Roten Armee.

Zunächst erwähnten die Botschaften der Kirchenführer weder die Sowjetregierung noch Stalin. Aber zum Jahrestag der Oktoberrevolution, am 7. No-

vember 1942, begrüßte Metropolitan Sergij Stalin als den „göttlich gesalbten Führer“, dem Gott Kraft für die Verteidigung des Vaterlandes geben möge. Von nun an hörten die Loyalitätsbekundungen der Kirche für den großen „Führer“ nicht mehr auf.

Stalin lohnte dies, indem er nicht nur die antireligiöse Propaganda einzustellen befahl, sondern vor allem auch dadurch, daß er selbst direkten Kontakt zu den Kirchenführern suchte¹⁷⁾. Am 4. September 1943 wurden die drei ersten Hierarchen, der Patriarchatsverweser Sergij sowie die Metropoliten Aleksij von Leningrad und Nikolaj von Kiev und Galizien von ihm im Kreml empfangen. Bereits drei Tage später durfte Sergij sogar von einer eiligst zusammengerufenen Bischofssynode (ihre Teilnehmer waren zum Teil direkt aus den Straflagern oder aus ihren Verbannungsorten gekommen) zum Patriarchen gewählt werden. Sergij lebte nur noch ein halbes Jahr. Sein Nachfolger wurde im Mai 1944 der Metropolitan Aleksij von Leningrad. Im Oktober 1943 kam es staatlicherseits zur Konstituierung ei-

¹⁴⁾ Kirche und Staat in der Sowjetunion (Anm. 12), S. 13 bis 28.

¹⁵⁾ Ebda., S. 29.

¹⁶⁾ F. v. Lilienfeld (Anm. 13), S. 34.

¹⁷⁾ Zur sowjetischen Religionspolitik in und nach dem Zweiten Weltkrieg siehe außer der unter Anm. 11 angeführten Literatur noch W. Kolarz, Die Religionen in der Sowjetunion, Freiburg 1963.

nes „Rates für Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche beim Rat der Volkskommissare [seit 1946: Ministerrat] der UdSSR“. Dessen erster Leiter, G. G. Karpov, erklärte im August 1944, daß er sich um ein gutes Einvernehmen mit der Kirche bemühen wolle. Dazu gehörten die Unterstützung der Kirche bei der Eröffnung neuer Gotteshäuser, bei der Wiederaufnahme theologischer Ausbildung sowie beim Entwurf einer kirchlichen Gesetzgebung. Den Versprechungen folgten Taten auf dem Fuße.

Die seitherige Rechtslage der Russisch-Orthodoxen Kirche fußt im wesentlichen auf einem am 31. Januar 1945 von ihrer Landessynode angenommenen „Statut über die Verwaltung der Russisch-Orthodoxen Kirche“, das von der Sowjetregierung gebilligt wurde. Danach wurde ihrer Landessynode „die oberste Gewalt in Dingen der Glaubenslehre, der Kirchenverwaltung und der kirchlichen Gerichtsbarkeit“ übertragen und den kirchlichen Gemeinden, soweit sie staatlich registriert waren, in begrenztem Umfang die Rechte einer juristischen Person gegeben. Dazu gehörte vor allem das Recht, für religiöse Zwecke Sammlungen durchzuführen¹⁸⁾.

Seit 1944/45 konnte die Russisch-Orthodoxe Kirche erstmals wieder Kurse für Priester abhalten. Bis 1966 eröffnete sie acht Priesterseminare (im Kloster Zagorsk bei Moskau, in Leningrad, in Kiev, Minsk, Odessa, Saratov, Stavropol' und Luck) sowie zwei Geistliche Akademien in Moskau und Leningrad. Hinzu kam eine gewisse Lockerung der Bestimmungen für den Religionsunterricht.

Obwohl die Russisch-Orthodoxe Kirche seit 1943 einen weit größeren Bewegungsspielraum erhielt, als sie je nach 1917 gehabt hatte, wurden die sehr scharfen Religionsgesetze von 1918 und 1929 nicht aufgehoben. Die Sowjetregierung hielt sich also jederzeit den Rückgriff auf die alten repressiven Bestimmungen offen. Obwohl seit 1948 auch wieder als „fanatisch“ bezeichnete Priester, Mönche, Nonnen und Gläubige in den Straflagern verschwanden, kam es bis zum Tode Stalins (1953) indes zu keiner Neuauflage der während des Zweiten Weltkriegs eingestellten atheistischen Propaganda. Wie in den dreißiger Jahren waren die Kirche und ihre Gläubigen auch in der Nachkriegszeit nicht die einzige verfolgte Bevölkerungsgruppe. Sie teilten ein gemeinsames Los mit den als „Kosmopoliten“ verfeimten Intellektuellen und Künstlern.

VI.

Geschützt durch ihre fraglose Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat konnte sich die Russisch-Orthodoxe Kirche somit seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs eine im Prinzip immer gefährdete, aber dennoch für die unmittelbare Zukunft relativ gesicherte Existenz aufbauen. Dies schien anfangs auch unter den unmittelbaren Nachfolgern Stalins weiterhin möglich zu sein, zumal diese die Kirche noch weit stärker als zuvor in ihr außenpolitisches Konzept einbezogen, indem sie ihr in der internationalen Friedensbewegung eine hervorragende Rolle zuwiesen.

Aber bereits am 10. November 1954 wurde durch einen richtungweisenden Beschluß des ZK der KPdSU „Über die Fehler in der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“ die Forderung erhoben, daß „der Kampf gegen die religiösen Vorurteile jetzt als ideologischer Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung angesehen werden“ müsse¹⁹⁾. Daher sei „eine tiefgreifende wissenschaftlich-atheistische Propaganda durchzuführen“, für die das Zentralkomitee im November 1954 nähere Ausführungsbestimmungen erließ. Die Auseinandersetzung mit der Kirche wurde seitdem auf der weltanschaulichen

Ebene ausgetragen, ohne daß dies eine Rückkehr zum politischen Atheismus der Vorkriegszeit bedeutet hätte. Die antireligiöse Propaganda nahm indes in den Massenmedien seit 1954 beträchtlich zu.

Ihre Durchschlagskraft erhielt diese Propagandatätigkeit aber erst in den Jahren, als Chrusčev auf dem Höhepunkt seiner Macht stand (1959–1964). Vom erneuten aggressiven Vorgehen von Partei und Staat gegen die Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion wurde wiederum die Russisch-Orthodoxe Kirche besonders hart getroffen. Seit 1959 kam es zu einem rapiden Ansteigen der atheistischen Propagandatätigkeit. Sie richtete sich besonders gegen Berufstätige in qualifizierten Stellungen, die als Gläubige bekannt waren. „Wissenschaft“ und „Religion“ schlossen sich nach Auffassung der Parteipropagandisten aus. Wer dies nicht beherzigte, verlor seine Stellung²⁰⁾.

Der Pressekampagne folgte eine systematische „Kirchenbedrängung“. Das Gesetz von 1929 wurde wiederum voll angewendet gegen die seit 1943 gewonnenen Erleichterungen. Priester und Theologieprofessoren wurden zur öffentlichen Widerruf-

¹⁸⁾ Kirche und Staat in der Sowjetunion (Anm. 12), S. 35 bis 41.

¹⁹⁾ Ebda., S. 29–34.

²⁰⁾ Hierzu insbes. G. Simon, Der sowjetische Staat und die Kirche, in: ders., Die Kirchen in Rußland (Anm. 9), S. 67 bis 84.

fung ihres Glaubens gedrängt, und den Kirchengemeinden gingen die eingeschränkten Rechte einer juristischen Person wieder verloren.

Als die Kirche diese neuen Verfolgungen nicht widerspruchslos hinnahm, sondern sogar vor der Welt gegen diese „öffentlichen Akte der Blasphemie“ Stellung bezog, reagierte Partei und Staat mit einschneidenden Maßnahmen. Die beiden Männer, die seit 1943 für das Nebeneinander von Staat und Kirche standen, wurden abgesetzt. G. G. Karpov, der Vorsitzende des Rates für Angelegenheiten der Russisch-Orthodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR, wurde 1960 durch den weit weniger flexiblen V. A. Kuroedov ersetzt. Diesem ging es nicht mehr um die Kontrolle der Kirche, sondern um ihre innere Aushöhlung. Auf der anderen Seite mußte der engste Mitarbeiter des Patriarchen, der die Kirche politisch im Inland wie im Ausland repräsentierende Metropolit Nikolaj von Kruticy und Kolomna, seine Ämter aufgeben. Er wurde prak-

tisch unter Hausarrest gestellt und wahrscheinlich gewaltsam beseitigt. Sein Nachfolger als Leiter des Außenamtes des Patriarchats wurde der junge und geschmeidige Metropolit Nikodim von Leningrad. Er führte die Kirche wieder in die Bahnen demütiger Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat zurück.

Die seit Ende der fünfziger Jahre einsetzende erneute Verschärfung des Kirchenkampfes führte zwischen 1959 und 1964 zur Schließung von etwa 10 000 Kirchen, wodurch die Zahl der „arbeitenden“ Gotteshäuser auf die Hälfte sank. Zugleich wurde die Zahl der Gemeindepriester um etwa die Hälfte auf 15 000 reduziert. Auch gegen die Klöster richteten sich wieder staatliche Repressionen. So wurden von den knapp 70 Klöstern mehr als 40 geschlossen. Außerdem wurde die theologische Ausbildung des Priesternachwuchses durch die Auflösung von theologischen Seminaren (5 von 8) systematisch hintertrieben.

VII.

Nach dem Sturz Chrusčevs (1964) begann sich die kirchenpolitische Lage in der Sowjetunion wieder zu entspannen. Die massenweise Schließung von Kirchen und Klöstern hörte auf, und auch den Priestern wurde nicht mehr zuhauf die Registrierung entzogen. Zugleich normalisierte sich die Situation an den geistlichen Lehranstalten. Diese Hinwendung zu einem erneuten Nebeneinander von Staat und Kirche kam nicht zuletzt aus der Erkenntnis der Parteiführung, daß man durch die Schließung von Kirchen und die Drangsalierung ihrer Priester aus Gläubigen noch lange keine Atheisten machen konnte. Man wollte wohl auch der Gefahr der Bildung einer Untergrundkirche entgegenwirken. Bei den staatlichen Behörden hatte man sehr genau das Anwachsen einer innerkirchlichen Opposition registriert, die sich gegen den atheistischen Staat wie gegen die gegenüber der Obrigkeit allzu fügsame Kirchenleitung richtete. Die staatlichen Lockerungen gegenüber der offiziellen Kirche sollten verhindern, daß sich vor allem jüngere Leute aus der Intelligenz für ihren wahren Christusglauben eine versteckte kirchliche Heimstatt suchten, die dann nicht mehr wie die bestehenden offiziellen Kirchengemeinden in ihrer Wirksamkeit nur auf die Feier der Liturgie beschränkt wäre.

Für die Zeit nach Chrusčev ist deshalb besonders kennzeichnend, daß sich Partei und Staat wiederum verstärkt um die Kirchenführung bemühten. Von der Patriarchatsleitung wurde ihnen das auch durch eine nach wie vor vorbehaltlose Loyalität gegenüber ihrer Politik, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Außenpolitik, gedankt. Aber diese neuerliche Entspannung im Verhältnis zwischen staatlicher und kirchlicher Führung wurde nicht von einem Abbau

der seit der Zeit Chrusčev bestehenden erhöhten repressiven Kontrolle des kirchlichen Gemeindelebens begleitet. Den sowjetischen Behörden kam es in erster Linie auf eine scharfe Unterdrückung aller oppositionellen Regungen innerhalb der Kirche an, richtete sich doch deren „religiöse Renaissance“²¹⁾ besonders gegen administrative Willkürakte vor Ort. Es ging um die Überwindung des stalinistischen Geistes der Angst, der in Gestalt der örtlichen Polizeiorgane noch immer gegenwärtig war.

Partei und Staat aber dachten nicht daran, Abhilfe zu schaffen. Dazu machten ihnen die Oppositionellen im Lande und deren Resonanz in der westlichen Welt überhaupt viel zu viel zu schaffen. Immerhin wurden durch das am 23. Juni 1975 veröffentlichte Dekret „über die religiösen Vereinigungen“ die Kirchengemeinden, die Eparchialverwaltung und die Kirchenleitung wiederum als „beschränkt-begrenzt juristische Person“ anerkannt, wenn sie Rechtsgeschäfte tätigen, die aus einem Kultusvermögen „zum Erwerb von Wirtschaftserzeugnissen und Gegenständen zur Verrichtung religiöser Riten“ (Heiligenbilder, Kerzen usw.) führen²²⁾.

Nach dem Tode Brežnevs (1982) setzte abermals eine Verschärfung der antireligiösen Propagandatätigkeit ein, die wohl in erster Linie im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Millennium der Taufe der Kiever Rus' (1988) zu sehen ist. Aber auch eine Reihe neuer — sowie Novellierungen alter — Ge-

²¹⁾ G. Stricker, Die Kirchen in der Sowjetunion 1975—1985, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (1986) 18, S. 12—17.

²²⁾ O. Luchterhandt (Anm. 12), S. 107—120.

setze führten zu einer Verschlechterung der Lage der Gläubigen, da alle ihre Handlungen mehr oder weniger kriminalisiert wurden²³). Im Vordergrund standen dabei Tatbestände wie Störung der öffentlichen Ordnung und Vergehen gegen sozialistisches Eigentum. Mittels der neuen gesetzlichen Vorschriften konnte die Gemeindegarbeit von Priestern und Diakonen noch konsequenter bestraft werden, wenn sie den staatlicherseits zugestandenen Freiraum der Liturgie und der Sakramente verlies und sich katechetischen und karitativen Aufgaben zuwandte.

Während Restriktionen und Schikanen gegenüber einzelnen Kirchengemeinden auch nach Brežnev ein wesentliches Kennzeichen für die sowjetische Kirchenpolitik blieben, konnte sich die Kirchenleitung selbst einiger Konzessionen erfreuen. So wurden die Druckgenehmigungen für geistliche Literatur großzügiger gegeben und auch die Aufnahmequoten für die geistlichen Lehranstalten erhöht.

Bereits 1981 konnte eine Fabrik für kirchliche Gebrauchsgegenstände eingerichtet werden, und 1983 wurde sogar das völlig verwahrloste Daniil-Kloster in Moskau zurückgegeben. Man wird in diesen Zugeständnissen wohl in erster Linie eine propagandistische Geste zu sehen haben, die eine liberale Kirchenpolitik von Partei und Staat gegenüber dem westlichen Ausland betonen soll. Andererseits wurde damit aber auch ein Dank an die Patriarchatskirche abgestattet für ihre friedensstiftende Rolle im Rahmen der staatlichen Friedenspolitik. Überhaupt scheinen der Russisch-Orthodoxen Kirche im Rahmen des „Sowjetpatriotismus“ bereits unter Brežnev und erst recht unter seinen Nachfolgern Andropov und Černenko wiederum gesellschaftliche Integrationsfunktionen zugewiesen worden zu sein, die belohnt sein müssen, ohne daß ihr selbst dabei ein eigener gesellschaftlicher Freiraum zugestanden werden darf. Von einem Abflauen der antireligiösen Propagandatätigkeit von Partei und Staat konnte jedenfalls keine Rede sein.

VIII.

Mit dem Amtsantritt Gorbačevs (1985) änderte sich an dieser Grundhaltung der Partei- und Staatsführung gegenüber der Russisch-Orthodoxen Kirche zunächst nichts. Indes kam es im Hinblick auf die bevorstehenden Millenniumsfeierlichkeiten doch zu einigen kaum mehr erhofften Konzessionen an die Kirchenleitung, die aber für die einzelnen Kirchengemeinden keinerlei Erleichterungen brachten. Neben der bereits erwähnten Rückgabe des Daniil-Klosters in Moskau gehörte dabei die Zulassung eines Landeskonzils zu den größten Zugeständnissen. Hoffnungen auf eine Änderung der staatlichen Kirchengesetzgebung, die die kirchliche Hierarchie besonders auf den XXVII. Parteitag der KPdSU (1986) setzte, erfüllten sich freilich nicht. Der Parteitag befaßte sich überhaupt nicht mit religiösen Fragen — er hatte wohl auch Wichtigeres zu tun —, aber eine Erweiterung und vor allem Sicherung der Rechte der Kirchengemeinde als juristische Person hätte — selbst als bloße Absichtserklärung — als ein wichtiges Indiz für eine liberale Gesellschaftspolitik der neuen Parteiführung gedeutet werden können. Die Schwierigkeiten für eine schrittweise Aufhebung der Tabuisierung der Religion durch Partei und Staat ergeben sich bis heute aus der Unvereinbarkeit zwischen sowjetischer und christlicher Moral aus der Sicht der offiziellen marxistisch-leninistischen Weltanschauung.

Je näher aber die Feierlichkeiten zur Tausendjahrfeier der Russisch-Orthodoxen Kirche rückten, um so respektvoller wurde der Umgang von Partei und Staat mit ihr. Offensichtlich suchen beide Seiten nach einem neuen Modus vivendi. Dabei scheinen auch die heute circa 7 500 bis 8 000 orthodoxen Kirchengemeinden — bei circa 50 Mio. Gläubigen — mehr als zuvor einbezogen zu werden; jedenfalls dann, wenn sie gewillt sind, mit dem atheistischen Staat loyal zusammenzuarbeiten und die gegenwärtige Reformpolitik zu unterstützen.

Am 29. April 1988 kam es zu einem „historischen“ Treffen des Generalsekretärs der KPdSU mit Patriarch Pimen und anderen Mitgliedern der Synode der Russisch-Orthodoxen Kirche im Kreml. Gorbačev räumte bei dieser Begegnung Fehler von Partei und Staat gegenüber der Kirche und ihren Gläubigen ein. Nach Tass bedauerte er die Verfolgungen der Kirche unter Stalin als „tragische Geschehnisse der Zeit des Personenkultes“. Die Verfolgung der Kirche unter Chruščev erwähnte er allerdings nicht. Diese Fehler würden aber jetzt korrigiert. So werde man in einem neuen sowjetischen Gesetz über Gewissensfreiheit „auch die Interessen der religiösen Organisationen berücksichtigen“. Der Staat werde sich deshalb künftig nicht mehr in die kirchlichen Angelegenheiten einmischen. Dabei erinnerte Gorbačev aber auch an das Fortbestehen weltanschaulicher Unterschiede zwischen Staat und Kirche. Doch gebe sein Reformprogramm die Möglichkeit, die Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, hätten doch die Gläubigen als „sowjetische Bürger, Arbeiter und Patrioten“ wie jeder andere

²³) G. Stricker, Aus der Russisch-Orthodoxen Kirche. Das Moskauer Patriarchat zwischen Brežnev und Gorbačev, in: Kirche im Osten, 29 (1986), S. 171–185.

„ein volles Recht, ihre Überzeugung mit Würde auszudrücken. Perestrojka und Demokratisierung geht auch sie an — in vollem Ausmaß und ohne irgendwelche Restriktionen“²⁴⁾.

In der Folge dieser offiziellen Äußerungen des Generalsekretärs kam es in der sowjetischen Presse zu offenen Diskussionen über den gesellschaftlichen Stellenwert der Kirche. So wurden unter anderem gewisse Parteiaktivisten in der Provinz bezichtigt, bis heute nicht einsehen zu wollen, „daß die Religion eine soziale Realität bleibt“. Sie würden wie früher fortfahren, „die Gesetzgebung über die Kulte zu untergraben und die konstitutionellen Garantien der Glaubensfreiheit zu mißachten“. Der Atheismus dürfe aber nicht gegen die Gläubigen, sondern müsse um sie kämpfen, damit sie — gerade unter Wahrung der Gewissensfreiheit — von der Richtigkeit der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ überzeugt würden. Der Marxismus-Leninismus verpflichtet deshalb, von der „völligen Gleichheit aller Bürger der Sowjetunion, der Gläubigen wie der Ungläubigen“ auszugehen. Aus diesem Grunde sei auch die antireligiöse Politik in den fünfziger und sechziger Jahren falsch gewesen, die zu einem unerträglichen Druck auf Priester wie Gläubige und zu einer massenweisen Schließung von Kirchen und Klöstern geführt habe²⁵⁾.

Solche Ausführungen zeigen deutlich, daß zumindest zur Zeit der Feierlichkeiten der Russisch-Orthodoxen Kirche offiziell von einem Absterben der Religion nicht mehr die Rede ist. Aber bisher sind — außer großen Gesten wie der Rückgabe eines Teils des Kiever Höhlenklosters, das unter Chruščev 1961 konfisziert und in ein Kultur- und Atheismus-Museum umgewandelt worden war — von Partei und Staat kaum Zugeständnisse gemacht worden. Jedenfalls wurden die zwischen 1959 und 1964 geschlossenen circa 10 000 Kirchen bisher nicht wieder geöffnet. Die eher abwartende Haltung der Sowjetführung zeigte sich besonders anlässlich des „ökumenischen“ Empfanges bei Gromyko am 12. Juni 1988. Auf Fragen der orthodoxen Würdenträger und der ausländischen Millenniums-Gäste verschiedenster Konfessionen antwortete das sowjetische Staatsoberhaupt eher ausweichend. So sei zeitlich noch nicht abzusehen, wann ein neues Gesetz über die Gewissensfreiheit vorgelegt werden könne, an dem bereits gearbeitet werde. Weniger schwierig werde sich — allerdings „unter strenger Beachtung der sowjetischen Gesetzgebung“ — in

Zukunft die Neuzulassung religiöser Gemeinschaften und die Eröffnung weiterer Kirchen gestalten. Auf die Frage, ob der Kirche das Recht einer juristischen Person gegeben werde, verwies Gromyko ebenfalls auf künftige Gesetzesvorhaben. Dabei schloß er nicht aus, daß die bis jetzt verbotene öffentliche Wohltätigkeit der Kirchen gesetzlich geregelt werden könne. Die Frage nach einem Religionsunterricht für Kinder wurde von Gromyko jedoch dahingehend beantwortet, daß seit 1918 eine strenge Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule bestehe, die auch weiterhin aufrechterhalten bleibe²⁶⁾.

Man wird die Äußerungen des nicht gerade zu den Reformern gehörenden und politisch nicht mehr sehr einflußreichen Staatsoberhauptes nicht überbewerten dürfen. Aber die in diesem Gespräch angeschnittenen Fragen weisen auf die Grundproblematik hin, die sich aus einem geregelten Verhältnis zwischen Partei, Staat und Kirche ergeben würde. Läßt sich überhaupt die herrschende marxistisch-leninistische Ideologie mit ihrem „wissenschaftlichen“ Atheismus mit der gesetzlichen Anerkennung der Existenz einer nicht mehr notwendigerweise absterbenden, weil gesellschaftlich überholten „vorwissenschaftlichen“ Religion in Einklang bringen, ohne daß sie selbst dadurch revisionistische Züge anzunehmen beginnt? Dies hätte nichts mehr mit einer „sozialistischen“ Demokratie zu tun, sondern würde — in letzter Konsequenz — zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung nach westlichem Vorbild führen. Dafür gibt es aber keine Anzeichen.

Vieles ist in der Sowjetunion heute selbst auf religiösem Gebiet in Fluß²⁷⁾. Bei allem durch die Reformpolitik aktivierten Patriotismus, der durchaus die Kirche einschließen kann — wie bereits Stalins Wendung während des Zweiten Weltkrieges gezeigt hat —, wird es bestenfalls zu einem gesetzlich geregelten Nebeneinander von Sowjetmacht und Kirche kommen können, wenn sich der Marxismus-Leninismus als einzig progressive gesellschaftliche Kraft nicht selbst aufgeben will. Aber das würde für die Russisch-Orthodoxe Kirche wie für alle anderen Glaubensgemeinschaften in der Sowjetunion nicht wenig sein, würden sie doch dadurch aus dem Teufelskreis der Willkür von staatlicher Konzession und staatlicher Repression herauskommen, der sich seit 1918 um sie schließt.

²⁴⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1988, S. 2.

²⁵⁾ *Novoe myšlenie i svoboda sovesti*; in: *Literaturnaja gazeta*, Nr. 20, 18. Mai 1988, S. 10.

²⁶⁾ *Po slučaju istoričeskoj daty*; in: *Pravda*, Nr. 164, 12. Juni 1988, S. 3.

²⁷⁾ A. v. Borcke, *Neues Nachdenken über Religion? Zeichen der Veränderung in der Sowjetunion?*, in: *Herder Korrespondenz* 42 (1988) 6, S. 271–276.

Heinz Brahm/Hans-Hermann Höhmann: Die 19. Unionsparteikonferenz der KPdSU

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/88, S. 3–15

Schon bald nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU (1986) muß Gorbatschow erkannt haben, daß es neuer Reformmaßnahmen und vor allem eines erheblich progressiveren Zentralkomitees bedurfte, um die Sowjetunion aus ihren wachsenden Schwierigkeiten herauszuführen. Er hoffte, sich dank Aufstellung mehrerer Kandidaten für alle Ämter und dank geheimer Wahlen der konservativsten Funktionäre entledigen zu können. Das Zentralkomitee stimmte nur zögernd der Idee einer Parteikonferenz zu und konnte verhindern, daß sein eigener Bestand auch nur im geringsten angetastet wurde.

Die Unionsparteikonferenz stand ganz im Zeichen der Glasnost. Viele Delegierte haben auf ihr mit erstaunlichem Freimut ihre Probleme und Sorgen vorgetragen. Zum Erstaunen der Teilnehmer propagierte Gorbatschow den Plan, die Ersten Sekretäre auch zu Sowjetvorsitzenden auf der entsprechenden Ebene wählen zu lassen.

Die Wirtschaft war nicht das Hauptthema der Unionsparteikonferenz, spielte aber in vielen Beiträgen eine wichtige Rolle. Ursache dafür ist, daß sich die Wirtschaftslage der UdSSR noch nicht wesentlich verbessert hat. Auf der Konferenz bestand weithin Konsens über den Ernst der Lage. Im Ergebnis gab es neue Impulse sowohl für die Reformpolitik als auch für Anstrengungen zur Verbesserung des Lebensstandards.

Gerhard Simon: Nationalismus und die Grenzen der Sowjetunion als Weltmacht

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/88, S. 16–28

Seit Mitte 1987 sind die nationalen Probleme innerhalb der Sowjetunion in einem Ausmaß und mit einer Schärfe an die Oberfläche getreten, wie es kaum jemand erwartet hatte. Seit Februar 1988 befinden sich die Sowjetrepublik Armenien und das Autonome Gebiet Berg-Karabach in einer Art de-facto Ausnahmezustand, der durch generalstreikartige Massendemonstrationen, die in aller Regel friedlich verlaufen, gekennzeichnet ist. Die Gleichzeitigkeit des Aufbrechens der nationalen Konflikte in ganz unterschiedlichen Teilen des Landes ist einerseits die Folge der allgemeinen innenpolitischen Lockerungen in der Ära der Glasnost und hängt andererseits damit zusammen, daß die sowjetische Nationalitätenpolitik in den zurückliegenden Jahrzehnten überall ähnliche Bedingungen geschaffen hat: Die neuen nationalen Bildungsschichten sind zu Trägern eines ständig wachsenden nationalen Bewußtseins geworden.

Der Nationalismus setzt der sowjetischen Politik nicht nur im Inneren, sondern auch im osteuropäischen Hegemonialbereich und in den internationalen Beziehungen Grenzen. Nationaler Pluralismus ist sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch in den internationalen Beziehungen eine Realität. Der Sozialismus hat den Nationalismus nicht überwunden, vielmehr besteht die Hoffnung, daß ein demokratisch eingestellter emanzipatorischer Nationalismus einen Beitrag zur Überwindung des ehemals totalitären Marxismus-Leninismus leistet.

Klaus Heller: Verhältnis von Staat und Kirche in Rußland und in der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 35/88, S. 29–38

Mit der „Taufe der Kiever Rus“ (988) wurde die dortige Kirche zu einem Glied der griechischen Kirche und damit „orthodox“, d. h. in Liturgie wie in Spiritualität ganz anders geprägt als der katholische Westen. Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts bestand eine enge Verbindung zwischen Herrscher und Kirche. Erst nach der Kirchenreform Peters des Großen (1721) trat eine Säkularisierung nach westlichem Vorbild ein, die die Russisch-Orthodoxe Kirche zu einer staatlichen Institution für die sittliche Erziehung des Volkes und dieses zu Untertanen machte. Erst nach 1917 vermochte sich die Kirche selbst zu reformieren, aber zugleich kam es zur Trennung der Kirche vom Staat. Unter den Bolschewiki verlor die Russisch-Orthodoxe Kirche darüber hinaus ihr gesamtes Eigentum und ihre Rechte als juristische Person (1918).

Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (1941) wandelte sich dieses Verhältnis. Stalin bemühte sich um die Kirche, die von Anfang an ihren Patriotismus unter Beweis gestellt hatte. Es kam im Laufe der Zeit zu erheblichen staatlichen Konzessionen. Zu erneuten Repressionen gegenüber der Russisch-Orthodoxen Kirche führte die in den Jahren 1959 bis 1964 unter Chruschtschow wieder entfachte antireligiöse Propaganda. Seit Gorbatschow (1985) mehren sich die Anzeichen, daß Partei und Staat in der Sowjetunion sich gegenüber der Kirche in einem so weitgehenden Umdenken befinden, daß sie nicht nur wiederum zu größeren Konzessionen ihr gegenüber bereit scheinen, sondern sogar zu einer gesetzlichen Garantierung ihrer Rechte.